

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Haus“
Schiller-Platz gegenüber von 7 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Preisprophet:

Verlag (Expedition) 2053, Reichstr. 52,
Druckerei 2266.
Ruhzeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wesung-Preis für beide Ausgaben: 30 Pf. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Frangobahn. 2 Pf. 50 Pf. vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Bestellgeld. — Wesung-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Kioskschriften, sowie die 181 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Dieblich die dortigen 36 Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Reichsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einschlägiger Spalte; 20 Pf. für Anzeigen abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pf. für lokale Reklamen; 2 Pf. für auswärtige Reklamen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Akademie: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereichter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 245.

Wiesbaden, Freitag, 28. Mai 1909.

57. Jahrgang.

Morgen-Ausgabe.

1. Blatt.

Für den Monat Juni

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

zu abonnieren, findet sich Gelegenheit

im Verlag „Tagblatt-Haus“ Langgasse 27,
in den Zweigstellen der Stadt,
in den Ausgabestellen der Stadt und Nachbarorte,
und bei sämtlichen deutschen Reichspostanstalten.

Was soll Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. mit dem vom deutschen Volke aufgebrachten Gelde machen?

Aus Konstanz erhalten mehrere norddeutsche Blätter folgende beachtenswerte Zuschrift:

Die Frage mag sehr überflüssig klingen, da die Antwort darauf doch lauten müßte: Luftschiffe bauen für das Deutsche Reich. Das war der Gedanke des Volkes, als es sich nach der Katastrophe bei Schierdingen spontan zu der Millionenpende aufstufte. Und wie hat die Millionenpende dem Auslande imponiert! Das Volk mußte den Wert der Zeppelin-Luftschiffe zu schätzen und das Ausland sah dem großen Beginnen mit neidischen Augen zu. Damals wurde das Wort geprägt: Unsere Zukunft liegt in der Luft! — Graf Zeppelin hat von der 6-Millionen-Spende keinen Pfennig in seine Privatschatulle wandern lassen und bezieht auch bis heute aus der Spende keinen Pfennig; die Millionen sind so angelegt, daß das ganze deutsche Volk Eigentümer der ganzen Luftschiffbau-Firma am Bodensee ist und der Graf nur Verwalter. Das soll einmal an dieser Stelle ganz besonders hervorgehoben werden. Nach Fertigstellung der Hallen und des Fabrikgebäudes kann die Fabrikation der Luftkrenzer beginnen: etwa 8 moderne Luftkrenzer können alljährlich gebaut werden, und schon nach zwei Jahren verfügen wir über eine Luftflotte, die so leicht von keinem anderen Lande mehr eingeholt werden könnte. Erwähnt sei hierbei, daß ein modernes Luftschiff etwa 20- bis 30mal weniger kostet als ein unarmiertes Kriegsschiff. Unsere Zukunft liegt in der Luft! Das Wort läßt sich leicht beweisen!

Aber wie verhält sich das Kriegsministerium dem Ankauf Zeppelinscher Luftschiffe gegenüber? Ablehnend! Und motiviert seinen Standpunkt damit, daß auch an Großschiffen und Parisevalischen Luftschiffen nur zwei angekauft seien. Tatsächlich soll aber auf eine entsprechende Anfrage vom Kriegsministerium an die Direktion des Zeppelin- (des National-) Unternehmens der Bescheid gekommen sein, daß an den Bau weiterer Zeppelin-Luftkrenzer nicht gedacht werden könne! Mit solch dürren Worten kündigt man dem deutschen Volke die Abnahme weiterer Zeppelinscher Luftschiffe! Was soll aus dem Unternehmen in Friedrichshafen werden? Kaufmännisch gerechnet müßte die Zeppelin-Gesellschaft dazu übergehen, Luftschiffe an das Ausland zu liefern, denn dadurch, daß das Kriegsministerium ein weiteres Einstellen Zeppelinscher Luftschiffe ablehnt, ist der Einführung derselben ein gut Stück Boden genommen und auch eine schlechte Empfehlung mit auf den Weg gegeben, wodurch das Absatzgebiet wesentlich verschlechtert ist. Erlahmt auf Grund dieser „Empfehlungen“ der Bau, dann liegen die Millionen des deutschen Volkes in Friedrichshafen brach — und wir müssen zusehen, wie das Ausland uns überholt. Das Ausland verlangt tatsächlich hartnäckig Zeppelinsche Luftschiffe zu kaufen, wie eine ganze Reihe Anfragen, die in Friedrichshafen aus so ziemlich allen Kulturländern schon eingelaufen sind, beweisen. Diese Versicherungen aber will die Zeppelin-Gesellschaft nicht ausführen; alle diese Anfragen kommen von Privatgesellschaften oder Personen, aber man vermutet — und das wohl mit Recht — als deren wirkliche Absender — fremde Staaten und beantwortet die Anfragen ablehnend.

Wir wollen auf die überaus lobenden Worte des Prinzen Heinrich, des Kronprinzen, des Kaisers in diesem Zusammenhang nicht eingehen, aber sie können nur die Verwunderung darüber verstärken, daß der Bau weiterer Zeppelinscher Luftschiffe nicht geplant sein soll. Es ist schwer begreiflich! Und auch sonst wird das Zeppelinsche Unternehmen eigenartig „bevorzugt“! In den Kaisermanövern soll das Reichsluftschiff nicht teilnehmen, da man in Berlin der Ansicht ist, „über die Leistungsfähigkeit der Z-Luftschiffe vollständig orientiert zu sein.“ (?) — Die Zeppelin-Gesellschaft muß auf ihre Kosten mit einem Aufwande von über 75 000 M. eine Halle bauen, um das vom Reich noch bestellte Luftschiff Z 2 in der Reichshalle fertig machen zu können. — Die Bedoruguna der viereckigen Hallen,

entgegen den Empfehlungen des Grafen Zeppelin für runde Hallen — und jetzt endlich die zurzeit durch die Presse gehenden Meldungen des Hallenbaues des Herzogs von Koburg-Gotha, welcher eigentlich für Zeppelin-Schiffe gebaut war, aber auf Empfehlungen von Berliner Sachverständigen für Groß- und Parisevalschiffe geändert wurde, ist auch ein merkwürdiger Beweis von Rücksichtnahme auf Zeppelin. Dieser letzte Fall mag zudem noch der unüberlegteste gewesen sein, weil bei Sturm in einer Zeppelin-Halle zwei und mehr der genannten kleinen Luftschiffe Unterkunft finden können — in einer kleinen Halle, wie sie jetzt gebaut wird, aber nur ein kleines Luftschiff; ein großes Z-Luftschiff natürlich gar nicht.

Aber nicht nur durch Taten, auch durch Schriften wird das Z-Luftschiff fortwährend in den Hintergrund gestellt. In einem Aufsatz, betitelt „Die Motorluftschiffahrt im Jahre 1908“ schreibt Major v. Pariseval über die große Fahrt des bei Schierdingen verunglückten Luftschiffes: „Im Grunde war ja die Fahrt ein Mißerfolg, denn das Luftschiff hat die Dauerfahrt, für welche es gebaut war, nicht ausführen können (stimmte) denn es verbrannte infolge höherer Kräfte) und nach etlichen Lohesabschnitten auf das Großschiff und Parisevalsche System endigt der Aufsatz wie folgt:

„Was die Verwendungsweise der Luftschiffe anlangt, so beansprucht „Zeppelin“ den Ehrennamen eines strategischen Luftschiffes. Dazu muß er aber längere als eintägige Fahrten zeigen, denn ganz- oder halbtägige Fahrten machen, das können die kleineren auch. Trotzdem ist das Luftschiff auf die kürzeren Fahrten hin abgenommen worden, wohl vorwiegend aus politischen und persönlichen Gründen, vielleicht will auch die Militärbehörde die gründliche Erprobung selbst vornehmen; da darf man sich im neuen Jahre auf interessante Ereignisse gefaßt machen.“

Diese paar Worte sagten Ende 1908 schon voraus, was jetzt eingetroffen ist. Man erinnert sich jetzt der Mißstimmungen zwischen Graf Zeppelin und dem Kriegsminister v. Einem, man erinnert sich des Konfliktes zwischen Graf Zeppelin und Major Groß — man erinnert sich aber auch, daß bei Sturm weder der Groß- noch der Pariseval-Ballon seine Halle verlassen hat, ohne Schaden zu nehmen.

Dem Kriegsministerium steht natürlich allein zu, darüber zu entscheiden, was zu Kriegszwecken angekauft und eingeführt wird und was nicht. Das Kriegsministerium hat aber zweifellos auch die Pflicht, alle — nicht nur auf diesem Gebiete — für militärische Zwecke brauchbare Neuerungen zu prüfen, gründlich zu prüfen. Im Interesse des Reiches liegt es, militärisch das private Werk des Grafen Zeppelin genau auszuprobieren und fortzusetzen — denn die zu diesem Zweck vom Reich zur Verfügung gestellten Gelder sind nicht nur dazu zur Verfügung gestellt, haltbar und unstarre (Großschiff und Parisevalsche) Militär-Ballons zu erbauen und auszuprobieren, sondern sind überhaupt für die Motor-Luftschiffahrt bestimmt, und dazu gehört nach dem heutigen Stand der Sache vor allem auch, das Zeppelinsche Luftschiff auszuprobieren und durch Versuche das zu verbessern, was nach den Resultaten verbesserungsbedürftig erscheint. Mit dem einfachen Ablehnen des Systems (wie früher!) kommt man durch die eintretenden Zeitverluste immer weiter vom Ziel. Leider aber dürfte zurzeit eine gründliche Prüfung und ein ernstliches Suchen nach Verbesserungen am Zeppelinschen Luftschiff durch die bestehenden Gegensätze kaum je stattfinden.

Nicht unerwähnt sei, daß die umfangreichen und rationellen, aber auch teuren Einrichtungen auf dem Luftschiff-Areal nur wegen der großen in sichere Aussicht gestellten Aufträge des Reiches geschaffen wurden.

Um nun als Luftschiffe bauende Firma fortbestehen zu können, ohne dem Ausland Luftschiffe liefern zu müssen, fördert die Zeppelin-Gesellschaft die Gründung der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft nach Kräften, um Absatz für die gebauten Luftschiffe im Inland zu haben und natürlich um weiter zu bauen, um Hallen und Areal, Einrichtungen und Maschinen, vor allem aber, um die sachkundigen und erprobten Kräfte weiterbeschäftigen zu können.

Damit das Reich wenigstens noch einigermaßen interessiert ist, hat die Direktion der Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. um eine jährliche Subvention von 100 000 M. gebeten, wofür sich als Gegenleistung die Gesellschaft verpflichtet, die Luftschiffe und Hallen zur Verfügung des Reiches zu halten. Diese Schiffe werden natürlich immer in Betrieb sein. Dem Reich werden durch diesen Vorschlag direkte große Ausgaben erspart, obgleich Militärkommandos an den vorhandenen zwei Reichsluftschiffen fortgesetzt ausgebildet werden können. Dieser Vorschlag der Direktion ist ein so billiger, daß er ohne weiteres angenommen werden sollte; die Bewilligung der Summe ist auch in Aussicht gestellt und bildet dann einen Ausweg aus

der heiklen Situation. Sollte der Vorschlag aber abgelehnt werden, dann fragt man sich von neuem: Was soll Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. mit dem vom deutschen Volke aufgebrachten Gelde machen? — Über die Bewilligung der Subvention von 100 000 M. entscheidet wohl der Reichstag. Die Abgeordneten, welche am 5. Juni in großer Anzahl in Friedrichshafen erwartet werden, können sich dann an Ort und Stelle unter Führung des Grafen Zeppelin überzeugen, daß das Opfer, welches gebracht werden muß, klein ist im Verhältnis zu dem unbezahlbaren Wert der jahrelangen Arbeit, welche Graf Zeppelin in uneigennütziger Weise geleistet hat, um unser Vaterland an die Spitze der Luftschiffahrt treibenden Nationen zu bringen.

Man bewillige diese Subvention der Gesellschaft des Grafen Zeppelin nicht wieder aus persönlichen Gründen — das wäre eine Beleidigung nicht nur für Zeppelin, es wäre eine Beleidigung der ganzen Nation, welche die Sache des Grafen zu der ihrigen gemacht hat.

Hin und her zur Reichsfinanzreform.

Eine öffentliche Kundgebung von Handel, Industrie und Bankwesen zur Reichsfinanzreform.

Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankergewerbes und der Zentralverband Deutscher Industrieller versenden folgende gemeinsame Einladung:

Wie bekannt, hat eine aus Konservativen und Zentrum zusammengesetzte Mehrheit der Finanzkommission des Reichstags diejenigen Steuern abgelehnt, welche, wie die Nachschaffener, von allen bestehenden Klassen und daher auch von ihren eigenen Kreisen mitzutragen sein würden.

Zur Ausfüllung der von ihnen auf diese Weise selbst geschaffenen Lücke haben diese Parteien an gleicher Stelle die Annahme einer Reihe in ihren Voraussetzungen wie in ihren Folgen gleich bedenklicher Steuerprojekte durchgesetzt, welche ausschließlich Handel, Industrie, Börse und Bankwesen in einer alle Grenzen überschreitenden Weise belasten und geeignet, vielleicht auch dazu bestimmt sind, die heutige wirtschaftliche Machtstellung dieser Stände niederzuwerfen. Der Verlust, der hierdurch zugleich der Macht, dem Ansehen und dem finanziellen Kredit des Reiches zugefügt wird, bleibt bei diesen Steuerprojekten gänzlich außer Betracht.

Angesichts der gemeinsamen Gefahr hat der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankergewerbes zusammen mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller beschlossen, eine große Abwehrversammlung auf Samstag, den 12. Juni d. J., nachmittags 4 Uhr, nach Berlin im Saale der Philharmonie, Bernburger Straße 22a, einzuberufen, um Stellung zur Reichsfinanzreform zu nehmen.

Zugleich soll aber in dieser Versammlung eine für die Dauer berechnete Interessengemeinschaft der privaten Vertretungen von Deutschlands Industrie, Handel und Bankwesen für bestimmte Zwecke (Abwehr gegnerischer Schritte und Vorklagen und gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen), im übrigen unter vollständiger Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Verbände und Vereine, in die Wege geleitet werden. Die herten Vertreter der einzelnen Verbände und Vereine werden daher ersucht, sich mit den erforderlichen Vollmachten versehen zu wollen.

Neben nichtamtlichen werden auch amtliche Vertretungen und ebenso auch sonstige Angehörige von Handel, Bankwesen und Industrie zu dieser Versammlung eingeladen werden.

Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage hat jeder Berufsgenosse im eigenen und im Standesinteresse die dringende Pflicht, auf dieser Tagung zu erscheinen und eine maßvolle Kundgebung herbeiführen zu helfen. Hierdurch dürfte es allen, welche es angeht, klar werden, daß Deutschlands Industrie, Handel und Bankgewerbe am Ende ihrer auf viele und harte Proben gestellten Geduld angelangt und nicht länger gewillt sind, einer Gefesgebung zum Opfer zu dienen, welche von einseitiger wirtschaftlicher Interessen-Politik und von dem Ringen der Parteien nach politischer Machtstellung sogar jetzt beherrscht wird, wo ausschließlich allgemeine nationale Interessen im Vordergrund stehen sollten.

Auf den Namen lautende Eintrittskarten werden den Mitgliedern der unterzeichneten Verbände und den sonst zur Teilnahme aufgerufenen Vertretern von Korporationen und Vereinen, sowie Angehörigen der beteiligten Berufszweige auf Ersuchen in den Bureaus der unterzeichneten Zentralverbände in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 3, 2, oder W 35, Karlsbad 4a, ausgehändigt werden. Hochachtungsvoll der Vorstand des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankergewerbes (G. V.): Dr. Nieber, Vorsitzender; das Direktorium des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit: Koelger, Vorsitzender.

Eine Ausrufung des Geheimrats Witting.

Geheimrat Witting erklärte dem Berliner Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“: Das Finanzdrama ist auf seinem Höhepunkt angelangt. Die Vorlagen der Regie

zung liegen zu erheblichem Teil auf dem Boden. Der Bloß ist gepregelt, die konservativ-klerikale Majorität ist bereits in Aktion. Weder die Demission Bülow's, noch die Sydow's würde Klärung oder Besserung schaffen. Eine Reichstagsauflösung würde voraussichtlich zwar den Konservativen schwere Rückschläge bringen, die Finanzreform selbst aber nicht fördern. Die Situation ist heillos verworren und zugleich bitterernt. Der Liberalismus ist nahezu mattgesetzt. Sollte der Nichthofensche Antrag Gesetz werden, erleiden Deutschlands Handel und Verkehr, dessen geborene Vertreter die Liberalen sind, Wunden, die Jahrzehnte hindurch brennen werden. Bittling verweist auf den Fehler der Liberalen, die zuerst die Erbschaftsteuer bekämpften, die angebotene Mitarbeit des Zentrums zurückwiesen, dadurch den konservativen Waffen zum Widerstand lieferten und sie dem Zentrum in ihre Arme trieb. Die Finanzreform muß aus den Kämpfen von Bloß und Antibloß heraus, muß von einer Majorität aus allen bürgerlichen Parteien zustande gebracht werden. Für die Besitzsteuer muß eine Formel gefunden werden, die jeden Besitzübergang unter Lebenden und von Todes wegen reichsabgabepflichtig macht und den gebundenen Besitz mit einer periodischen Steuer belegt. Was dann an Besitzsteuern noch fehlt, müsse durch Steuern auf mobiles Kapital, durch Dividendensteuer, resp. Reichsgewerbesteuer der Aktiengesellschaften ergänzt werden. Für so konfirmierte Besitzsteuern müsse sich eine Mehrheit finden, die sich dann auch zur Bewilligung der vierhundert Millionen indirekter Steuern entschließen müsse.

Freiherr v. Zedlitz im „Tag“.

Im „Tag“ schreibt wieder einmal Freiherr v. Zedlitz über die Finanzreform, und zwar ist er wieder auf die linke Seite gefallen. Er polemisiert aber sehr zutreffend gegen die Finanzpolitik des Zentrums; er erinnert daran, daß das Zentrum bei der Stengelschen Finanzreform Mehreinnahmen von 180 Millionen nur aus dem Papier bewilligt hat, während in Wirklichkeit noch nicht die Hälfte herauskam. Dann fährt er fort: „Jetzt brüstet sich das Zentrum offenbar mit den 200 Millionen Mark Mehreinnahmen aus der Ley Nichthofen. Geschickte und sachkundige Finanzmänner wissen nur zu gut, daß sich aus den Steuerobjekten jener Ley bei einigermaßen vernünftiger Sachbehandlung auch nicht annähernd 100 Millionen Mark heraus schlagen lassen, also in Wirklichkeit sich ein Fehlbetrag von mindestens die Hälfte ergeben wird, der dann durch Matritularumlagen gedeckt werden müßte. Dann wäre damit glücklich die Abereinrichtung mit der traditionellenen Finanzpolitik des Zentrums hergestellt. Man bietet anscheinend vollständige Beseitigung der Finanznot des Reiches, läßt in Wirklichkeit aber einen Fehlbetrag von solcher Größe bestehen, daß Reich und Bundesstaaten nach wie vor unter der Fuchtel der herrschenden Partei des Reichstags verbleiben.“

Politische Übersicht.

Aus dem Unterlahnkreise.

Der Landtagsabgeordnete Dr. Seydweiller, der unseren Kreis seit dem Tode des hochverdienten Abgeordneten Schaffner vertritt, hat also jetzt endlich sein Mandat niedergelegt. Das mußte ja in Anbetracht der eigenartigen Stellungnahme, die der nationalliberale Abgeordnete seit längerer Zeit einzunehmen beliebte, erwartet werden. Unwilliges Aufsehen hatte schon im ganzen Kreise die bekannte Dyrseigenaffäre hervorgerufen, auf die jegliche milbernde Aufklärung ausblieb. Dazu kam dann die für einen Abgeordneten, der sich doch auch liberal nannte, eigenartige Stellung zur Reichsfinanzreform, in Wort und Schrift auf dem Standpunkt der extremsten Bündler stehend, in hartnäckigstem Kampfe gegen jegliche Nachlassbesteuerung. Nach den letzten Berliner Beschlüssen der nationalliberalen Partei war es ja nun unbedingt zu erwarten, daß Herr Seydweiller, der größtenteils liberale Wähler hinter sich hat, denn im Kreise will man auch auf dem Lande vom Bunde der Landwirte nicht allzu viel wissen (die vielen schwach besuchten oder nicht zustande kommenden Versammlungen desselben beweisen das) nun endlich die Konsequenzen ziehen

Genilleton.

Aus Kunst und Leben.

Die Anfänge des öffentlichen Fahrwesens.

Die Stadt des Lichts, wie sich Paris selbstbewußt nennt, darf auch den im Zeitalter des Verkehrs nicht kleinen Ruhm in Anspruch nehmen, das öffentliche Lohnfahrwesen ins Leben gerufen zu haben. In der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts erhielt ein Herr de Sivry die Konzession, wie wir heute sagen würden, zweirädrige Einspanner zur Beförderung von Personen in Paris fahren zu lassen. Die Behörde, die dem Unternehmen wohlgesinnt war, tat, wie Theo Wolff in seinem Buche „Vom Oxfenwagen zum Automobil“ (Leipzig, J. A. Barth) erzählt, noch ein übriges: sie gaben den Sivry'schen Wagen an einer Anzahl Straßenenden Halteplätze.

Wir sehen also, daß die Voreltern unserer Droschken zweieinhalb Jahrhundert alt sind. Freilich wollten sich die Pariser, trotz der Gunst der Behörden, nicht sobald an sie gewöhnen, und einige Jahre später finden wir, daß sie ihren Platz einer neuen Art von Wagen räumen, die von dem Halteplatz aus nur durch bestimmte Straßen ihren Weg nehmen dürfen und ihre Fahrgäste entweder an der Station oder während der Fahrt aufnehmen: es sind also die Vorläufer der heute von der elektrischen Straßenbahn und den Kraftwagen vielfach zurückgebrängten Omnibusse. Freilich unterschieden sie sich von der heutigen Form und Größe ganz bedeutend; sie hatten nur acht Räder und waren innen und außen mit der Eleganz ausgestattet, die man damals in einem Personenvagen verlangen konnte. Paris erhielt zuerst fünf Omnibuslinien; eine Fahrt kostete fünf Sous, der amtliche Name lautete deshalb: „Carrosse à cinq Sous“. Doch hielt sich dieser nicht lange Zeit. Der Plan zu diesem Unternehmen soll von dem Philosophen und Mathematiker Bascau ausgearbeitet sein, neben dem noch eine Anzahl

werde. Er hat das ja nun in der am letzten Sonntag stattgefundenen Versammlung des Bundes der Landwirte in der zweimächtigsten Weise durch die Niederlegung des Mandats getan, allerdings nicht ohne scharfe Ausfälle gegen die bösen Liberalen und die böse, böse Presse, die ihn größtenteils in der letzten Zeit ein wenig stark zerzauste. Nur die „Deutsche Tageszeitung“ und wenige verwandte Seelen kamen gnädiger davon. Nun steht der Kreis vor einem Wahlkampfe, dessen Bogen ja allerdings schon durch das Wahlsyste in nicht allzu hoch schlagen werden. Sichere Aussichten haben bei einigermaßen einigem und tatkräftigem Vorgehen die Nationalliberalen, vor allem, wenn, wie bei der letzten Wahl, der Freisinn in lauer Trägheit gar nicht auf dem Kampfsplatz antritt, obwohl die Wiedergewinnung des früher freisinnigen Besitzes absolut nicht zu den Unmöglichkeitlichkeiten zählt.

Zur Mandatsniederlegung Seydweillers schreibt die „Cölnische Zeitung“: Es ist niemals ein Geheimnis gewesen, daß innerhalb der nationalliberalen Partei, die ihren Mitgliedern eine große Bewegungsfreiheit läßt, sich auch vereinzelt solche Herren befinden, die eine ausgesprochen agrarische Stellung einnehmen. Das kam auch bei der letzten Versammlung des Zentralvorstandes der Partei zutage, als sich gegen die mit 71 Stimmen angenommene Resolution eine Minderheit von zwei Stimmen fand. Diese zwei Stimmen als einen für die Haltung der Gesamtpartei maßgebenden Ausdruck anzusehen, wird in Anbetracht des Stimmenverhältnisses nicht wohl möglich sein. Auch jetzt nicht, nachdem der Austritt des Herrn Seydweiller hinzugekommen ist. Übrigens scheint uns das Verhalten dieses Herrn in jeder Beziehung forrest, und es ist nur anzuerkennen, wenn ein Parteimitglied, das sich nicht mehr im Einkommen mit der Fraktion schiebt, seinen Austritt erklärt und gleichzeitig die weitere Folgerung zieht, sein parlamentarisches Mandat niederzulegen. Die Herbeiführung einer solchen reinlichen Scheidung ist ehrlich gedacht und ehrlich gehandelt.“

Kirchliche Bewegung am Rhein.

Aus der Rheinprovinz wird uns geschrieben: Der Abg. Dr. Hadenberg hat es bekanntlich im Abgeordnetenhaus gesagt, den Fall Wahling anzuschneiden und dabei nicht nur selbst die wissenschaftliche Qualifikation dieses ehemaligen Stadtmissionars und nunmehr Berliner Theologieprofessors zu bezweifeln, sondern sich auch auf positive Kreise im Rheinlande zu berufen, die diese Ansicht teilen. Darüber sind die positiven Führer in der Rheinprovinz wütend. Lic. Weber in Münden-Glabach, der sich als den berufenen Fortsetzer des Stöcker'schen Lebenswertes betrachtet, und P. emer. Müller in Godesberg haben geharnischte Erklärungen erlassen, in denen sie Hadenberg das Recht zu seiner Kritik absprechen und ihn der Unwahrheit zeihen, weil er von „den Führern der positiven Kreise“ gesprochen habe. Der Irrtum (wir drücken uns höflicher aus als die beiden etwas gar zu „positiven“ Herren) ist auf der Seite der Erklärer, denn Hadenberg hat nicht von „den Führern“ gesprochen, sondern gesagt: „Ich darf auch hier aussprechen, daß führende Kreise der positiven Richtung in meiner Provinz mich beauftragt haben, hier zu erklären, daß man bei ihnen nicht nur Bedauern, sondern geradezu Verfinden empfunden hat, daß ein Mann wie Simons nicht wert erachtet worden ist, in die praktische Professur der Berliner Fakultät einzutreten.“ Der neue Herausgeber der „Kirchl. Rundschau“, Lic. Meyer in Bonn, schreibt einen vier und eine halbe Seite langen Artikel gegen Hadenberg, dessen Haltung er für „eine Auslieferung der Kirche an ihr widerstrebende Mächte“ erklärt. Warum? Und was heißt das überhaupt? Nun, im Abgeordnetenhaus haben „auch Andersgläubige und ausgesprochen Ungläubige die Rede Hadenbergs mit angehört“. Köplich! Woher aber die Wut? Nun, die hat einen sehr bestimmten und realen Grund. Es ist eine weitverbreitete Erwartung, daß Hadenberg der künftige Generalinspektor der Rheinprovinz sei. Das soll verhindert werden. Leider gibt es aber Positive, die den Wut haben, Hadenbergs Urteil und Behauptung zu bestätigen und damit die Angriffe der Herren Weber, Müller und Meyer zu widerlegen. So schreibt in der christlich-sozialen „Volkszeitung für Westdeutschland“ ein

positiver Geistlicher: „Wäre Wahling nach einer kleineren Universität berufen worden, so hätte er in der äußeren Stille Zeit und Mühe gefunden, die Lücken seines Wissens auszufüllen. In Berlin aber hat er dazu nicht die Gelegenheit. Seine Wirksamkeit in Berlin wird daher nicht die Bedeutung gewinnen, die wir Positiven wünschen und die auch wir von einem Professor der ersten deutschen theologischen Fakultät erwarten müssen.“ Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Der internationale Bergarbeiterkongress.

Am 31. Mai soll im Berliner Gewerkschaftshause der internationale Bergarbeiterkongress eröffnet werden. Seine Dauer ist auf vierzehn Tage berechnet. Die täglichen Sitzungen werden voraussichtlich kurz sein, wie sie auch früher schon zuweilen nur fünf Stunden dauerten. Doch auch dann ist die lange Dauer des Kongresses noch nicht verständlich, wenigstens nicht gerechtfertigt, denn die Tagesordnung ist fast ganz die gleiche wie auf den vorangegangenen Kongressen: Achtstundentag (einschließlich Ein- und Ausfahrt), Tarifvertrag, Minimallohn, Unterstützung ausländischer Streiks durch Beschränkung der Kohlenenerzeugung im heimischen Lande usw. Der letzte Gedanke hat diesmal allerdings eine besonders radikale Form in dem Antrage der belgischen Delegierten. Er lautet: „Die Regelung der Produktion, die Stetigkeit des Marktes und die gemeinsamen Interessen der Bergarbeiter aller Länder machen es erforderlich, daß die Produktion bei dem Vorhandensein einer Reserve von höchstens einem Prozent der Gesamtproduktion die Nachfrage nicht übersteigt. Der Kongress bevollmächtigt daher das internationale Komitee, in einem Lande oder mehreren Ländern oder in allen Ländern zugleich die notwendigen Felerichtungen anzuordnen, wenn die Vorräte das erwähnte Prozent erreicht haben.“ Das wäre die internationale Regelung der Kohlenproduktion durch die organisierte Arbeiterschaft. So weit sind wir nun freilich noch nicht, das ist Zukunftsmusik. Hat doch selbst die Einigung der deutschen Bergleute in den letzten Jahren nur Rückschritte gemacht. Freie und christliche Gewerkschaften bekämpfen sich erbittert, und dabei will die Arbeiterschaft die Regelung der Produktion in die Hand nehmen?

Deutsches Reich.

*** Inhalt des Gesetzes über prähistorische Ausgrabungen. Der Gesetzentwurf „Zum Schutz von frühgeschichtlichen Denkmälern und betreffend die Ausgrabungen und Funde von Altgeräten“ ist dem Staatsministerium zugegangen. Das Gesetz bezweckt, den nötigen Schutz gegen Raubgräbereien sicher zu stellen. Praktisch hat sich herausgestellt, daß in erster Linie Volksschullehrer, Händler und gelegentlich auch Offiziere (meist im Wanderver) sich mit der Ausgrabung von Funden dieser Art beschäftigen. Man will eine Anzeigepflicht bei den Bezirksregierungen einführen, so daß ohne Genehmigung des Regierungspräsidenten solche Raubgräbereien nicht mehr stattfinden können. Hierdurch soll erreicht werden, daß das Auffinden und Ausgraben frühgeschichtlicher Funde den Stellen überlassen bleibt, die sich bisher wissenschaftlich damit befaßt haben und sie der Öffentlichkeit zugänglich machen können. In erster Linie ist hierbei an die Museen gedacht; Bezirksregierungen und Provinzialkonservatorien kommen hierfür nicht in Betracht. Der Entwurf wird in dieser Tagung nicht mehr den Landtag beschäftigen, sondern es ist anzunehmen, daß nach Beschluß des Staatsministeriums kommissarische Beratungen über ihn stattfinden werden.

tz. Die Förderung des „Wassergesetzes“. Die Arbeiten am preussischen Wassergesetz, das gegenwärtig der Subkommission vorliegt, sind, wie die „Inf.“ zuverlässig erfährt, derart gefördert worden, daß diese Kommission noch vor Eintritt des Sommers ihre Tätigkeit beenden kann. Es handelt sich namentlich um die Umarbeitung des Gesetzentwurfs in Folge der Wünsche des Landesökonomie-Kollegiums, die weitgehende Abänderungen notwendig machen. Nach Beendigung der Arbeiten der Subkommission wird die Vorlage den beteiligten Ministerialreferats zugehen. Bemerkens-

abelliger Herren den Vorstand der ersten Omnibusgesellschaft bildeten.

Der Erbauer der ersten Wagen aber war Nikolaus Savage. Am Giebel seines Hauses hatte dieser fromme Mann eine Bildsäule seines Heiligen, des Heiligen Fiacre, anbringen lassen, und diesem Heiligennamen mußte der langweilige amtliche Name der französischen Omnibusse bald weichen. Der heilige Fiacre ist ja heute noch in Österreich bekannt. In Paris aber war ihm kein langes Leben beschieden. Wegen mangelnder Rentabilität wurde das Unternehmen schon nach zehn Jahren ausgegeben. In Berlin ist als Begründer des öffentlichen Fahrwesens König Friedrich Wilhelm I. zu nennen. Hier und in anderen großen deutschen Städten waren als Fuhrwerk im privaten Besitz vermöglicher Leute und auch als privates Mietfuhrwerk die „Berliner“, vierstellige Aufschwagen mit Seitenrüden und Glasfenstern, sehr beliebt. Im Jahre 1739 bildete nun der König aus fünfzehn solcher Berliner das erste öffentliche Lohnfahrwesen in Berlin. Sie bekamen fünf Halteplätze angewiesen, die Fahrt kostete für die Person vier Groschen. Die Berliner Wagenbesitzer standen dem neuen Fahrwesen gleich skeptisch gegenüber; der König mußte, um die fünfzehn Berliner zu beschaffen, für jede einen Jahreszuschuß von neunzig Talern aus der Regierungskasse bewilligen. Und die ungünstigen Voraussetzungen gingen in Erfüllung. In den nächsten dreißig Jahren erhöhte sich die Zahl der Wagen auf sechsunddreißig, fiel aber sehr schnell dann wieder auf zwanzig, und mit dem Jahre 1794 schloß das Berliner Lohnfahrwesen ganz ein.

Zwanzig Jahre später erfuhr es eine Neubebung durch den Dessauer Pferdehändler Mezig Mortier, der für sechs Jahre eine Konzession nachsuchte, Wagen als öffentliches Lohnfuhrwerk fahren zu lassen, wie sie in mehreren russischen Städten, besonders in Warschau, Wlisch waren und sich gut rentierten. Es waren meist unbedeckte, auf niedrigen Rädern laufende und mit Spritzledern verfehene Wagen, zwei- oder dreifach gebaut, hinten mit einem Quersitz. Sie führten den Namen **Tröiken** oder **Droschen**, der in Berlin bald

in „Droschke“ umgewandelt wurde. Mortier bekam nicht nur eine Konzession, sondern auf deren Dauer auch ein Monopol. Er stellte zweieinhalbstündige zweifache Wagen in Verkehr, setzte den Preis für eine viertelstündige Fahrt bei einer Person auf vier, bei zwei Personen auf sechs Groschen fest und hatte einen großen Erfolg. Nach Ablauf der sechs Jahre wurde die Konzession bis zum Jahre 1837 verlängert und dann das Droschkengewerbe freigegeben. Damals verfügte Berlin über 233 einspännige und 30 zweispännige Droschken.

Wildende Kunst und Musik.

— Tonkünstler Karl Schuricht, zuletzt Musikdirektor in Goslar, wurde seitens des altherkömmlichen „Rühligchen Gesangsvereins“ in Frankfurt a. M. unter 139 Bewerbern, von denen 6 zur Probebirtion gelangten, zum ständigen Dirigenten gewählt. Der sympathische junge Künstler hat sich durch seine ungewöhnliche musikalische Begabung auch hier in Wiesbaden schon vorteilhaft bekannt gemacht.

Der französische Minister der schönen Künste hat den Bildhauer Rodin beauftragt, für den Sarg Victor Hugo's unter der Pantheonkuppel ein Denkmal des Dichters zu schaffen. Der Sarg war bisher in der Pantheonkuppel provisorisch beigesetzt worden.

Eine neue Schiller-Büste wurde in Weimar aufgefunden. Das Werk stammt von dem damaligen Bildhauer Weißer. Sprechende naturalistische Züge zeichnen sie gegen andere aus.

Wissenschaft und Technik.

Wie man der „Frankf. Btg.“ mitteilt, soll das in der Schweiz geplante Reservationsgebiet für Tier- und Pflanzenschutz im Nierengebirge geschaffen werden. Die waldrreiche Gemeinde Jernoz wird ein sehr großes Areal gegen eine billige Verzinsung hierfür abgeben. Der Vertrag mit der schweizerischen Naturkommission ist vorläufig auf 25 Jahre abgeschlossen worden. Weder Pflanzen noch Tiere dürfen in diesem Gebiete zerstört, bezw. getötet werden.

wert ist noch, daß das Gesetz Bestimmungen enthalten wird, die den Zweck verfolgen, die Verwertung der durch die Wasserkräfte gewonnenen elektrischen Energie zu erleichtern. Ebenso wird die Frage der unterirdischen Gewässer und die Abwässerung in dem Entwurf behandelt werden.

* Der Dank der preussischen Lehrerschaft. Vom geschäftsführenden Ausschusse des preussischen Lehrervereins ist den Herren Staatsministern Dr. Holke und Frhrn. v. Rheinbaben sowie Herrn Ministerialdirektor D. Schwarzkopff der Dank der preussischen Lehrerschaft für das glückliche Zustandekommen des für die preussische Volksschule und ihre Lehrer so hochwichtigen Besoldungsgesetzes telegraphisch übermittelt worden.

△ Vermehrung der Fortbildungskurse für Volksschullehrer. Während bisher nur einige Provinzen besonderen Unterricht für die Volksschullehrer angeordnet hatten, um diese zu befähigen, den Unterricht an ländlichen Fortbildungsschulen zu erteilen, wird, wie wir an unterrichteter Stelle erfahren, die Regierung in diesem Jahre zum erstenmal derartige Fortbildungskurse für die Lehrer in allen Provinzen anordnen. Möglich ist, daß diesmal noch in der Provinz Westpreußen solche Kurse nicht stattfinden. Die Kurse, die mehr Lehrpersonal für die ländlichen Fortbildungsschulen ausbilden sollen, was dringend notwendig ist, werden während der Sommerferien stattfinden und ca. 4 bis 6 Wochen dauern. Als Lehrer bei diesen Kursen fungieren meist die Kreisinspektoren, im Behinderungsfalle andere Fachleute, die verhältnismäßig schwer zu gewinnen sind. In den Kursen soll vor allen Dingen gelehrt werden, daß der Elementarunterricht der Volksschullehrer in den ländlichen Fortbildungsschulen nicht weiter fortgesetzt wird. Wesentliches Gewicht soll in den Kursen darauf gelegt werden, daß die Erziehung zum Staatsbürger, die Rechte und Pflichten desselben sowie das Verfassungsleben genügend zur Geltung kommen.

* Die Auszahlung der Beamtenbesoldungserhöhung. Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Auszahlungsbestimmungen zu den Beamtenbesoldungsgesetzen beschäftigt. Die Auszahlung der erhöhten Gehälter und die Nachzahlung der Wohnungsgeldzuschüsse für sechs Quartale wird im Laufe des Juni erfolgen, spätestens am 1. Juli bei der Gehaltszahlung. Die Vorarbeiten für die Auszahlungen (Berechnungen usw.) sind bei allen Behörden erledigt. Die Zuschläge zur Staatssteuer sollen zugleich mit der Steuerrate des ersten Vierteljahres erhoben werden, wenn diese schon gezahlt ist, mit der des zweiten Quartals.

* Der Berufsgenossenschaftstag zur Reichsversicherungsordnung. Zur Erörterung des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung trat am Mittwoch in Berlin ein außerordentlicher Berufsgenossenschaftstag zusammen, an dem als Vertreter der Regierung Ministerialdirektor Dr. Caspar und die Geheimräte Dr. Würmeling und Seifart teilnahmen. Der Berufsgenossenschaftstag erkannte an, daß die Reichsregierung sich dem Gedanken einer Verschmelzung sämtlicher oder mehrerer Versicherungszweige mit Rücksicht auf die innere Verschiedenheit derselben sowie die Unmöglichkeit der praktischen Durchführung ablehnend gegenübersteht und insbesondere den Fortbestand der Berufsgenossenschaften für die Durchführung der Unfallversicherung als notwendig ansieht. Andererseits sieht der Berufsgenossenschaftstag auf dem Standpunkt, daß die maßgebenden Versicherungsgesetze in einzelnen Punkten der Verbesserung bedürftig sind. Für diesen Zweck erachtete er aber nicht für erforderlich und auch nicht für nützlich, die gesamten Versicherungsgesetze umzugestalten und in einem einheitlichen Gesetz zu vereinigen. Auch der Verband zur Wahrung der Interessen der Krankenkassen hat gegen die Schaffung eines neuen, großen und kostspieligen Verwaltungsapparats als gemeinsamer örtlicher Stelle für die verschiedenen Zweige der Reichsversicherung entschiedenen Widerspruch erhoben. Mit aller Entschiedenheit sprach sich der Verband aus gegen die Beschränkungen in dem Bestande der Betriebskrankenkassen, wie sie der Entwurf vorsieht. Die Teilung der Rechte und Pflichten zwischen Arbeitgebern und Versicherten fand den Beifall des Verbandes.

* Zur Reichsversicherungsordnung hat der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen in einer aus allen Teilen des Reichs aufbesuchten, in Berlin abgehaltenen Verbandsversammlung, in der das Reichsamt des Innern vertreten war, in mehreren Entschiedenheiten Stellung genommen. Mit aller Entschiedenheit sprach sich die Versammlung aus gegen die Beschränkungen in dem Bestande der Betriebskrankenkassen, wie sie der Entwurf vorsieht. Der Bestand und die Einrichtung von Betriebskrankenkassen dürfe wie bisher nur von einer Mindestzahl von 50 Versicherten abhängig sein. Die jetzige Verteilung der Rechte und Pflichten habe einerseits die Folgen gehabt, daß die Arbeitgeber in allen Kassenangelegenheiten in der Minderheit sind, andererseits, daß viele Krankenkassen unter der Herrschaft einer politischen Partei gekommen sind, was den Staatsinteressen und den Interessen der Krankenkassen nicht entspreche. Die Häufung der Rechte und Pflichten zwischen Arbeitgebern und Versicherten erscheine geeignet, diese Abstände zum großen Teil zu beseitigen. Gegen die Schaffung eines neuen, großen und kostspieligen Verwaltungsapparats als gemeinsame örtliche Stelle für die verschiedenen Zweige der Reichsversicherung wurde entschiedener Widerspruch erhoben. Unter allen Umständen sei es abzulehnen, wenn der Entwurf den Versicherungsämtern in Krankenkassenversicherungssachen außer der Aufsicht und Rechtsprechung wichtige Verwaltungsbefugnisse übertrage; die den Krankenkassen unter Umständen eingeräumte Befugnis, an Stelle der Naturalleistung der ärztlichen Behandlung ein erhöhtes Krankengeld zu gewähren, schäfe zwar die Krankenkassen, gewährte aber den Versicherern bei Arztstreitigkeiten keine ärztliche Hilfe. Der Errichtung von Einigungs- und Schiedsinstanzen sollte grundsätzlich zugestimmt werden. Im übrigen gewährten die vorgesehene Maßnahmen den Krankenkassen keinen ausreichenden Schutz vor Bedrückungen und Vergewaltigungen durch die Ärzteorganisationen. Die ärztlichen Standesgesetze dürften nicht zu wirtschaftlichen Zwecken mißbraucht werden. Die vorgesehene freie Apothekenwahl beruhe auf einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und müsse daher entschieden abgelehnt werden.

Die Wertzuwachssteuer in Charlottenburg. Wie wir hören, geht auch die Stadt Charlottenburg mit dem Plane um, die Wertzuwachssteuer einzuführen, nachdem Schöneberg vorangegangen ist. Eine starke Erdringung geht aber dahin, die Steuer erst dann zu genehmigen, wenn auch Wilmerdorf sie einführt. Vielleicht läßt sich ein gemeinsames Vorgehen vereinbaren, so daß dann die drei großen westlichen Nachbarstädte Berlins die Wertzuwachssteuer besitzen würden, worauf Berlin selbst wohl auch nachfolgen müßte.

* Die Bürger von Halle gegen ihren Oberbürgermeister. Oberbürgermeister Dr. Ripe hat im preussischen Herrenhaus die Staatsregierung aufgefordert, gegen die Führer der Beamtenbewegung wegen ihrer Kritik der Herrenhausbeschlüsse nicht nur disziplinarisch, sondern strafrechtlich vorzugehen. Das hat in der vornehmlich liberalen gerichteten Bürgererschaft Halle eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Bereits Dienstagabend hat ein kommunaler Verein sich in einer Protestkundgebung gegen das Verhalten des Oberbürgermeisters Dr. Ripe ausgesprochen. Der mehrere tausend Mitglieder umfassende hallische Bürgerverein hält gleichfalls noch in dieser Woche eine Protestversammlung ab, worin er das Vorgehen des Oberbürgermeisters als nicht vereinbar mit liberalen Grundsätzen abweisen will. Außerdem soll am nächsten Montag in der Stadtverordnetenversammlung wegen jener Herrenhausrede eine Interpellation eingebracht werden.

* Der Militärattaché der Vereinigten Staaten in Berlin Oberleutnant Wiffert wird, einer Meldung aus Washington zufolge, am 15. Juni seinen Posten verlassen und nach den Vereinigten Staaten zurückkehren, um in seiner Heimat eine andere militärische Verwendung zu finden.

* Der Verband deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten wird vom 1. bis 5. Juni d. J. in Hamburg seine Hauptversammlung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Erörterungen zum neuen Weingesetz, zum Gesetz über den unlauteren Wettbewerb und zur Branntweinsteuerreform.

* Die englische Arbeiterpartei und die deutschen Sozialdemokraten. Die englischen Arbeiterführer sind sehr enttäuscht über die Entscheidung der deutschen Sozialdemokraten, sich an den bevorstehenden Festlichkeiten zu Ehren der 30 Mitglieder der englischen Arbeiterpartei, die Anfang Juni zur Förderung der englisch-deutschen Beziehungen mehrere deutsche Städte, darunter auch Berlin, besuchen werden, nicht zu beteiligen. Infolgedessen ist die geplante Reise sehr fraglich geworden. Die Arbeiterführer versandten eine Erklärung, daß die Reise keinen Parteiparallelismus tragen soll.

* Ein Pfarrerstreik. In Diegnitz hat, wie ein Berliner Lokalblatt meldet, der evangelische Anstaltsgeistliche die Pastorifikation am Landgerichtsgelände eingestellt, weil der Rikts die Erhöhung seines Jahresgehalts von 400 auf 600 M. abgelehnt hat; die anderen evangelischen Geistlichen erklärten sich mit ihm solidarisch. Der katholische Seelsorger läßt aber weiter sein Amt aus.

* Die Austritte aus der Landeskirche übten einen Gegenstand banger Sorge der Kreisynoden. In den sechs Berliner Diözesen sind allein ausgetreten: im Jahre 1906: 3766, 1907: 3202 und 1908: 9118 Personen. Wir wiesen schon gestern darauf hin, daß unter dem Einfluß der jüdisch-keritischen Steuerpolitik, die ja auf kirchlichem Gebiete mit der aller Freiheit sich entgegenkommenden Orthodogie parallel läuft, die Zahl der Austritte aus der Landeskirche sicherlich noch wesentlich vermehren wird. Qui vivra verrea.

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Buri (Brandenburg a. H.), Witzfeldweibel des 1. Nass. Inf.-Regts. Nr. 87, zum Leut. der Reserve befördert. * Frhr. v. Marhofen (Wiesbaden), Leut. der Landw.-Kav. 2. Aufgebots, zum Oberleut. befördert. * Theune (Laudan), Witzfeldweibel des Nass. Pion.-Bats. Nr. 21, zum Leut. der Res. befördert. * Schneider, Zeugleut. a. D. im Landw.-Bezirk Frankfurt a. M., zuletzt beim Art.-Dep. in Aulm, als Beugleut. mit Patent vom 9. November 1906 in der Landw. 2. Aufgebots angestellt. * v. Goch u. Schwanenfließ (Wiesbaden), Oberleut. des 2. Aufgebots des 3. Garde-Landw.-Regts., der Widwid bemilligt. * Winter (Hilensburg), Oberleut. der Res. des Inf.-Regts. v. Gerstorff (Sturheß), Nr. 80, der Abschied bewilligt. * Schöpfer (Schöft), Hauptm. der Landw.-Inf. 1. Aufgebots, mit der Erlaubnis zum Tragen der Landw.-Armee-Uniform. * Gieseke (Frankfurt a. M.), Hauptm. der Landw.-Feld-Art. 2. Aufgebots, mit der Erlaubnis zum Tragen seiner bisherigen Uniform. * Lindner (Wiesbaden), Oberleut. der Landw.-Feld-Art. 1. Aufgebots. * Lehendeder (Ganau), Oberleut. der Landw.-Inf. 2. Aufgebots. * Pfeiffer (Frankfurt a. M.), Oberleut. der Landw.-Kav. 2. Aufgebots. * Krillig (Frankfurt a. M.), * Raben (Mains), Oberleut. der Landw.-Feld-Art. 2. Aufgebots. * Steinbrend (Frankfurt a. M.), Leut. der Landw.-Kav. 2. Aufgebots. * Frau (Ganau), Leut. der Landw.-Feld-Art. 2. Aufgebots. * Wembé, Anton, (Mains), Leut. der Landw.-Feld-Art. 2. Aufgebots. * Zimmermann (Wiesbaden), Leut. des Landw.-Trains 2. Aufgebots. * Schmidmann (Ganau), Oberleut. der Landw.-Jäger 1. Aufgebots. * Laffert (Wiesbaden), Hauptm. der Landw.-Feld-Art. 2. Aufgebots, mit der Erlaubnis zum Tragen der Armee-Uniform der Abschied bewilligt. Verfest sind: die Probiantenmeister Oswald in Frankfurt a. M. nach Düsseldorf, * Sahm in Ols nach Schneidnitz, * Rodenhäuser in Saargemünd nach Frankfurt a. M., die Probiantenstendanten Cordz von der Armee-Konferenzenfabrik in Mains als Probiantenmeister auf Probe nach Wandbeck, * Wandelt in Meh zur Armee-Konferenzenfabrik in Mains.

Ordens-Verleihungen. Den Roten Adlerorden vierter Klasse erhielt Direktor a. D. Rechnungsrat Kuri zu Gonsenheim in Hessen, bisher in Meh, den Königlich Preussischen vierter Klasse Garnisonverwaltungs-Kontrollleur a. D. Spindler zu Wiesbaden.

Die Kenntnis der deutschen Sprache in der englischen Marine. In Verantwortung einer an ihn im Parlament gerichteten Frage teilte Marineminister Mac Kenna mit, daß unter den 4716 Offizieren der englischen Flotte nur 12 als Dolmetscher der deutschen Sprache dienen könnten. Dazu sagt die "Morning Post": "Die deutsche Flotte ist gegenwärtig noch der englischen die wichtigste. Sollten beide Flotten, sei es in friedlicher, sei es in kriegerischer Absicht, zusammentreffen, so wird England kaum einen deutschsprechenden Offizier auf je einem Kriegsschiffe stationieren können. Wir sind darin gegen die Deutschen schmächtig im Nachteil. Unsere Offiziere können die großen deutschen Flottenschriftsteller nicht im Original lesen. Dies ist ein gefährlicher Zustand; noch schlimmer ist aber, daß wir dem gleichgültig gegenübersehen."

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Der Kern des neuen Regierungsvorschlages, den Dr. Weyerle zur Diskussion stellte, betrifft, der "Neuen Freien Presse" zufolge, die Verlängerung des gegenwärtigen Zoll- und Handelsvertrages zwischen Österreich und Ungarn über das Jahr 1917 hinaus gegen wirtschaftliche und militärische Konzessionen an Ungarn. Dr. Weyerle schlägt die Verlängerung des Zoll- und Handelsvertrages auf weitere zehn Jahre bis zum Jahre 1927 vor. Die Verpflichtung zur Verlängerung des Ausgleiches bis 1927 soll in einer gesetzlichen Form inaktualisiert werden, so daß alle zukünftigen Regierungen daran gebunden sind.

Italien.

Die Mailänder Stadtverordnetenversammlung veranstaltete eine bemerkenswerte franzosenfreundliche Kundgebung, indem anlässlich der bevorstehenden Halbjahrhundertfeier der Befreiung der Romardei der Vizebürgermeister und die Redner aller Parteien Frankreich rühmten, daß es Italien aus Fremdherrschaft gerissen habe. Professor Coloris sagte unter anderem, Preußen habe kein Interesse gehabt, Italien zu helfen, und der Sozialdemokrat Corfetti griff heftig Österreich an und erntete dafür lebhaften einstimmigen Beifall. Auch ein die Stimmung kennzeichnender Vorfall.

Frankreich.

Zum Urteil des Haager Schiedsgerichts. Ministerpräsident Clemenceau hatte gestern mit Michon eine längere Unterredung über das Urteil des Haager Schiedsgerichts in der Casablanca-Affäre. Dem Urteil entsprechend wurde beschlossen, Deutschland das Bedauern Frankreichs an demselben Tage auszusprechen, wie dies von deutscher Seite geschieht.

Luftgespenster auch in Frankreich.

Eine Nachricht aus Chalons sur Saone erregt in Paris großes Aufsehen. Darnach soll dort ein Luftballon beobachtet worden sein, der sich in der Richtung nach der Schweiz bewegte und in Lausanne niedergegangen sei. Man will deutlich gesehen haben, daß es ein lenkbarer deutscher Ballon vom Typ des Zeppelin war, der in Straßburg aufgestiegen sei, die Vogesen überflogen und längere Zeit in Chalons sur Saone gewirkt habe. In der Gegend hätten sich zwei deutsche Offiziere (!) befunden, die mit langen Fernrohren ausgerüstet gewesen seien und die Gegend genau inspiziert hätten.

Der Vertreter eines Eisenwerkes, das der Marine minderwertige Bleche geliefert hat, erklärt, daß die Verantwortung dafür auf die Marinekontrolle falle, die die Lieferung ohne Augenscheinahme abgenommen habe. Die Kommission soll ein gesetzliches Einschreiten gegen die betreffenden Beamten fordern.

Belgien.

Die Interpellation Vandervelde über den Gemäldeverkauf des Königs ist auf den nächsten Dienstag vertagt worden.

Serbien.

Prinz Georg, der schon einige Male mit seinem mobil selbst im raschesten Tempo gefahrenen Automobil Unfälle erlitt, stieß wieder auf der Araguevayer Landstraße, in der Nähe Belgrads, auf einen Reifenstein. Das Automobil zerfiel, Prinz Georg und seine Begleitung wurden weit hinausgeschleudert, jedoch erlitt niemand außer unbedeutenden Hautabwühlungen einen nennenswerten Schaden.

Türkei.

Major Enver-Bei erklärt in einem Interview in Wien, er werde auf seinem Posten in Berlin bleiben und bestimmt an den deutschen Manövern teilnehmen. Er sagte, das Ergebnis der jungtürkischen Mobilisierung war sehr zufriedenstellend. Im griechisch-türkischen Kriege dauerte sie drei Wochen, während sie diesmal in 24 Stunden fix und fertig war.

Absinnien.

Das Befinden des Regus Menelit.

Das Befinden des Kaisers Menelit von Absinnien, gibt, wie aus Privatbriefen, die aus der nächsten Umgebung des Regus in Rom eingetroffen sind, hervorgeht, wieder zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß. Ramentlich die geistigen Fähigkeiten des greisen Herrschers sollen gelitten haben. Seit der Rückkehr aus Debra-Libanos, wo die Proklamierung seines Enkels Bibi Zeassu zum Thronerben erfolgte, hat sich Menelit von allen Staatsgeschäften zurückgezogen.

Korea.

Der Rücktritt des Fürsten Ito von seinem Posten als Generalkonsulent in Korea gilt als sicher, sein Nachfolger wird voraussichtlich der Vize-Generalresident Vicomte Sone. Fürst Ito ist zum Nachfolger des zurücktretenden Marshalls Fürsten Yamagata, des Präsidenten des Geheimen Staatsrats, bestimmt. Er bleibt wahrscheinlich Vormund des Kronprinzen von Korea.

Vereinigte Staaten.

Der deutsche Botschafter über die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der Vereinigten Staaten. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff hat, wie schon kurz erwähnt, bei dem Jahresessen des Nationalen Fabrikantenvereins in

New York, dem er als Ehrengast bewohnte, eine Rede über die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der Vereinigten Staaten gehalten. Er sagte in dieser Rede, die allerdings nicht ganz ohne Widerspruch blieb, u. a.: Die staunenswerte Ausdehnung der amerikanischen Industrie, die auf den großen natürlichen Reichtümern des Landes beruht und in erster Linie auf den eifrigen Unternehmungsgeist des amerikanischen Volkes zurückzuführen ist, könnte andere industrielle Nationen in Angst versetzen und in mir das Gefühl erwecken, als wäre ich in Feindesland, hätten wir nicht gelernt, daß das Gedeihen anderer Völker eine unmittelbare Wohlstandsquelle für das eigene Land ist. Alle industriellen Nationen, mögen sie sich noch so sehr durch Tarife schützen und des eigenen Marktes noch so sicher sein, müssen an dem Punkte ankommen, wo ihre Fabriken mehr produzieren, als die Verbraucher im eigenen Land aufnehmen können. Dann greift der Handel ein und beweist, wie falsch der Schluß ist, daß die Schwäche und Armut eines Landes für das andere Stärke und Macht bedeute. Ich darf auch in Ihrer freundlichen Einladung den Ausdruck des Wunsches sehen, im Handelsverkehr mit Deutschland mehr und mehr auf die Grundlage einer loyalen Gegenseitigkeit zu kommen und mit uns gemeinsam den Grundsat der offenen Tür, z. B. im Osten zu vertreten. Ich habe den deutschen Zolltarif hierzulande mehrfach den wissenschaftlich am sorgfältigsten aufgebauten in der ganzen Welt nennen hören; das mag sein, aber er ist in keiner Weise prohibitiv und wie auch das letzte Abkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gezeigt hat, gewähren wir allen Ländern, die mit uns auf jene Grundlage kommen wollen, erhebliche Vorteile. Hoffentlich gelangen wir im Laufe des nächsten Winters zu einer neuen Vereinbarung, die den Vereinigten Staaten den deutschen Markt mit seinen 65 Millionen Verbrauchern offen hält. Nachdem der Botschafter dann durch einige Zahlen den Umfang des amerikanisch-deutschen Handels und seine Ausdehnungsmöglichkeit beleuchtet hatte, kam er auf die in Amerika weit verbreitete Ansicht von dem niederen Stand der deutschen Löhne zu sprechen. Ein Unterschied möge vorhanden sein, aber die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters sei nicht schlechter als die des amerikanischen, weil das Leben in Deutschland nicht durch so hohe Einfuhrzölle verteuert werde. Die Tatsache, daß die Einwanderung von Deutschland nach den Vereinigten Staaten seit zwanzig Jahren sehr gering gewesen, scheine zu beweisen, daß für den Arbeiter der Reiz nach Amerika zu gehen, nicht mehr so groß sei. In den meisten industriellen Etablissements Deutschlands seien die Löhne in den letzten zehn Jahren um ungefähr 20 bis 30 Prozent gestiegen. Die soziale Gesetzgebung Deutschlands habe einen großen und sehr wohlthätigen Einfluß auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter ausgeübt. Der Botschafter schilderte dann die Wohltaten der deutschen Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung und gab einige Daten über die Aufwendungen, die die großen industriellen Unternehmungen für die Arbeiterversicherung zu machen haben. Diese Ausgaben müßten den Produktionskosten zugerechnet werden, da sie tatsächlich einen Zuschlag zu den Arbeitslöhnen bedeuten.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 28. Mai.

Gefangenen-Fürsorge in Hessen-Nassau.

In dem bekannten Gasthof „Alte Post“ zu Limburg fand am Dienstag die Hauptversammlung der Zentralstelle für Gefangenen-Fürsorge in Hessen-Nassau statt, die von zahlreichen Delegierten besucht war. Eingeleitet wurde die Versammlung durch Begrüßungsansprachen des Vorsitzenden der Zentralstelle Generalleutnant z. D. Leo aus Cassel, des Limburger Stadtpfarrers Geisler, Rats Tripp, des Landgerichtspräsidenten de Riem-Limbürg, des Beigeordneten Dr. Wolff-Limbürg und des Dombikars Fendel. Dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Verein 3413 Mitglieder zählt, von denen auf den Bezirk Wiesbaden 1383 und auf den Bezirk Frankfurt 1029 entfallen. 897 Fürsorgegesuche konnten im Vereinsjahr mit einem Selbstaufwand von 15800 M. berücksichtigt werden. Bei dem Kapitel „Gefängnis-Arbeit“ führte der Preungsheimlicher Gefängnisgeistliche Göde u. a. aus: Die gemeinschaftliche Gefängnisarbeit gefährde die Fürsorgebestrebungen, Beschäftigung in Einzelhaft sei besser. Eine Schädigung der Gewerbetreibenden durch Gefängnisarbeit finde nicht statt. Als Hauptforderung müsse der Fürsorgeverein einheitliche Regelung des Strafvollzugs aufstellen. Anderer Ansicht war bezüglich der Schädigung des Gewerbes durch die Gefängnisarbeit der Frankfurter Magistratsyndikus Dr. Luppe. Sie sei nur dann ein wertvoller Strafvollzug, wenn sie keine Konkurrenz mache. Die freie Arbeit dürfe nicht unter der Gefängnisarbeit leiden; daran müsse namentlich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen gedacht werden. Abgeordneter Kommerzienrat Cahensly wies darauf hin, daß der Regierungsvorsteher der Justizkommission des preussischen Abgeordnetenhauses die Erklärung abgegeben habe, daß in Gefängnissen nur für Staatsbetriebe gearbeitet werden dürfe, daß es sich also bei gegenwärtigen Fällen nur um eine Überschreitung des Erlaubten handeln könne. Pfarrer Friton-Eberbach sprach über Gefangenenfürsorge auf dem Lande und in kleinen Orten. Eine Aufklärung der Bevölkerung über die Ursachen der Verbrechen (wie übermäßiger Alkoholgenuss usw.) müsse erfolgen. — Der Versammlung schloß sich eine Besichtigung des Neubaus des Zentralgefängnisses Freudenbez. an.

— Ordensauszeichnung. Dem langjährigen Bewohner unserer Stadt, Herrn Erzieher und Propst Sergius von Protopopoff, wurde vom Kaiser von Rußland das Großkreuz 1. Klasse des Kaiserl. russischen Sankt-Anna-Ordens mit Band und Stern verliehen.

— Zum Kaiserpreisfesten. Ermuntert durch die Mitteilung des Kaisers, daß er in einem bevorstehenden Erlaß eine Reform des Kaiserpreisfesten anknüpfen werde, macht sich unter den zahlreichen am Wettstreit beteiligt gewesenen rheinisch-westfälischen Gesangsvereinen eine Bewegung geltend, in einer Immediateingabe an den Kaiser die Bitte zu richten, daß beim nächsten Kaiserfesten eine Klassifizierung der teilnehmenden Vereine eintrete, damit nicht jeder mittlere Verein mit anerkannt leistungsfähigen erstklassigen Gesangsvereinen in eine Klasse zusammengebracht werde. Weiterhin soll dahin gewirkt werden, daß mehr Preise als bisher zur Verteilung kommen, und daß außer dem Sechswochenchor und dem Stundenchor nur Volkslieder zum Vortrag kommen dürfen. Man glaubt, daß man hierin auch den Ansichten des Kaisers begegnen wird, der den Präsidenten jener Vereine, welche anerkannt schöne Volkslieder zum Vortrag gebracht haben, seine besondere Anerkennung ausspricht.

— Englische Festtagsgäste. Mitglieder der englischen Goethe-Gesellschaft, die in der nächsten Woche Weimar besuchen, werden auf der Herreise sich einige Tage in Wiesbaden aufhalten, und zwar während des Pfingstfestes. An der Reise nehmen etwa 25 Personen teil, die den besten Kreisen der englischen Gesellschaft angehören. Die Herrschaften verlassen am Samstag London und treffen teils zu Schiff von Cöln über Viebrich mit der Straßenbahn oder im Zug kommend, am Montag, den zweiten Feiertag, um 8 Uhr 20 Min. abends (in Viebrich), bezw. 6 Uhr 58 Min. auf dem Hauptbahnhof ein, und nehmen während ihres hiesigen Aufenthalts im „Taumshotel“ Wohnung. Sowohl in Viebrich als auch in Wiesbaden werden die Gäste von Vertretern unserer englischen Wochenchrift „The Wiesbaden Weekly Review“ empfangen, die während des Aufenthalts auch die Führung der Gäste übernommen hat. Dienstagvormittag findet eine Besichtigung der Stadt mit anschließendem Besuch des Nerobergs statt, nachmittags wird Elville besucht, wo man um 2 Uhr 26 Min. eintrifft, den Edelhof und die Kellereien des Freiherrn Langwerth von Simmern besichtigen und einer Einladung des Königl. Oberförsters Dr. Milani in die alte Burg folgen wird, um unter dessen Führung den architektonisch bemerkenswerten Amtsturm mit seinen durch die bauliche Anlage wie Malereien hochinteressanten Ritzsaal in Augenschein zu nehmen. Den Tag nehmen die Gäste darauf, einer Einladung folgend, im Hause Englerth ein. Nach der Rückkehr wird am Abend das Kurhaus besucht. Am Mittwoch werden die Gäste voraussichtlich einer durch die „Weekly Review“ veranstalteten Einladung der Ausstellungsleitung folgen und die Ausstellung besichtigen. Mittags um 12 Uhr 42 Min. erfolgt die Abreise nach Frankfurt, wo u. a. das Goethe-Haus und Museum besichtigt wird. Tags darauf fährt die Gesellschaft dann nach Weimar.

— Ausstellung Wiesbaden 1909. Wir erhalten folgende Zuschrift: Der Herr Verfasser des Artikels 18 über die Ausstellung Wiesbaden 1909 (Nr. 239 des „Tagblatts“) stellte die Behauptung auf: daß von der Leitung der Ausstellung nicht alles und leider nicht rechtzeitig geschehen sei, den Kaiser zu einem Besuch der Ausstellung zu veranlassen, daß überhaupt keine offizielle Einladung an die Kaiserfamilie gerichtet worden sei, und daß auch jede Bitte an die Kaiserin, der Ausstellung einen Besuch abzustatten, unterblieben sei. Diese Behauptungen entbehren jeder Begründung, und da sie nicht unwidersprochen bleiben dürfen, wenn nicht auf die Ausstellungsleitung ein ganz falsches Licht fallen soll, so bitten wir Sie hierdurch höflichst, Ihrem Leserkreis mitzuteilen, daß sowohl vom Vorstand der Ausstellung, wie vom Ausschuss der Kunstausstellung nicht nur auf schriftlichem Wege, sondern auch durch persönliche Vorstellung alles geschehen ist, um die höchsten Herrschaften zum Besuch der Ausstellung zu veranlassen und sie über die Bedeutung dieses Besuchs für das Ausstellungsunternehmen anzuhären. Hochachtungsvoll Ausstellung für Handwerk und Gewerbe, Kunst und Gartenbau Wiesbaden 1909. G. Schneider, Vorsitzender. Fr. Leese, Geschäftsführer.

— Postwechselverkehr. Nach einer neuerdings getroffenen Anordnung ist es den Inhabern eines Postwechselkontos ferner gestattet, mit einem Scheck Auftrag zu Barzahlungen an mehrere Empfänger zu erteilen. Dem Scheck ist in einem solchen Fall ein von dem Kontoinhaber zu unterschreibendes Verzeichnis der einzelnen Empfänger beizufügen. Sämtliche Einzelbeträge müssen zur Auszahlung in bar bestimmt sein. In der Berechnung der Gebühren tritt durch die Zulassung der Sammelschecks eine Änderung nicht ein. Die Rückzahlungsgewährungen werden in derselben Höhe in Ansatz gebracht, wie wenn für jede einzelne Zahlung ein besonderer Scheck ausgestellt wird.

— npt. Eisenbahner-Töchterhort. Die im Jahre 1902 unter dem Protektorat der Kaiserin begründete Stiftung „Eisenbahner-Töchterhort“, deren Zweck es ist, unterbreiteten Töchtern verstorbenen Beamten und Arbeiter der preussisch-hessischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen im Falle der Bedürftigkeit Beihilfen besonders zur Förderung ihrer Erwerbstätigkeit zu gewähren, errichtet, wie wir hören, ein eigenes Töchterheim in Erfurt, das nach dem Namen der Frau Staatsministerin v. Breitenbach „Christiane-Heim“ genannt und mit dessen Bau jetzt begonnen wird.

— Zum 56. Feldbergfest ladet der Feldbergeschauschuß auf den 20. Juni d. J. ein. Sicherlich findet dieser Fest nicht nur in den Gauen des Mittelrheintales, denen das Feldbergfest ein Stück vom Herzen ist, sondern auch draußen bei der gesamten deutschen Turnerschaft großen Widerhall, und zwar um so mehr, als im Vorjahr Tausende aus Anlaß des gewaltigen Festes in der alten Kaiserstadt am Main hinaufgewandert sind auf des Berges Gipfel und sich durch den Augenschein überzeugt haben, wie herrlich es sich turnt auf des Berges weiter Hochebene, greifbar nahe den Wolken des Himmels und tief im Tal freundliche Städte und Dörfer, schattige Wälder und blühende Gewässer. Die Wettturnübungen bestehen aus: Hochspringen, Weitspringen, Steinstoßen, Wettlauf über 100 Meter und einer Freiturnung. Vor Beginn des Wettturnens werden die

bereits veröffentlichten Freiturnübungen geturnt. Die Kampfrichter sind bis zum 6. Juni bei Theodor Kleber in Viebrich und die Wettturner bei W. Baumann in Oberursel bis zum 13. Juni d. J. anzumelden.

— Steuerbefreiung während militärischer Übungen. Die übungspflichtigen Reservisten und Landwehrlente seien anlässlich der bevorstehenden oder bereits gemachten militärischen Übungen darauf aufmerksam gemacht, daß sie für die Monate, in denen sie zur Übung bei der Truppe herangezogen sind, keine Steuern zu entrichten haben. Wenn auch nur ein einziger Übungstag auf den Monat entfällt, so bleibt doch der ganze Monat steuerfrei. Da jedoch ohne besonderen Antrag eine Steuerbefreiung nicht eintritt, so müssen die Betroffenen unter Vorlegung oder Einsendung des Militärpasses sich bei der Gemeindebehörde ihres Wohnortes melden und die Steuerbefreiung beantragen.

— Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz. Gestern abend fand in der Turnhalle der Oberrealschule Oranienstraße die diesjährige Schlußbesichtigung der Kolonne im Beisein des Provinzialinspektors Medizinrat Dr. Roth-Frankfurt a. M. und des hiesigen Kreisinspektors Sanitätsrat Dr. Sackebrock statt, bei welcher sich die genannten Herren von der sorgfältigen theoretischen und praktischen Ausbildung der Kolonne überzeugten. Während der Sommermonate wird die Kolonne ihre Übungen monatlich einmal fortsetzen, und zwar zum erstenmal am 23. Juni, von da ab am letzten Mittwoch eines jeden Monats, um im November ihre wöchentlichen Übungen wieder aufzunehmen. Bei der großen Bedeutung der Sanitätskolonne namentlich im Kriegsfall wäre eine weitere Vergrößerung der hiesigen Kolonne erwünscht. Meldungen von Teilnehmern nimmt der Vorsitzende Kapitänleutnant a. D. Stadtrat Kleit und der leitende Arzt Dr. Schreier gerne entgegen.

— Der Ausstand der Schuhmachergesellen beendet. Da sich die Innung weigerte, mit der Lohnkommission der Gesellen in Verhandlungen einzutreten, so vereinigten sich die besseren Maßgeschäfte, welche ein besonderes Interesse an der Einstellung des Kampfes hatten, zu einer besonderen Organisation (Arbeitgeberverband) und traten als solcher an die Ausständigen mit dem Vorschlag heran, durch ihre gewählte Kommission mit der Lohnkommission der Gesellen in Verhandlungen einzutreten. Die Ausständigen stimmten dem Vorschlag zu, und es ist auch auf dieser Grundlage eine Einigung erzielt worden. Nachträglich ist auch die Innung den getroffenen Abmachungen beigetreten und hat diese als bindend für sich anerkannt. Der Tarif ist auf drei Jahre abgeschlossen und vor dem Gewerbegericht festgelegt.

— Warnung. Ein etwa 21jähriger Mensch, kleiner, blonder Schnurrbart, gesunde Gesichtsfarbe, Anzug grau, grüner Hut, eventuell identisch mit dem Fahrraddieb (Sonnenberger Straße), mietete in der Rorkstraße, Nero-, Weiß- und Weichstraße Zimmer, verschwand jedoch überall bald wieder unter Mithahme von Kleidungsstücken und anderen Wertgegenständen. Letztere wurden durch das Detektiv-Institut Reinglaß, Kirchgasse 60, zum Teil wieder auffindig gemacht und den Bestohlenen zurückgegeben. Der jugendliche Hochstapler gibt an, der Sohn eines reichen Metzgermeisters zu sein und auf dem hiesigen Rathaus zu arbeiten; er spricht stark hiesigen Dialekt. Anzeige ist erstattet.

— Neue Ansichtskarten. Der rührige Kunstverlag Emil Klement in Frankfurt a. M. hat wieder zwei Serien farbiger Ansichtskarten herausgebracht. Die eine umfaßt die Burgen im Kar- und Wipertal, die andere die Mosel mit ihren malerischen Denkmälern alter Baukunst. Beide Ausgaben sind nach Aquarellen von Gg. Rothgeb ausgeführt und zeichnen sich durch feinkünstlerische Wiedergabe aus. Die Karten werden deshalb wohl vielen Anklang beim Publikum finden.

Theater, Kunst, Vorträge.

* Königl. Schauspiel. Im Hoftheater kommt heute Puccinis Oper „Tosca“ mit der Kammerfängerin Frau Leffler-Wurld in der Titelrolle und den Herren Kammerjäger Kallisch und Schay in den weiteren Hauptpartien zur Aufführung; die Rolle des „Sciaroni“ hat Herr Rehfopf für den erkrankten Herrn Engelmann übernommen. Die Vorstellung findet bei aufgehobenem Abonnement bei erhöhten Preisen statt. — Für den ersten Pfingstfeiertag ist eine Wiederholung von Webers „Oberton“ festgesetzt worden, und zwar wird diese Aufführung die 150. dieser Oper in ihrer hiesigen Wiesbadener Einrichtung sein. — Am Pfingstmontag geht Offenbachs Operette „Orpheus in der Unterwelt“ in Szene, während am Dienstag, den 1. Juni, Vorhings Oper „Lindie“ zur Aufführung gelangt. — In der am Samstag, den 29. Mai, im hiesigen Hoftheater stattfindenden Premiere von Richard Sellingers „Ein Feiertag“ werden die Hauptrollen von den Herren Tauber, Malder, Adriano, Schmal und Kober, von den Damen Weidner, Doppelbauer dargestellt. Die Regie führt Dr. Hans Oberländer. Die Vorstellung findet im Abonnement D statt (gewöhnliche Preise, Anfang 7 Uhr).

* Naturtheater Nerotal. Der Kartenverkauf für die Aufführung von Wolgogens Festspiel „Die Raibrau“ im Naturtheater Nerotal hat bereits an der Hauptkasse des Kurhauses begonnen. Es betragen die Eintrittspreise für einen Mittellogensitz 20 M., Seitenloge 15 M., Parkett 10 M., Rang, Mitte, 7 M., Rang, links und rechts, 5 M. Eintrittskarten können auch am Tage der Aufführung an der Kasse im Naturtheater Nerotal gelöst werden.

* Volkstheater. Am Freitag gelangt „Stadt und Land“ am Samstag in neuer Einstudierung „Robert und Vertram“ zur Aufführung, beide Vorstellungen zu volkstümlichen Preisen. Ganz besonders reichhaltig ist das Repertoire für Pfingsten. Es gelangen zur Aufführung: Sonnabendmittags 4 Uhr „Die Passionspieler von Oberammergau“, abends 8 Uhr „Der Stabsdrumpeter“, Montagmittags „Der Postillon von Almenruh“ und abends zum erstenmal „Der Jongleur“. — (Spielplan.) Sonntag, den 30. Mai, nachmittags: „Die Passionspieler von Oberammergau“, abends: „Der Stabsdrumpeter“. Montag, den 31. Mai, nachmittags: „Der Postillon von Almenruh“, abends: „Der Jongleur“. Dienstag, den 1. Juni: „Die Regimentstocher“. Mittwoch, den 2.: „Die Raibe aus Lohob“. Donnerstag, den 3.: „Der Postillon von Almenruh“. Freitag, den 4.: „Wie man's nimmt“. Samstag, den 5.: „Die deutschen Kleinrädler“.

Geschäftliche Mitteilungen.

* 20 Millionen. Kein Artikel der Nahrungsmittelebranche hat so schnell bei den Hausfrauen Anklang gefunden, wie „Gansa“-Bad- und Badingpulver. Die Firma Stabert Wilms, Hamburg, hat in den ersten 1 1/2 Jahren ihres Bestehens schon ein beachtliches Quantum zum Verkauf gebracht, und ist dieses entschieden wohl ein Zeichen, daß die Qualität der Fabrikate ganz hervorragend gut ist und sind

viele Konfuzius-Fabrikate von dieser Firma übertrafen worden. „Dania“-Buddingpulver wird aus den allerfeinsten Rohmaterialien hergestellt und erreicht jeder Kuchen, der hiermit gebacken wurde, eine unerwartete Größe. Die Kuchen sind dadurch auch leicht verdaulich und bekömmlich. „Dania“-Buddingpulver wird aus allerfeinstem Maispulver hergestellt und ist dieses Produkt, mit Milch und Zucker gefolgt und als Budding serviert, die nahrhafteste Speise für Gesunde, Kranke, Konvaleszenten und Kinder.

Raffaenische Nachrichten.

no. Laufenfelden, 26. Mai. Gestern waren 38 Renteneinpfänger von hier nach Langenschwalbach aufs Landratsamt geladen, wo in Gegenwart des Sektionsvorstandes eine Hauptuntersuchung ihrer Leiden vorgenommen wurde. — Nächsten Samstag findet hier ein Lokaltermin der Kommission zur Auswahl für Simmenthaler Viehtrasse statt, woran auch der Landrat des Kreises teilnimmt.

u. Vom Schwarzbach, 26. Mai. Die Schule in Niederseelbach feiert in diesem Jahre ihr dreihundertjähriges Bestehen. Ihre Begründung fällt also in die Zeit vor dem dreißigjährigen Krieg, in der in unserem Lande Dorfschulen noch zu den Seltenheiten gehörten. Niedernhausen hatte um 1609 noch keine Schule. Dort wurde eine solche erst um 1700 errichtet. Die Jünger von Niedernhausen mußten daher ihren Wissensdurst in Niederseelbach stillen, was keineswegs eine angenehme Aufgabe war, zumal der Unterricht in damaliger Zeit nur im Herbst und Winter abgehalten wurde, während der Sommer eine große Ferienzeit bildete.

u. Griesheim, 26. Mai. Die Gemeindevertretung bewilligte 3000 M. für ein Preisanschreiben zur Erlangung von Entwürfen für einen Rathausneubau, der 200 000 bis 250 000 M. kosten soll. Gleichzeitig genehmigte die Vertretung den Gasvertrag mit der Gemeinde Schwannheim, der auf 10 Jahre lautet. Das Gas kostet bei Lieferung bis an die Mainbrücke bei 100 000 Kubikmeter 11 Pf. und bei 200 000 Kubikmeter 10 Pf. das Kubikmeter. Schwannheim führt die Rohrleitung im Orte selber aus. Man berechnet sie auf 80 000 M.

Aus der Umgebung.

Frankfurt a. M., 27. Mai. (Eigener Drahtbericht des Wiesbadener Tagblatts.) Gestern früh fiel in der Höchster Straße ein 6jähriger Junge namens Miller in einen Bachschiffel mit tosendem Wasser. Die erlittenen Brandwunden sind so schwere gewesen, daß der Knabe denselben heute nacht erliegen ist.

sr. Sayn, 25. Mai. Unheimliche Gerüchte verbreiten, nach der „Cobl. Zig.“, vom Westerwald kommende Pest in der ganzen Gegend über eine in dem Dorfe Malscheid bei Dierdorf ausgebrochene fürchterliche Krankheit, die innerhalb von drei Tagen schon 21 Opfer gefordert habe; nach anderen Mitteilungen sollen gestern morgen schon 27 Personen gestorben gewesen sein. Allerlei gefährliche Krankheiten, wie schwarze Pocken, Genickstarre, Cholera, Beulenpest und andere werden von den aufgeregten Bewohnern genannt, und fast alle Leute stimmen in der Beschreibung der Krankheit darin überein, daß die meisten befallenen Personen blau-schwarz werden und der Hals vielfach mächtig anschwellt. Es wäre wünschenswert, wenn von den mit der Untersuchung und Behandlung vertrauten Ärzten oder von anderer maßgebender Seite bald eine bestimmte beruhigende Erklärung erfolgen würde über die festgestellte Krankheit, die von besonmeren Elementen für eine stark aufgetretene Lungenentzündung gehalten wird; da es unwahrscheinlich erscheint, daß auf einem abgelegenen, sonst gesunden Westerwaldsdorfe eine der vorgenannten übertragbaren Krankheiten plötzlich aufgetreten sein soll.

Nieder-Saulheim, 26. Mai. Zum großen Gesangswettstreit dahier an Pfingsten verkehren außer den fahrplanmäßigen Zügen auf der Strecke Mainz-Alzey nachfolgende Sonderzüge: Ab Mainz 7,20 vorm., an Nieder-Saulheim 8,10 vorm.; ab Mainz 11,34 vorm., an Nieder-Saulheim 12,15; ab Nieder-Saulheim 8,09 nachm., an Mainz 8,58 nachm.; ab Nieder-Saulheim 9,14 nachm., an Mainz 9,58 nachm. Die Züge halten an allen Zwischenstationen. Der historische Festzug findet um 2 1/2 Uhr nachmittags statt.

Gerichtssaal.

Der Spionageprozeß Schweng.

wb. Leipzig, 26. Mai. Vor dem Reichsgericht begann heute der Spionageprozeß gegen den Kaufmann Schweng und Genossen wegen Verrats militärischer Geheimnisse. Der Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit wurde abgelehnt. Die Angeklagten Schweng und Bohn werden beschuldigt, den Versuch gemacht zu haben, einem Agenten der französischen Regierung namens Renault Pläne der Festung Stein zu verschaffen und Patronen für die Infanteriegewehre, sowie Schrapnell und andere Geschosse für die Feldkanonen zu liefern. Die Frau und die Mutter Schwengs sollen Beihilfe geleistet haben. Schweng ist in der Hauptsache geständig, daß er sich an einen deutschen Vizekonsul in Metz und andere Personen gewandt habe. Mehrmals habe er auch kleine Mengen Pulver erhalten. Von dem französischen Agenten habe er 800 Frank bekommen. Seine Tätigkeit habe er nicht für die eines Spions gehalten. Bohn bestreitet die Schuld. Den Briefverkehr Schwengs hatte seine Mutter vermittelt, während der Verkehr des erwähnten Vizekonsulmeisters mit den Angeklagten mit Genehmigung der Vorgesetzten erfolgte. Während der Vernehmung der achtzehn erschienenen Zeugen bekam der Angeklagte Schweng einen epileptischen Anfall, weshalb die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrochen werden mußte. Die Beweisaufnahme wurde im Laufe des Nachmittags zu Ende geführt. Der Sachverständige Medizinalrat Thümmler gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte hysteriker, in der Zurechnungsfähigkeit aber nur wenig behindert sei. Morgen beginnen die Plädoyers.

Leipzig, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Spionageprozeß Schweng beantragte der Reichsanwalt, sämtliche Angeklagten schuldig zu sprechen. Während der Ausführungen des Reichsanwalts bekam Schweng wieder einen epileptischen Anfall, so daß eine Pause eintreten mußte, da sprang der Bruder Schwengs über die

Barriere und wollte zu seinem Bruder auf die Anklagebank eilen. Er wurde jedoch vom Gerichtsdienner und von Polizeibeamten sofort festgenommen und eingesperrt.

Bekanntes Todesurteil.

wb. Leipzig, 26. Mai. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Bautechnikers Franz Maag, der vom Schwurgericht Trier am 4. Mai wegen Ermordung des Kaufmanns Regel in einem Eisenbahnwagen 2. Klasse zum Tode verurteilt wurde.

Sport.

* Fußball. Die Fußballsaison geht jetzt immer mehr ihrem Ende zu, und was für den Sportinteressenten das Wichtigste ist, die Wettspiele werden immer weniger. Eine angenehme Ausrüstung bringen deshalb die Feiertage. Während der „Sportverein Wiesbaden“ und der „1. Wiesbadener Fußballklub von 1901“ sich erkläre, die 1. Mannschaft des Wiesbadener Fußballvereins eine Reise nach Süddeutschland unternehmen. Am 1. Feiertag steht sie in Karlsruhe der 1. Mannschaft des Fußballklubs „Wahlburg“ gegenüber, während sie am 2. Tage in Baden-Baden ein fälliges Retourspiel gegen die 1. Mannschaft des Fußballvereins Baden-Baden 1902 austrägt. Letztere Mannschaft dürfte noch von ihrem ersten Spiel gegen den „Wiesbadener Fußballverein“ an Weihnachten bekannt sein, das letzterer knapp mit 1:0 gewann, auch die erstere Mannschaft ist kein zu unterschätzender Gegner. Wünschen wir der jungen Wiesbadener Mannschaft gegen ihre süddeutschen Gegner gute Erfolge.

* „Wader“, Leipzig in Wiesbaden. Erstklassige westdeutsche Mannschaften, darunter München-Bladbach, der diesjährige westdeutsche Meisterschaftsklub, sowie die erste Klasse Süddeutschlands, wie „Forzheimer Fußballklub“, „Karlsruher Fußballverein“, „Mannheimer Viktoria“ u. a. mehr, haben bereits in Wiesbaden gespielt, und nun teilt am 2. Pfingstfeiertag zum erstenmal Mitteldeutschlands vorjähriger Meisterschaftsklub in Wiesbaden, um im Wettkampf mit dem „Sportverein Wiesbaden“ sich zu messen. Der sportliche Ruf, welcher „Wader“ vorausgeht, ist aber auch wohlbegründet, denn die von der Mannschaft erzielten Resultate gegen Berliner „Preußen“ 1:1, Hamburger „Viktoria“ 7:2, Berliner „Union“ 2:2 sowie am 9. Mai gegen die Braunschweiger „Eintracht“, welche am Pfingstsonntag auch um dem Sportplatz mit dem 1. Wiesbadener Fußballklub um die Siegesehren ringt, bedeuten hervorragende Leistungen. In der Mannschaft spielt Albrecht, der Internationale im Länderwettbewerb gegen England, Rechtsaußen, sowie weiterhin Rifa, Dieze und Lenz, welche im Kampfe um den Kronprinzenpokal in der repräsentativen Mannschaft Mitteldeutschlands spielten und über die repräsentative Mannschaft Süddeutschlands mit 5:2 Sieger bleiben konnten. Da dieses Spiel das letzte der 1. Mannschaft des Sportvereins in dieser Saison ist, so dürfte die Mannschaft alles aufbieten, um dem starken Gegner erfolgreich die Spitze bieten zu können und dadurch einen guten Abschluß ihrer diesjährigen Spielzeit herbeizuführen. Das Spiel beginnt am 2. Pfingstfeiertage, nachmittags 4 1/2 Uhr.

Die Flotte der Rheinischen Motorjachten hat in diesem Frühjahr bemerkenswerten Zuwachs erfahren. Der namhafteste besteht in der Klubjacht „Jan von Werth“ des Rheinischen Motorjachtklubs in Köln, welche ein Stahlschiff ist und von der Neuen Automobil-Gesellschaft in Berlin geliefert wurde, während der Bau des Schiffes von den Motorbootwerken Hoffmann u. Co. in Potsdam ausgeführt wurde. Sie ist die größte deutsche Klubjacht und bietet 16 Personen Wohngelegenheit mit aller Bequemlichkeit für längere Fluss- oder Seeereisen. Eine zweite Motorjacht, welche ebenfalls zu den größten und elegantesten Deutschlands gehört, ist die „Alba“ von Dr. Kürsten in Bogenzoll bei Bremen für den Motorjachtschiffbau R. v. Carlmann in Godesberg a. Rh. erbaut worden. Sie stellt ebenfalls ein schnelles Schiff für beide Jachten, welche gegen 20 Meter lang und gegen 3 1/2 Meter breit sind, werden gelegentlich der diesjährigen Rhein-Rotorboot-Regatta, welche von Mannheim nach Holland führt, auch bei Biebrich zu sehen sein. Eine dritte, noch größere Motorjacht befindet sich zurzeit bei der letztgenannten Werft für den Grafen Tolosa in Köln noch im Bau.

Hundausstellung in Frankfurt a. M. Das Programm der 10. großen internationalen Ausstellung von Hunden aller Rassen, die der Verein der Hundezüchter am 6. und 7. Juni in der Landwirtschaftlichen Halle veranstaltet, ist erschienen und kann von der Geschäftsstelle Georg Schlett, Frankfurt a. M., Gartenstraße 29, bezogen werden. Diese zoologische Veranstaltung, die im höchsten Maße geplant ist, findet unter den Züchtern des Marzells der Spezialklub statt: sie vertritt eine der größten ihrer Art zu werden. 13 Spezialausstellungen sind mit ihr vereinigt, die von den Spezialklubs auf das glänzendste dotiert sind. Unter anderen Spezialausstellungen die des Fedelklub, Klub Kurzhaar, Griffonklub, Vorkerklub, Setterklub, Pointerklub, Dobermann-Rindklub usw. Alles nähere eracht das reichhaltige Programm. Meldebüch: 30. Mai. Programme durch obige Geschäftsstelle.

sr. König Eduards „Minor“ gewinnt das englische Derby. Selten hat die Ebene von Epsom größere Menschenmassen gesehen als am Mittwoch bei der Entscheidung des diesjährigen Derbys. König Eduards „Minor“ war schon seit seinem Siege in den Two Thousand Guineas heißer Favorit für das klassische Ereignis und trug die Hoffnungen von ganz England. Für den Kampf um das „blaue Band“ fand sich ein Feld von 14 Pferden am Start ein, von denen besonders der in Amerika gezogene „Sir Martin“ als gefährlicher Gegner für „Minor“ angesehen wurde. Der Hengst schied aber infolge einer Karambolage, die ihn zu Fall brachte, aus dem Rennen. In der Distanz entspann sich ein heißes Ringen zwischen „Minor“, „Louviers“ und „William the North“, aus dem der von Jones gesteuerte Hengst des Königs um einen Kopf als Sieger über „Louviers“, der von dem französischen Championjockey Stern geritten wurde, hervorging. Eine halbe Länge zurück folgte „William the North“ vor „Valens“. Wetten 7:2, 9:1, 10:1. Platzwetten 5:4 „auf“, 6:4, 4:1. König Eduard wohnte mit der Königin der Entscheidung bei. „Minor“ stammt von Colene a. d. Mother Siegel, sein Züchter ist Mr. Hall Walker, der den Hengst nur zur Ausmützung auf der Rennbahn an König Eduard vermiethet hat.

sr. Das erste internationale Lawn-Tennis-Match, von denen, wie bereits gemeldet, in diesem Jahre mehrere geplant sind, gelangt zwischen einer deutschen und irischen Mannschaft gelegentlich der internationalen Pfingstturniere des Lawn-Tennis-Klubs im Grunewald zum Austrag. Auf deutscher Seite stehen O. Kreuzer, Rahe, von Biffing, Schomburgk, Dr. Boelling und Widmann, während bei der irischen Mannschaft J. C. Parre an der Spitze steht.

Aus Bädern und Kurorten.

* Bald Wäldungen. Die Königin von Württemberg sowie der Fürst und die Fürstin zu Waldeck und Rhmont stifteten Bad Wäldungen am 22. Mai einen Besuch.

Vermischtes.

* Geographie vom Eisenbahnwagen aus. Die vorzügliche Fachzeitschrift „Die Welt des Kaufmanns“ (Herausgeber Johannes Buschmann, Kassel) veröffentlicht folgende Gedanken eines nachdenklichen Reisenden: „Ich habe in letzter Zeit größere Reisen in Deutschland machen müssen, Reisen, bei denen oftmals die langen Fahrten im D-Zug die einzigen Mußestunden für mich waren. Instinktmäßig drängte ich dann alle Gedanken an meine Arbeiten zurück, suchte irgendeine die Sinne fesselnde Gegenwart zu erfassen, las bisweilen, meist Bücher, die die Vorstellungskraft stark anregen, noch lieber und häufiger aber schaute ich zum Fenster hinaus ins vorüberziehende Land. Von den Einzelheiten der Landschaft als Bild, wie sie sich immer und immer wieder neu gruppiert und immer wieder von neuem fesselt, möchte ich nicht sprechen. Das war's nicht, was ich als das Besondere dieser weiten hastigen Fahrten empfand. Wenn ich vom Fenster meines Wagens hinaussah in die Ebenen und die Talweytungen, wenn da sich ein Höhenzug heranschob und wieder hinter uns blieb, dort ein Fluß, ein träger, dunkler Kanal gekreuzt wurde, wenn die großen bewegten Seen Mecklenburgs auftauchten und wir eine Weile lang am waldigen Ufer entlang fuhren, und dann durch den Forst hindurchwanden, wenn das kahle eintönige Flachland zwischen Halle und Magdeburg durchflogen wurde und dann wieder sandige Heide mit Wachholderpyramiden und roten Ziegelfachwerkbauten eine lange Strecke herrschten, wenn der Zug im rauhen Voglande die schräge Abdachung des Erzgebirges hinaufflammte oder zwischen Fichtelgebirge und Böhmerwald ins Hoysenland hinabrannte, wenn die Donau auf dröhnender Brücke überfahren wurde oder wenn die Bahn sich durchs schiefergrau, gewundene Moseltal schlängelte, wenn hier ein Strang abzweigte gen Osten und dort von Westen her ein Zug herankam — dann trieb ich mit all diesen Beobachtungen praktische Geographie. Das war der eigentliche Reiz dieser Fahrten, daß ich in ein paar Stunden halb Deutschland durchquerte und ein Stück Land, das ich auf der Karte allenfalls mit einem Blick umspannen konnte, im Zusammenhang — also gewissermaßen auch in einen einzigen langen Blick hineingebracht — lebhaftig vor mir sah. Die papierne Schulgeographie bekam Leben, und die gemeinlich etwas wirre, unübersichtliche Topographie des Landes ordnete sich zu der Klarheit eines Kartenbildes. Das nahm ich allerdings bald zu Hilfe, um über gewisse Zusammenhänge und Übergänge besser ins reine zu kommen. Die Namen jedes Wassers, jeder Ortschaft begannen mich zu interessieren, die Vorstellung von gewissen Entfernungen im Verhältnis zum ganzen Lande bedurfte der Nachhilfe, überhaupt ging es mir darum, die Relativität aller Erscheinungen, ihre Beziehung zu den nicht im Blickfelde liegenden deutlicher zu erfassen. Ich empfehle meine „Geographie vom Eisenbahnwagen aus“ den Kaufleuten, die viel auf der Bahn sitzen. Mir ist Deutschland in seiner physikalischen Gestaltung, in seinen großen Zügen, in dem Rhythmus seiner Bodenbewegung, in seinen Vegetationszonen, in den Silhouetten und der Lage seiner Städte und dem Lauf seiner Flüsse jetzt erst sicherer geistiger Besitz geworden.“

Kleine Chronik.

Erdbeben in Nordamerika. In Chicago wurde ein Erdbeben wahrgenommen und ebenso in ganz Nord-Illinois, Michigan, Wisconsin und Iowa. Die Gegenstände in den Zimmern mehrstöckiger Häuser schwankten stark.

Schwerer Bootsunfall. Ein Boot mit neun Arbeitern aus Gumbheim, welches Leute von der Arbeit vom babilischen Ufer über den Rhein setzte, schlug in den hochgehenden Wellen um. Fünf junge Leute im Alter von 20 bis 23 Jahren extrankten, zwei wurden an einer unterhalb liegenden Brücke gerettet; einer von diesen ist schwer krank. Zwei weitere Arbeiter konnten sich durch Schwimmen retten.

Hunde als Hühnermörder. Hunde drangen nachts in die Eichenhaidische Geflügelzüchterei in Halle ein und bissen 300 junge Hühner tot. Der Schaden beträgt etwa 3000 M.

Blitzschlag. Unweit des Pomologischen Instituts zu Proskau schlug der Blitz in einen alleinstehenden Baum, unter dem mehrere Feldarbeiterinnen Schutz gesucht hatten. Ein Mädchen wurde erschlagen und zwei Frauen erlitten Brandwunden. — Ferner wurde in Wlitan ein Arbeiter und in Wymysłowo ein 16jähriger Arbeitsschulze vom Blitz erschlagen.

Segelunfall. Der Festungsbau-Leutnant Schrader auf Helgoland und sein Bursche unternahmen vorgestern abend eine Segelpartie in einem kleinen Boot. Der starke Südwestwind trieb das Boot von der Insel Helgoland ab. Nach einiger Zeit wurde der Offizier und sein Bursche vermisst. Ein Rettungsboot und zwei Schleppdampfer machten sich sofort auf die Suche, um die Vermissten zu finden. Die Verschundenen gelten als verloren.

Ein Riesenswaldbrand herrscht im Halltal bei Junsbrud, der bis jetzt nicht gelöscht werden konnte. Das Feuer bedroht zurzeit das alte historische Kloster, weitbekannt unter dem Namen Restauration St. Margarethen. Aus Hall und Junsbrud gingen Feuerwehr und Militär ab.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“. — Berlin, 27. Mai.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Bei den Wahlen der Abgeordneten Büchtemann (freis. Vpt.) und Wagner (freis. Vpt.) wurde Beanstandung und Beweisüberhebung beschlossen. Die Wahlen der Abgeordneten Meyer-Rottmannsdorf (freis.) und Bolkowski (kons.) wurden für gültig erklärt.

Es folgte die dritte Lesung der Sekundärbahnvorlage wobei noch zahlreiche lokale Wünsche vorgebracht wurden. Es wünschte u. a. Abg. Gedenroth (kons.) den Ausschluß des Westerwaldes durch eine Bahn Mariental.

berg-Doaden, und Abg. Königs-Krefeld (Zentr.) eine bessere Verbindung nach den Badeorten, damit die Ausländer mehr herangezogen würden.

Abg. v. Bülow-Homburg (natl.) wünschte eine bessere Verbindung nach den Taunusbädern, Abg. v. Stockhausen (konf.) eine Bahn von Groß-Almarode nach dem Norden.

Ferner wünschte Abg. Barlling (natl.) eine Bahn von Neuwied nach Marienberg, Abg. Cahensly (Ztr.) weitere Ausschließung des Westerwaldes.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) ersuchte die Eisenbahnverwaltung, nicht nur den lokalen Verkehr sondern auch den Fernverkehr zu fördern.

Darauf wurde die Vorlage unverändert angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Ostpreußen und Sachsen, wurde darauf in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung zum Antrag Barlling (natl.), betreffend Staatshilfe für die durch die diesjährigen Überschwemmungen geschädigten Gegenden.

Unterstaatssekretär Dombois führte hierzu aus: Die staatliche Hilfsaktion ist bereits eingeleitet. Die Privatschäden sind in der Hauptsache durch die sehr reichlich ausgefallenen privaten Sammlungen gedeckt, so daß nur noch Mittel für den Schaden, der an öffentlichen Wegen und Verkehrsanstalten usw. entstanden ist, zu beschaffen sind.

Abg. v. Jagow (konf.) weist auf die großen Schäden hin, die sein Wahlkreis Osterberg durch die Überschwemmungen erlitten hat.

Abg. Barlling (natl.) bittet um Annahme seines Antrages.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentr.) wünscht auch Berücksichtigung seines durch die Weserüberschwemmungen geschädigten Wahlkreises.

Daraufhin wurde der Antrag nach dem Vorschlag der Budgetkommission in der Fassung angenommen, daß die Regierung ersucht wird, zur Behebung der jüngsten Hochwasserschäden, soweit sie nach der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen von diesen nicht getragen werden können, Staatsmittel durch Gewährung nicht rückzahlbarer Unterstützungen oder zinsfreier Darlehen bereit zu stellen.

Der Gesetzentwurf, betreffend Landwege im Regierungsbezirk Cassel, wurde nach kurzen Ausführungen in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt dann die Beratung des Gesetzentwurfes, betr. Erhebung von Beiträgen für die gewerblichen kaufmännischen Fortbildungsschulen.

Handelsminister Dr. Debrück begründet die Bestimmung des Gesetzes, wonach Gemeinden und Kommunalverbände befugt sind, zur Unterhaltung von Fortbildungsschulen von Arbeitgebern der Fortbildungsschüler Beiträge zu erheben. Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Sager (Zentr.) und Müller-Berlin wird der Gesetzentwurf in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Hammer (konf.), betreffend

Bildung von Kleinhandelskammern-Ausschüssen bei den Handelskammern.

Abg. Hammer (konf.) befürwortet die Annahme des Kommissionsantrages, wonach die Regierung ersucht wird, auf die Einrichtung von Kleinhandels-Ausschüssen, die den Handelskammern anzugliedern sind, hinzuwirken und am Kleinhandel die seiner Bedeutung entsprechenden Interessen zu ernähren.

Die Abgg. Zusevsky (natl.) und Dr. Gerschel (freif. Vpl.) erklären sich für den Antrag, desgleichen Dr. König-Krefeld (Zentr.), der davon einen Ausgleich im Gegenseitigen dem Großhandel und Kleinhandel erwartet.

Darauf wird der Kommissionsantrag angenommen.

Letzte Nachrichten.

Japanischer Besuch in Berlin.

Berlin, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Prinzenpaar Kuni von Japan, Prinzessin Kaschimoto und Marquis Yamamoto mit Gemahlin, sind heute mittag hier eingetroffen und im „Hotel Adlon“ abgestiegen.

Der Streit um den Zweimächte-Standard.

wh. London, 26. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wandte sich gleich nach den Ausführungen Asquiths der konservative Lee gegen den Minister und sagte, er sei jetzt über dessen Stellung zum Zweimächte-Standard ganz im unklaren, müsse daher um eine genaue endgültige Erklärung bitten. Darauf brachte Sir William Collins einen Antrag ein, worin es heißt, das Haus habe die Darlegungen des Ministers mit Vertrauen entgegengenommen. Hiergegen wandte sich der konservative Palfour, der die letzten Ausführungen des Ministers gegenüber den klaren, nicht mißverständlichen früheren als unklar und verschwommen bezeichnete; der Minister habe jetzt auf einmal die geographische Lage der einzelnen Länder zu England mit in Betracht gezogen und gesagt, der Zweimächte-Standard bestehe für die Verteidigung in den heimischen Gewässern. (Beifall bei den Oppositionellen.) Dies sei eine äußerst gefährliche Einschränkung und ein vollständiger Wechsel in der politischen Haltung und lasse die ganze Marinepolitik im unklaren erscheinen. Der Antrag Collins wurde schließlich, wie schon gemeldet, mit 272 gegen 106 Stimmen angenommen.

Das Strafgericht der Jungfrauen.

wh. Konstantinopel, 27. Mai. Bei Tagesanbruch wurden mehrere Einrichtungen vollzogen, worunter sich mehrere höhere Beamte, und ein Redakteur befanden.

Konstantinopel, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ein Tagesbefehl des Kriegsministers besagt, daß die Soldaten zweier Jahrgänge, die an der Revolte teilgenommen haben, wenn sie auch nicht die Anführer gewesen sind, nicht mehr würdig seien, die Uniform zu tragen. Sie werden über 3 Jahre lang zu Straßenarbeiten verwendet werden.

wh. Rio de Janeiro, 27. Mai. Der Kriegsminister Rodrigues da Fonseca ist von seinem Amt zurückgetreten; an seine Stelle tritt General Mendes de Moraes.

Melbourne, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Repräsentationshaus des Commonwealth erlitt das Ministerium Fisher (Arbeiterpartei) infolge der kürzlich erfolgten Fusion der Oppositionspartei unter dem früheren Premierminister Deakin eine parlamentarische Niederlage. Bei der Abstimmung wurden 39 Stimmen gegen die Regierung und nur 30 Stimmen für dieselbe abgegeben.

wh. Landau i. d. Pfalz, 27. Mai. Ein 10jähriger Arbeiter Cleber aus Bergersweiler beging Selbstmord nach einer Anzeige bei der Gendarmerei wegen Diebstahls einer Weische. Er ließ sich vom Schnellzug zwischen Winden und Weisenburg überfahren. Der Kopf wurde im vom Kumpfe getrennt.

wh. Dresden, 27. Mai. Am 20. Mai feierte der sächsische Generaladjutant für die Rheinprovinz und Westfalen, Albert Freiherr Oppenheim in Köln, sein 50jähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlaß ließ der König von Sachsen dem Jubilar seine Glückwünsche aussprechen und verlieh ihm in Anerkennung des in diesem langen Zeitraum bewiesenen Pflichterfüllens das Komturkreuz 1. Klasse des Württembergers.

Wies, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.) Die gesamte Belegschaft des „Austria“, Schwantes des Westböhmischen Bergbau-Aktien-Vereins hat die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter des Schwantes „Austria 1“ befinden sich noch im Ausstand.

Letzte Handelsnachrichten.

Berliner Börsenbericht.

Berlin, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Börse eröffnete in Hüttenaktien fest, zum Teil auf den günstigen Bericht des „Iron Age“ und Londoner unkontrollierbare Gerüchte, daß die amerikanischen Produzenten an diesem Montag 5000 Tonnen Kupfer abgestoßen haben sollen, ferner auf die feste Haltung der gestrigen Frankfurter Abendbörse, wo Industriaktien lebhafter waren auf die Meldung, daß auf eine Umfrage zwecks Neubildung der Vereinigung der Rheinisch-Westfälischen und Siegerländer Feindblechwerke alleseitige Zustimmung erfolgte und daher auch heute eine Sitzung nach Hagen einberufen wurde. Bochumer 1/2 Prozent, Phönix 1 Prozent, Rombacher 1/2 Prozent höher. Deutsch-Lugenderger anfangs unverändert, später 1/2 Prozent höher, Laurahütte unter Positionslösungen 1/2 Prozent niedriger, Selsenkirchen 0,30 Prozent besser, Harpener abgeschwächt. Von Banken Kreditaktien auf Wien 1/2 Prozent höher, leitende Banken zum Teil 1/2 bis 1/2 Prozent niedriger, Dresdener Bank behauptet. Von Bahnen Franzosen auf Wien fest, Lombarden mäßig gebessert, Meridional- und Mittelmeerbahn auf Ultimobedarf über 1/2 Prozent gebessert, Prince-Henry-Bahn auf Rückkäufe 1 1/2 Prozent höher. Schiffahrtsaktien stetig. Elektrizitätswerte unter Realisationen schwächer, später erholt. 3prozentige Reichsanleihe stetig, Japaner unsatzlos, 1902er Russen 0,10 Prozent schwächer. Später war das Geschäft äußerst eng begrenzt, doch waren die Kurse unverändert. Harpener gut erholt. Ultimogeld für Nachzügler zu 3 3/4 bis 3 1/2 Prozent gefragt. Tägliches Geld 3 bis 3 1/2 Prozent, über Ultimo 4 1/2 Prozent. Im weiteren Verlauf Großbanken wenig besser auf Rückkäufe, Hütten- und Bergwerksaktien fest, doch war das Geschäft im ganzen ruhig. Privatdiskont 3 1/4 Prozent.

Der Berliner Kursbericht, den wir täglich in unserer Abend-Ausgabe bringen, mußte infolge Störung in dem Telefonbetrieb gestern ausfallen.

Schiffs-Nachrichten.

Hamburg-Amerika-Linie. Bureau der Gesellschaft Wilhelmstraße 10. F 328 Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 30. 5. Postdampfer „Blücher“, 6. 6. „Amerika“, 10. 6. „Cleveland“, 13. 6. „Preßbiter Grani“, 17. 6. „Kaiserin Augusta Victoria“, 20. 6. „Benthinaria“, 27. 6. „Präsident Lincoln“, Nach Ostasien: 10. 6. „Adonia“, 24. 6. „Bosnia“, Nach Baltimore: 10. 6. Postdampfer „Adonia“, 24. 6. „Bosnia“, Nach Philadelphia: 7. 6. Postdampfer „Risa“, 15. 6. „Armenia“, Nach New Orleans: 16. 6. Postdampfer „Albion“, Nach Kanada: 4. 6. Postdampfer „Wilhelm“, 18. 6. „Prinz Adalbert“, Nach Westindien: 1. 6. Postdampfer „Benetia“, 5. 6. „Oderwald“, 7. 6. „Mecklenburg“, 22. 6. „Sachsenwald“, Nach Mexiko: 14. 6. Postdampfer „Frankenwald“, 18. 6. „Bavaria“, Nach Ostasien: 30. 6. Postdampfer „Saguntia“, 10. 6. „Dorimund“, 20. 6. „Svevia“, 30. 6. „C. Ferd. Loeb“, Nach Vladivostok: 15. 6. Postdampfer „Mytiladene“, Arabisch-Perischer Dienst: 18. 6. Postdampfer „Cheruskia“.

Briefkasten.

Die Redaktion des „Wiesbadener Tagblattes“ beantwortet schriftliche Anfragen im Briefkasten, wenn die letzte Bezugsummer beiliegt. Nichtverbindliche Gemüthsreden sind ausgeschlossen.

Erbschaftsteuer. Die Ausdrücke „unbeerbtete Ehe“, „unbeerbtete Ehegatten“ wurden im älteren Recht mehr gebraucht als heutzutage. „Unbeerbtete Ehe“ im rechtlichen Sinne bedeutet eine Ehe, in der beim Todefall, d. h. wenn ein Ehegatte verstorben ist, keine Kinder vorhanden sind, mit denen zusammen der überlebende Ehegatte dann den Verstorbenen beerben würde. „Unbeerbtete Ehefrau“ ist die Ehefrau, bei deren Tode keine Kinder aus der Ehe da sind, weshalb also auch die Versterbene von ihrem bei überlebenden Ehemann nicht beerbt wird.

Abonnet Friedrichstraße. Mannschaften der Landwehr ersten Aufgebots, welche das 33. Lebensjahr überschritten haben, können zu den gesetzlichen Übungen nur ausnahmsweise und auf Grund besonderer kaiserlicher Verordnung einberufen werden. Die zur Landwehr zweiten Aufgebots gehörenden Personen dürfen im Frieden zu Übungen nicht herangezogen werden, jedoch sind freiwillige Übungen derselben zulässig. Sie müssen bei dem Regimentskommando bestellt werden.

Der Stempel ist eine Abgabe und für den Verzehr selbst ohne Bedeutung. Wenn er nicht bezogen wird und die Steuerbehörde davon Kenntnis, verfallen die Verzehrsgeldenden in Strafe.

U. S. 100. Wie viel das Einjährig-Dienstjahr bei dem Telegraphen-Bataillon in Coblenz kostet, ist uns unbekannt. Vielleicht vermag uns ein Leser darüber Auskunft zu geben. Jedenfalls hängt es von den persönlichen Bedürf-

nissen ab, ob diese Kosten über 2000 M. oder mehr betragen. Die Platter Straße ist außerhalb der Gemarkungsgrenze Eigentum des Kommunalverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden und die Kerolstraße Eigentum der Stadt Wiesbaden.

Stammisch „Sur Stadt Gaub“. Das zweite Kaiserpreiswettbewerb wurde anfangs Juni 1908 zu Frankfurt a. M. abgehalten.

L. S. Es gilt das, was durch den Vertrag vereinbart ist. J. B. Das Zeichen S. bezieht sich auf die Schärfe und CG bedeutet Kräftebewegung. Fehler der Bewegungsorgane (Knochen, Muskeln usw.).

L. R. Werden Sie sich an die Verwaltung des Gaswerks im alten Rathaus, Marktstraße.

S. Werden Sie sich an das Damenheim „Freidelsitz“, Wallmühlstraße. Dieses soll würdigen, über 50 Jahre alten Damen, welche der Familie angehören und nicht genug Mittel besitzen, sich auf andere Weise eine angenehme Lebenshaltung zu sichern, gegen mäßiges Entgelt ein behagliches Heim schaffen. Der zu zahlende Pensionspreis beträgt, je nach Lage und Größe der Zimmer 55 bis 85 M. Eine Stütze ist der Vorstand in die Lage, besonders würdigen Damen, welche auch den geringsten Pensionspreis nicht aufzubringen vermögen, Zutritt zu gewähren.

W. Sch. Karlsruhe. 1. Das Aufschreiben der Forderung in der erwähnten Form würde sich als eine Peleddigung darstellen. 2. Die Kosten können mit der Urteilssumme eingezogen werden.

A. J. S. Der Sturm auf dem Rhein im Juli 1905 war am dritten Sonntag dieses Monats, den 16. Juli.

Stammisch im „Restaurant Petri“. Die Ständarte auf dem königlichen Schloß wird nur nachts eingezogen. Tagsüber bleibt sie oben, solange der Kaiser hier residiert. Daher wurde sie auch während der Abwesenheit des Kaisers in Frankfurt nicht eingezogen. Bei Ausritten oder Ausfahrten geschieht dies erst recht nicht.

„Stimm“. Der Mieter muß alle zur Wohnung gehörigen Schlüssel, auch die von ihm beschaftigten Duplikate, bei dem Vorzuge dem Vermieter übergeben.

S. S. Die Eltern sind für solche Schulden ihrer großjährigen Kinder nicht haftbar. Von dem Gehalt eines Beamten ist der über 1500 M. hinausgehende Betrag zu 1/2 pfändbar.

L. R. E. Es kommt das Recht des Bundesstaates zur Anwendung, in dem die Ehe 1800 geschlossen wurde.

Familien-Nachrichten.

Standesamt Wiesbaden.

Mathes, Zimmer Nr. 20; geöffnet an Wochentagen von 8 bis 12 Uhr; für Ehe-schließungen nur Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Geburten:

19. Mai: dem Schuhmacher Hugo Daffe e. T., Ida Hildegard Alice.
21. „ dem Tagelöhner Wilhelm Schäfer e. S., Friedrich

Aufgebote:

Serg. Joh. Welber in Mainz-Kastel mit Maria Giesler hier. Schreiner Dominikus Vogel in Mainz mit Amalia Gebhardt in Ruedorf.
Metzger und Wirt Anton Geinr. Wöhr in Mainz mit Auguste Johanna Wagner daselbst.
Bureauhilfe Gustav Strauß mit Karoline Geib hier. Gaudianer Wilhelm Sack mit Vertha Welf hier.

Sterbefälle:

24. Mai: Sophie, geb. Pauli, Ehefrau des Regierungsrats Eduard Lindenberg aus Trier, 40 J.
25. „ Rudolf, S. d. Schneiders Wilhelm Rehrer, 4 J.
25. „ Anna, geb. Rehrer, Ehefrau des Schuhmachers Heinrich Jahn, 41 J.
26. „ Sophie, R. d. Schneiders Johann Goethe, 8 J.
26. „ Bohrezer Emil Schärer, 20 J.
26. „ Charlotte, geb. Andreas, Ehefrau des Antichers Peter Petry, 38 J.

Geschäftliches.

Haarausfall, Haarspalte, Haarfraß

und die lästigen Schuppen beseitigt und verhindert das abfallen und allein durch Kneipp's Haarschneidapparat Brenneisshaarwasser, befördert sehr den Haarwuchs und stärkt die Kopfnerven. Man achte genau auf Bild und Namenszug. Dr. Kneipp und hätte sich vor den vielen, oft sehr schädlichen Nachahmungen. Zu beziehen durch

Kneipp-Haus, nur Rheinstr. 59. Telefon 3240.

Panamahüte, direkt vom Importeur, verkaufte ausserordentlich preiswert ohne Zwischenhandel direkt an Private. 6882 Florentiner Hüte Stück Mk. 2.50. Der Verkauf findet im Hotel Grüner Wald statt.

Für Familien-Nachrichten: Verlobungs-, Geburts- und Todes-Anzeigen, wird von jeder das „Tagblatt“ benutzt, denn das Wiesbadener Publikum betrachtet es als etwas ganz Selbstverständliches, daß solche Mitteilungen im „Tagblatt“ erscheinen, weil sie dann von Haus zu Haus, von Familie zu Familie gelesen werden und sonach ihren Zweck in ausserordentlichster Weise erfüllen. Ferner werden in „Tagblatt“ auch die Auszüge aus den Zivilstandsregistern der Stadt Wiesbaden und der benachbarten Orte sofort nach Ausgabe veröffentlicht. Die Zusammenstellungen von Familien-Nachrichten auf Grund direkter Mitteilungen aus dem Leserkreise oder von Publikationen auswärtiger Zeitungen bringt das „Tagblatt“ regelmäßig. Auch hier nur das „Tagblatt“ für verlangt man meist

Die Morgen-Ausgabe umfasst 22 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Redaktion: B. Schulte vom Brühl. Verantwortlicher Redakteur für Inhalt und Inhalt: H. Grauert; für Druck und Vertrieb: J. K. Kneipp; für Anzeigen: H. Kneipp; für Korrespondenzen: H. Kneipp; für die Anzeigen und Redaktionen: H. Kneipp; Druck und Verlag der 2. Reichsdruckerei in Wiesbaden.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Gand“
Schalter-Halle gegenüber dem Uhrmorgens
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Preisverzeichniss:

Verlag (Expedition) 2953, Redaktions 52,
Druckerei 2266.
Mittelt von Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Bringer-
geld. 2 Mk. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Postgebühren. —
Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Hauptstraßen, sowie die
181 Kioskbefehle in allen Teilen der Stadt; in Biedrich die dortigen 36 Kioskbefehle und in den
benachbarten Landorten und im Abtrag die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Waise“
in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen
Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mk. für lokale Reklamen; 2 Mk. für auswärtige
Reklamen. Ganze, halbe, Drittel- und Viertel-Seiten, höchstens nach besonderer Berechnung. —
Bei wiederholter Aufnahme unerschütterter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Für die Aufnahme später eingereicherter Anzeigen in die nächsterfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 246.

Wiesbaden, Freitag, 28. Mai 1909.

57. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

Reise-Abonnements

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

können täglich begonnen werden und lösen wöchentlich
bei direktem Versand frei an die ausgegebene Adresse

nach Orten in Deutschland und Oesterreich-Ungarn 60 Pfg.

„ „ im Ausland 96 „

im Postüberweisungs-Verkehr in Deutschland

für einen Ort und laufenden Monat . . . 50 „

Bestellungen beliebe man genaue Wohnungsadresse beizufügen.

Der Verlag des Wiesbadener Tagblatts.

Fürst Philipp Eulenburg auf der Badereise.

Was ist mit dem Fürsten Eulenburg? Zuerst hieß es, er sei mit Erlaubnis der Staatsanwaltschaft nach Gastein gereist; jetzt soll das nicht wahr sein, sondern die Staatsanwaltschaft habe, wie eine Berliner Korrespondenz behauptet, von der Abreise erst nach deren Antritt erfahren, und zwar durch den Verteidiger des Fürsten, der über Ziel, Zweck und voraussichtliche Dauer der Gasteiner Kur unter Beifügung eines ärztlichen Attestes Auskunft gab. Wir wissen nicht, ob diese Angaben zutreffen, wir sehen nur, daß sich etwas ereignet hat, das nach allen Seiten hin aufklärungsbedürftig ist. Ein Mann wie Fürst Eulenburg, schwer krank (so wird wenigstens gesagt), gewohnt mit entsprechendem Befolge zu reisen, kann doch unmöglich so ganz unbemerkt, gewissermaßen bei Nacht und Nebel, aus Liebenberg verschwinden, niemals gesehen von irgendeinem Polizeibeamten auf der ganzen langen Reise von dort nach Berlin bis an die österreichische Grenze. Und als er noch auf der Reise innerhalb Deutschlands war, soll die Staatsanwaltschaft nicht einmal gewußt haben, was vorgeht! Sie soll es erst hinterher erfahren haben! Stann das alles stimmen? Merkwürdig ist auch, was Harden in der Verhandlung vor der Lehmannschen Strafkammer (Ende April) über den Fürsten Eulenburg mitzuteilen hatte. Er sagte, nach dem stenographischen Bericht: „Moltke war völlig kritiklos, völlig unter dem Bann des großen Komödianten, der uns vor anderthalb Jahren hier die Krankenprozeßion vorgeführt und abends dann seine Freunde durch lustige Parodien des Vorführenden, des Staatsanwaltes und der anderen Prozeßbeteiligten erheiterte. Ein Prachtexemplar. Dafür sitzt er auch, mit allen Orden und Ehren, unangefochten in seinem Schloß, dichtet neue Sänge, läßt sich malen und zeigt den Gerichtsräten die facies hippocratica.“ Und wieder ist zu fragen, ob das stimmen kann. Man möchte freilich annehmen, daß Harden genau gemerkt haben wird, was er sagt, und daß es auch wirklich stimmen wird. Aber wenn dem so ist, welche Rätsel bietet da nicht der Fall Eulenburg. Unentwirrbare Rätsel sind es.

Es ist von vornherein klar, daß das Vertrauen in unsere Rechtspflege, das schon durch die Behandlung, die Eulenburg während seines Prozesses selber erfuhr, aufs schwerste erschüttert wurde, jetzt durch die neueste Wendung der traurigen Eulenburg-Affäre, die Badereise Philips, einen weiteren Stoß erhalten hat. Allgemein kommt denn auch das Erstaunen und der Unwille zum Ausdruck.

So schreibt der nationalliberale „Hannoversche Courier“: „So mußte es kommen. Das haben alle diejenigen, die das Spiel dieses Mannes Szene für Szene verfolgt haben, längst vorausgesehen. Schritt vor Schritt hat er sich den Bewegungsräum zu erweitern gesucht; von der Untersuchungshaft in die Krankenpflege, von der Charité ins Schloß seiner Väter, vom Ahnenstift in die weite Welt hinaus. Dieser Mann, der eines Meineides schwer verdächtig ist, den glaubwürdige Zeugen unter erster Schädigung ihrer Existenz grober Unfittlichkeiten geziehen haben, über den selbst der Staatsanwalt, der ihn erst verherrlicht hatte, betrübten Herzens den Stab brechen mußte, dieser Mann legt sich jetzt in ein internationales Bad, wo die Bewohner der fünf Erdteile sein Erscheinen als ein trauriges Kuriosum deutscher Zustände anstaunen werden. Immer wieder muß die Frage aufgeworfen werden, was wohl Herrn Müller oder Schulze in der gleichen Situation gesehen wäre. Wie das Verfahren gegen den Fürsten Eulenburg vor einer wahrhaft staatsverachtenden Gefinnung gerechtfertigt werden soll.“

das entzieht sich unserer Einsicht. In einigen Blättern ist seinerzeit angesichts der Stellung, die dem Fürsten in dem Verfahren gegen ihn eingeräumt wurde, die Weise gefungen worden, man dürfe sich über die humane Behandlung, die dem durchlauchtigen Angeklagten zuteil werde, nicht entrüsten: vielleicht breche hier eine neue Morgenröte der Menschlichkeit an, deren sanftes Licht auch gewöhnliche Sterbliche erwärmen werde. Diese Deutung war sehr bequem und von jener Wesensqualität eingegeben, die der bessere Teil der Tapferkeit ist. Nur ist sie nichts als eine anmutige Floskel. Unter vier Augen zudem alle — welches Berufes und Standes sie seien — die Achseln und fügen, indem sie die Stimme vorsichtig senken, allerhand Konjekturen über die Motive hinzu, die dem Schloßherrn von Liebenberg dieses gestrichene Maß von Rücksicht sichern, von der Herr Beseler sagt, daß alles erfolgt sei streng nach den Formen des Gesetzes; aber der einfache Laienverstand wird's mit dem Geiste des Gesetzes schwer in Einklang bringen. Man hätte des langen Haders müde über alles jetzt schweigen können, wenn der Mann in Liebenberg sein Dasein wenigstens in der Stille beschloffen hätte. Daß er aber die Dreistigkeit besitzt, nun noch Reiseurlaub zu erbitten; daß die Behörden die Bewilligung erteilen, statt, wie erwartet werden mußte, den nun doch gewiß Transportfähigen sofort in die Zelle zu stecken, in die er gehört, das kann nicht einfach schweigend verzeichnet werden. Noch vor kurzem hieß es, jede Ortsveränderung könne für ihn den Tod herbeiführen, und der Fürst werde sicher niemals wieder vernehmungsfähig werden; jetzt wo der Prozeß Moltke-Harden vorläufig erledigt ist, erholt er sich in rapidem Tempo. Justitia fundamentum regnorum. Man sage nicht, besonderes Pathos sei hier über angebracht; was komme denn schließlich darauf an, ob der Geächtete hier oder da sein otium sine dignitate ablebe? Hier steht ganz anderes auf dem Spiel als das Schicksal dieses Mannes. Und wie die Frage, die wir nicht nochmals zu formulieren brauchen, beantwortet wird, daran sind wir alle, soweit die deutsche Junge klingt, wie an einem ganz persönlichen Erlebnis interessiert.

Die „Berliner Morgenpost“ schreibt u. a.: Einstweilen kann eine hohe Aufsicht dessen gewiß sein, daß die Gasteiner Reise Philips in der Öffentlichkeit ein recht bedenkliches Schütteln des Kopfes hervorgerufen wird. Aber freilich, die Eulenburg-Affäre besteht. Was soll man zu dieser neuesten Seltsamkeit noch sagen? Man zuckt mit den Achseln und legt's zu dem übrigen.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben: Fürst Eulenburg ist des Meineids dringend verdächtig und seine Entlassung aus der Untersuchungshaft ist unter ganz bestimmten Voraussetzungen erfolgt. Wenn der Fürst sich darüber hinwegsetzt und ohne vorherige Erlaubnis der Staatsanwaltschaft sich in das Ausland begibt, so hätte die Behörde sofort zu der Maßregel greifen müssen, die gegen andere Sterbliche in solchen Fällen auch angewendet wird: zu seiner Verhaftung. Man sollte auch den Schein meiden, als ob dem Fürsten Eulenburg eine besondere und ganz unangebrachte Bewegungsfreiheit eingeräumt werde.

Schärfer noch äußert sich das christlichsoziale „Reich“: Er ging nach Gastein. Zwar sieht er unter dem schweren Verdacht des Meineids — und im Zuchthaus läge er vielleicht, hätte nicht um seiner Krankheit willen der Prozeß abgebrochen werden müssen. Und die Berliner Staatsanwaltschaft gestattet, daß ein so schwer Angeklagter, wie Fürst Eulenburg — ins Ausland geht! Wie schwer wird es einem doch mitunter gemacht, unser Staatswesen gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen und dem vergifteten Wort von der „Klassenjustiz“ entgegenzutreten!

Der „Vorwärts“ fragt, ob der Fluchtverdacht ernstlich in Betracht kommen sei: Wenn Fürst Eulenburg will, kann er von Gastein aus ganz bequem nach einem Lande reisen, das wegen Meineids nicht ausliefert, und dann dort seine Tage in Ruhe und Beschaulichkeit verbringen. Vielleicht entschließt er sich dazu — falls er es für nötig halten sollte.

Die „Cöln. Volksztg.“ schreibt: Es sei hier noch hinzugefügt, daß der Oberstaatsanwalt Fienbiel bei dem Abbruch des Prozesses selbst erklärt hat, er würde gegen den Fürsten Zuchthausstrafe beantragen haben. Ob wir wohl noch erleben, daß ein Mann geringen Standes unter solchen Umständen als zu krank für das Krankenhaus erklärt wird, sich dann ein halbes Jahr zu Hause aufhalten kann und darauf die Erlaubnis erhält, eine Badereise zu machen?

Fürst Eulenburg als lästiger Ausländer aus Österreich ausgewiesen?

hd. Hannover, 28. Mai. Wie dem „Hannoverschen Courier“ aus Wien gemeldet wird, verlautet dort,

daß auf Anregung aus Gastein die österreichische Regierung erwäge, den Fürsten Eulenburg als lästigen Ausländer auszuweisen.

Hin und her zur Reichsfinanzreform.

Gerupft, gebraten und aufgetragen.

L. Berlin, 27. Mai.

Man kennt die Anekdote von dem Koch, der das Huhn verbindlich fragt, in welcher Sauce es gebraten zu sein wünsche. Solche Höflichkeit hat etwas Veröhnendes, und das Huhn war gewiß dankbar. Auch die Börse mag Regungen eines wehmütigen Dankgefühles haben, da sie so gelinde und mit so zartem Entgegenkommen vom Reichsschatzsekretär behandelt wird, der sie keineswegs fragt, ob sie zu bluten wünsche, der sie vielmehr fragt, auf welche Weise sie die leider unvermeidliche Operation selber an sich vorzunehmen gedenkt. Es ist ein erfrischender, entwaffnender, aus Heiterkeit und Tragik liebenswürdig gemischter Anblick. Gewiß, die Regierung hätte anders vorgehen können, und da sie die Wahl zwischen Rücksichtslosigkeit und Eleganz des Auftretens hatte, so ist es immerhin anerkennenswert, daß sich wenigstens in diesem Falle und auf diesem Gebiete die politischen Sitten bei uns zu bessern beginnen. Aber die Sache bekommt damit nur eine sanftere Form, und im Kern bleibt sie dieselbe, die sie war, bleibt sie nämlich die Verhüttung des hinlänglich bekannnten Tatbestandes, daß den Konservativen selbst dann, wenn man sie belämpfen muß, bestiffene Freundlichkeit gezeigt wird. Kaum haben die Konservativen sich die Börse zum Objekt ihrer steuerpolitischen Rettungsvorschläge ausgesuchen, so geschieht ihnen ihr Wille. Zwar der Antrag Nicht-hofen wird von den Verbündeten Regierungen nicht günstiger als bisher bewertet werden können, aber auf die Börse soll es doch abgesehen werden, nur nicht gerade in der Art, wie die Konservativen wollen. Und nun ist es das Neue, das wirklich liebenswürdig, das tragikomisch Absonderliche, daß, wie gesagt, die Börse selbst nicht bloß um ihre Meinung befragt wird, daß sie vielmehr sehr höflich ersucht wird, ihrerseits Vorschläge zu machen! Sie soll 30 Millionen jährlich beschaffen helfen, sie soll erklären, wie sie sich die Beschaffung dieser Summe vorstellt, sie soll aber nicht sagen dürfen, daß sie es vorziehe, nicht wieder zum Steuerobjekt zu werden. Es würde ihr ja auch nichts nützen, wenn sie es sagte, also sind die Vertreter der Sachfinanz, die sich mit Herrn Sybow so lange, bis zur mitternächtigen Stunde, mehrmals unterhalten haben, klug genug, wirklich die Sauce zu bestimmen, in der das leckere Börsengericht aufgetragen werden soll. Man merkt schon, worauf es hinauskommen wird, nämlich auf eine Erhöhung des Effektensteuern. Angeblich haben die Bankdirektoren zugegeben, daß eine mäßige Erhöhung ertragen werden könnte. So kündigen sich denn immer deutlicher die Umrisse des Kompromisses an, auf dessen Zustandekommen an dieser Stelle schon am Dienstag vorbereitet werden konnte. Eine leider nur mäßige Erhöhung der höchsten fünfzig statt der ursprünglich geforderten 100 Millionen bringen soll, eine Erhöhung des Effektensteuern und anscheinend noch irgend ein drittes Fixwerk, das soll die Formel werden, von der auch Fürst Bülow glaubt, daß sie zur Verständigung zwischen den Konservativen und den Liberalen, vielmehr („mein Vaterland muß größer sein“) zur Verständigung aller bürgerlichen Parteien, das Zentrum mit eingeschlossen, führen wird. Wir wollen es abwarten.

Die Haltung der sächsischen Konservativen.

Ein großer Teil der sächsischen Konservativen, unter ihnen die hervorragendsten Führer, befürworten auch heute noch eine Erbschaftsteuer mit Ausdehnung auf Kinder und Ehegatten. Diese sächsischen Konservativen erwarten von einer Wertzuwachssteuer nicht viel und halten besonders eine herartige Steuer auf Mobilien für einen verfehlten und ungeschickten Vorschlag.

Die Vertreter der Banken und der Industrie zu dem konservativen Antrag.

In der mehrstündigen Konferenz im Reichsschatzamt, die vorgestern abend stattfand, haben sich, wie es heißt, die Vertreter der Banken und der Industrie gegen diejenigen Steuerentwürfe abgelehnt, die auf eine Erhöhung des Verkehrs hinauslaufen würden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Fortsetzung des Sachberichts in der Morgen-Ausgabe.
— Berlin, 27. Mai.

Aus der gestrigen Sitzung tragen wir zunächst zur Ergänzung unseres Sachberichts die Rede des Abgeordneten v. Bülow-Homburg zur Sekundärbahnvorlage ausführlich nach:

Abg. v. Bülow-Homburg (nat.) wendet sich gegen die Rede des Abg. Bloch bei der ersten Beratung der Sekundär-

bahnvorlage. Mit Unrecht habe Abg. Fleisch damals behauptet, daß

die Stadt Frankfurt a. M. systematisch von der Eisenbahnverwaltung umgangen

würde. Der Abg. Fleisch habe hauptsächlich zum Beweise für seine Behauptung auf die Wälderbahn Wiesbaden-Höchst-Homburg-Kauheim Bezug genommen. Abg. Fleisch übersehe wohl, daß es ganz natürlich sei, daß die Eisenbahnverwaltung den Fremdenverkehr nach den Wäldern erleichtere. Von diesem Gesichtspunkte aus sei es doch zu begründen, wenn die Eisenbahnverwaltung direkte Züge schaffe, die es den Fremden, welche aus dem Westen, namentlich aus Holland und Frankreich kämen, ermöglichen, ohne in Frankfurt umzusteigen, um dort auf die nach Homburg gehenden Züge zu warten, in die Wälder zu gelangen. Dies liege außerdem auch im Interesse der Fremden, die sich in den einzelnen Badeorten besuchen wollten. Die Behauptungen der Herren: aus Frankfurt a. M. seien um so unbilliger und unverständlicher, als nicht einmal zugegeben werden könne,

daß die Frankfurter Fremdenindustrie unter diesem Wälderszüge leide,

denn die Fremden, die nach Homburg und Kauheim eine Reise machten, würden doch schließlich auf der Hinfahrt in die Wälder sich in Frankfurt länger aufhalten, um dort Einkäufe zu machen, zumal sie die beste Gelegenheit hätten, von Homburg aus bei ausgezeichneten Zugverbindungen in leichterer Weise nach Frankfurt zu kommen. Ferner sei doch eine elektrische Bahn zwischen Homburg und Frankfurt a. M. im Bau, durch die der Besuch in Frankfurt a. M. erleichtert werde. Auch aus verkehrstechnischen Gründen sei eine Entlastung des viel zu stark belasteten Frankfurter Hauptbahnhofes erforderlich. Der Minister möge deshalb die Wälderbahn bestehen lassen und ausstellen. (Beifall.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung beriet das Haus den Antrag Brütt (freikons.). Dieser ersucht die Regierung, darauf zu achten, daß

die Verpachtung des Bahnhofsbuchhandels höchstens auf drei Jahre erfolge, und zwar in der Regel an den Meistbietenden.

Abg. Brütt (freikons.) verteidigt in der Begründung seines Antrages darauf, daß die heutige Monopolisierung des Bahnhofsbuchhandels ein schwerer Mißstand sei.

Abg. König-Guden (nackl.): Wir können uns nicht in jeden Vertrag mischen, den die Regierung abgeschlossen hat. (Opp! rechts.) Hier würde das Submissionswesen schöne Blüten treiben. Der Staat würde keine Seide dabei spinnen, sondern sich ins eigene Fleisch schneiden.

Ein Regierungskommissar weist auf die Bedenken hin, die der Durchführung dieses Antrages entgegenstehen. Mißstände können durch eingehende Beaufsichtigung der Bahnhofsbuchhandlung beseitigt werden.

Abg. Träger (freis. Vpt.): Wir stimmen der Regierung zu, wollen aber keine Zweifel darüber lassen, daß wir

die Feilhaltung der Blätter aller Parteierrichtungen auf den Bahnhöfen für unerlässlich halten. Der behördlichen Zensur des Bahnhofsbuchhandels muß ein Ende gemacht werden. Nicht jeder ist Sozialdemokrat, der den „Vorwärts“ oder den „Simplicissimus“ liest. Der Buchhandel sei schon jetzt gehängt, warum soll er noch geköpft werden? (Heiterkeit.)

Abg. Fischer (Zentr.) erklärt sich gegen die Bestimmung des Antrags, daß der Buchhandel an den Meistbietenden vergeben werde, und bittet, auch die Bestimmung, daß nur kurzfristige Verträge über drei Jahre geschlossen werden, zu streichen.

Bei der Abstimmung bleibt von dem Antrage fast nichts übrig, da die Bestimmung, daß der Buchhandel dem Meistbietenden übertragen werden solle, abgelehnt wird und auch die Bestimmung auf drei Jahre gestrichen wird.

Ein Antrag Hammer auf Beseitigung der Bevorzugung

der Fiskalbetriebe bei der Kommunalbesteuerung wird nach kurzer Beratung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Der Präsident erbittet sich die Ermächtigung, die nächste Sitzung einberufen zu dürfen, wenn Vorlagen aus dem Herrenhause zurückgekommen seien, was voraussichtlich nicht vor dem 22. Juni der Fall sein werde.

Schluß 4 Uhr.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser hörte gestern vormittag im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Kriegsministers General der Kavallerie von Einem, des Chefs des Generalstabes der Armee General der Infanterie v. Moltke und des Vertreters des Chefs des Militärkabinetts Generalmajors v. Derken.

* Eine Begegnung der leitenden Staatsmänner der Dreibundmächte. Nach einer Meldung, die der „Wiener Allg. Korresp.“ aus Berlin zugeht, soll auch im Laufe des Sommers eine Begegnung der leitenden Staatsmänner der Dreibundmächte zur Erörterung der aktuellen politischen Fragen stattfinden. Für diese Zusammenkunft sei die erste Hälfte des Monats September in Aussicht genommen. Fürst Bülow habe bei seiner Begegnung mit Minister Tittoni während seines Osterurlaubes eine neuerliche Begegnung des Fürsten v. Aehrenthal mit Tittoni in Anregung gebracht, und dieser habe seine Bereitwilligkeit hierzu erklärt.

* Zur Erkrankung des Kardinals Kopp. Auf die Benachrichtigung von der schweren Erkrankung des Kardinals Kopp in Berlin ließ der Kaiser, wie die „Schles. Zig.“ meldet, dem Erkrankten ein Blumen-Arrangement mit den besten Wünschen für seine Genesung überbringen.

* Die amtlichen Statistiker des deutschen Reiches und der Einzelstaaten, die in Blankenburg a. S. unter Vorsitz des Präsidenten des Kaiserlich Statistischen Amtes, Dr. van der Borght, zu einer mehrtägigen Konferenz zusammenzutreten, werden auch zur Frage der Einführung einer amtlichen Statistik über die Presse für das Reich Stellung nehmen. Bisher hatten solche Erhebungen über die Tagespresse nur Sachsen, Württemberg und Baden. In Vorschlag gebracht ist die Einführung eines Erhebungsbogens, auf welchem der genaue Titel der Zeitung, Ort des Erscheinens, Erscheinungszeit (ob täglich, wöchentlich, monatlich), das erste Erscheinungsjahr, die Höhe der Auflage, der Preis sowie die Art und der Umfang der Verbreitung (ob vorwiegend am Orte des Erscheinens, ob auch Straßenerwerb und dergleichen) erfragt werden. Die „N. Z.“ meint dazu: Ob Zeitungsverleger bereit sein werden, die Frage nach der Höhe der Auflage zu beantworten, erscheint sehr zweifelhaft. Das Kaiserlich Statistische Amt hat zu dem Vorschlag selbst noch keine Stellung genommen.

* Das „gegenseitige Bedauern“. Im Verfolge des Haager Schiedsspruches in der Casablanca-Frage sind die Regierungen Frankreichs und Deutschlands in einen Meinungsaustausch eingetreten. Wahrscheinlich wird demnächst eine Verständigung über die Form zustandekommen, in der die Regierungen einander brieflich ihr Bedauern ausdrücken. — Ministerpräsident Clemenceau genehmigte gestern die ihm vom Minister des Äußern Pichon unterbreitete Formel, die im Anschluß an das Urteil des Haager Schiedsgerichtes über den Casablanca-Zwischenfall das gegenseitige Bedauern der französischen und der deutschen Regierung ausdrückt. Die Formel wird von Minister Pichon der deutschen Botschaft übergeben werden.

* Zum Schiffsahrtsabgabengesetz. Die Dresdener Handelskammer beschloß gestern, die sächsische Regierung zu ersuchen, auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber dem Schiffsahrtsabgabengesetz zu beharren.

* Das Dienstaltersstufensystem bei den Postbeamten. Eine Denkschrift über die Wirkung des Dienstaltersstufensystems auf die Befoldungsverhältnisse der mittleren Beamten und der Unterbeamten der Reichspost- und Tele-

graphenverwaltung ist dem Reichstag zugegangen. Die Denkschrift untersucht die Frage, ob das vor 14 Jahren eingeführte Dienstaltersstufensystem den Beamten finanzielle Vorteile oder Nachteile gebracht hat. Im ganzen ist die Untersuchung in ihren Ergebnissen unsicher. Im Schlußwort wird dargelegt, daß unter dem Dienstaltersstufensystem nur solche Beamtenklassen ungünstiger als beim früheren System stehen können, bei denen regelmäßig starke Stellenzugänge stattfinden, oder die als Durchgangsstellen fortgesetzt einen großen Abgang von älteren Beamten haben. Wenn in einigen früher begünstigten Beamtenklassen das Ausruhen im Gehalt unter dem Dienstaltersstufensystem langsamer erfolgt, so findet dies seinen Ausgleich in der Sicherheit, mit der die Beamten auf die Zulagen rechnen können, sie sind imstande, Betrag und Fälligkeitstag der Zulagen im voraus zu berechnen und können ihre Wirtschaftsführung danach einrichten. Auch durch seine sonstigen Bestimmungen — Mitnahme des Gehalts beim Abtritt in andere Befoldungsklassen, Berücksichtigung der Vorbienzeit — hat das System den Beamten große Vorteile gebracht und sich gut bewährt und als eine gesunde und richtige Grundlage für die Gewährung der Gehaltszulagen erwiesen.

* Die Zunahme der hauptamtlichen Kreis- und Schulinspektoren. Dem Abgeordnetenhause ist kürzlich eine Übersicht über die Zunahme der hauptamtlichen Kreis- und Schulinspektoren in den Jahren 1873 bis 1909 zugegangen. Die Zahl der hauptamtlichen Kreis- und Schulinspektoren ist in den ersten Jahren, von 1873 bis 1880, von 34 auf 181, bis 1886 auf 228 und in den Jahren 1885 bis 1887 auf 267 gestiegen, 1888 hat sie dann 290, 1899 310 erreicht, in den folgenden Jahren bis 1904 eine Zunahme auf 322 aufzuweisen gehabt. In das laufende Etatsjahr fällt eine Steigerung von 346 auf 365, in den Jahren 1905 bis 1908 sind nur 4 bzw. 5 bzw. 6 bzw. 9 neue Stellen für hauptamtliche Kreis- und Schulinspektoren geschaffen worden.

* Die erste Plenarversammlung des Deutschen Veterinär-Rates begann gestern in Stuttgart im Saale des Rathhauses. Der Vorsitzende Geheimrat Professor Dr. Esser-Göttingen eröffnete die Tagung, worauf Minister v. Bismarck für die württembergische Regierung, Direktor Sudhoff für den Lehrkörper der tierärztlichen Hochschule Stuttgart und Oberregierungsrat Weiskörper für die württembergischen Tierärzte die Versammlung willkommen hießen.

* Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. Die in Hamburg abgehaltene Versammlung der „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“ wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vom Senator Westphal im Namen des Senats mit einer längeren Ansprache begrüßt. Der stellvertretende Vorsitzende Reibelthau-Bremen dankte und begrüßte dann den 90jährigen Vizepräsidenten der französischen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger Emile Robin, den die Versammlung durch Erheben von den Sitzen ehrte. Nachdem der Jahresbericht erstattet war, wurde ein Antrag des Vorstandes, betreffend die Erhöhung der Lebensversicherungssumme von 2500 auf 5000 M. für die Rettungsmannschaften, sowie die Übernahme der Versicherung durch die Gesellschaft als Selbstversicherung einstimmig angenommen. Als Ort der nächsten Versammlung wurde München gewählt.

* Deutsch-Amerikaner beim Bundeschießen in Hamburg. Zur Teilnahme an dem deutschen Bundeschießen in Hamburg sind gestern gegen 200 Mitglieder der deutschen Schützen-Gesellschaften Amerikas mit dem Dampfer „Main“ von New York nach Deutschland abgereist.

CA. Die 11. Konferenz der deutschen evangelischen Rettungsvereine und Erziehungsvereine, die vom 14. bis 16. Juni d. J. in Düsseldorf tagen wird, bringt ein Programm, wie Laientreife interessierendes Programm. U. a. sind Vorträge über „Die sittlich-religiöse Erziehungsarbeit an den schulpflichtigen Anfallsjünglingen“ angefügt. Auch besondere Nachfragen kommen zur Erörterung, und zwar wird Lehrer Koecher-Essen über „Anabenhandarbeit, mit besonderer Berücksichtigung der Naturholzarbeit“ und Pastor Steinwachs, der Vorsitzende der Reinhold-Instaluten in Reinhold a. S. (Korrespondent: Direktor Schwenf, Direktor der J. d.

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Borngräber-Abend. Als letzter im „Zyklus der Selbstschaffenden“ las gestern Dr. Otto Borngräber im kleinen Saale des Kurhauses eigene Dichtungen. Borngräber ist hier nicht mehr unbekannt. Sein durch verschiedene Polizeiverbote Sensation gewordenes Schauspiel „Die ersten Menschen“ kam vor kurzem auch am hiesigen Residenz-Theater zur Aufführung. Dr. Borngräber fühlte sich genötigt, den ersten Akt dieses Schauspiels gestern noch einmal vorzuführen, d. h. zu lesen, weil, wie er sagte, die Aufführung seinerzeit seine Intentionen nicht rein zum Ausdruck gebracht habe. Der Unparteiische wird feststellen müssen, daß die Reinheit des Ausdrucks der Borngräberschen Intentionen gestern jedenfalls noch viel schlechter wegkam als bei der Aufführung. Es war eine wüste, wildpathetische Wortesfingerei verirrten Stils, in der Dr. Borngräber seine „ersten Menschen“ laut werden ließ. Enormer Überaufwand an Organ stand unmittelbar neben technisch und stilistisch plattem Plästerwerk, der natürlich bei der gefährlichen Musik des kleinen Saales quälendste Unverständlichkeit zur Folge hatte. In derselben Art las der Autor noch eine Szene aus seinem „König Friedwahn“, noch eine Liebeszene aus einem weiteren Schauspiel, schließlich mehrere Gedichte. Wenn vielleicht irgend einmal eine dichterische Schönheit schäutern ausleuchten wollte, ging sie sofort wieder in diesem Nebelmeer rettungslos unter. Die höflichen Besucher des Abends vergaßen trotz all dem den üblichen Dankbeifall nicht. J. K.

* Anton v. Werner und Tschudi. Das „Leipz. Tagbl.“ berichtet aus Wiesbaden, der Kaiser habe am Samstag Anton v. Werner in längerer Audienz empfangen, und bemerkte dazu: „Diese Nachricht braucht nicht so harmlos zu sein, wie sie ansieht. Sollte die Frage, ob Anton von Werner doch noch der Nachfolger Tschudis als Leiter der Nationalgalerie werden wird, von neuem aktuell geworden sein? Bei der jetzigen Konstellation nach der Verpflichtung Tschudis für München wäre wenig Hoffnung auf eine Veränderung dieser Wendung.“ Das „V. T.“ schreibt hierzu, man halte es in maßgebenden Kreisen für sehr unwahrschein-

lich, daß Anton v. Werner der Nachfolger Tschudis werde. Die maßgebenden Instanzen würden sich mit dieser Frage überhaupt erst dann ernsthaft beschäftigen, wenn der neue Kultusminister ernannt ist.

L. Ein interessanter Brief Darwins, der an seinen „lieben alten Lehrer“ Professor Henslow gerichtet und vom 11. November 1859 datiert ist, wird in den „Cambridge Daily News“ veröffentlicht. „Ich habe Murray gesagt“, schreibt Darwin, „er soll ein Exemplar meines Buches über die Arten an Sie, mein lieber alter Lehrer in der Naturgeschichte, senden. Ich fürchte indessen, daß Sie durchaus nicht der Meinung Ihres Schülers über diese Dinge zustimmen werden. Das Buch zeigt in seinem gegenwärtigen Zustand keineswegs die Fülle von Arbeit, die ich auf das Thema verwandt habe. Wenn Sie Zeit haben, es sorgfältig zu lesen, und sich die Mühe nehmen wollten, anzumerken, welche Teile Ihnen die schlechtesten und welche die besten zu sein scheinen, so würde mir dies eine wesentliche Hilfe bei der Niederschrift meines größeren Buches sein, die ich in wenigen Monaten zu beginnen hoffe. Sie wissen auch, wie hoch ich Ihr Urteil schätze; aber ich bin nicht so unvernünftig, zu wünschen oder zu erwarten, daß Sie eine detaillierte und lange Kritik schreiben, sondern nur ein paar allgemeine Bemerkungen, die die schwächsten Stellen bezeichnen. Wenn Sie auch nur im leichtesten Grade an der Unveränderlichkeit der Arten zweifeln sollten — was ich kaum erwarte —, dann bin ich überzeugt, daß Sie bei weiterem Nachdenken mehr und mehr ins Schwanken geraten werden; denn dies ist der Brennpunkt, durch den mein Geist gegangen ist.“

Theater und Literatur.

Rudolf Herzog hat ein neues, modernes Schauspiel „Der letzte Kaiser“ vollendet. Die ersten Aufführungen des Werkes werden im Herbst dieses Jahres an den Vereinigten Stadttheatern in Köln und am Residenz-Theater in Wiesbaden vor sich gehen.

Die Academie Française schritt gestern zur Ersatzwahl für die verstorbenen Mitglieder Kardinal Mathieu und Victorien Sardou. Nach sechsmaliger Stimmabgabe wurde die Ersatzwahl für den Kardinal auf ein späteres Datum verschoben, da keine Mehrheit erreicht werden konnte. An Stelle Sardous wurde mit 18 Stimmen Marcel Brevois gewählt.

Aus Mailand wird berichtet, daß Enrico Caruso dort dieser Tage in eine private Klinik gegangen ist, um sich einer Kehlkopf-Operation zu unterziehen; vor Jahren hat er schon eine mit gutem Erfolg durchgemacht.

Das kleine Denkmal vom Hilleton in Korsu, das der Hamburger Verlagsbuchhändler Julius Campe für 10 000 M. angekauft hat, wird, wie jetzt endgültig feststeht, seinen Platz auf dem Plateau der Grampechen Villa in Blankenese erhalten. Der Norddeutsche Lloyd hat sich zum Transport des Denkmals bereit erklärt.

Widende Kunst und Musik.

Aus Budapest wird unterm 27. Mai berichtet: Heute fand unter großer Beteiligung inländischer und ausländischer Musikfreunde anlässlich des 100. Todestages des Komponisten Haydn eine Gedenkfeier in Eisenstadt statt, wo Haydn als Fürstlich-Esterhazy'scher Kapellmeister gewirkt und wo er auch begraben ist. Im Musiksaal des Esterhazy'schen Schlosses, in dem Haydn dirigierte, wurden Werke des Komponisten aufgeführt und die Ausstellung von Haydn-Reliquien eröffnet.

Im neuen Saale der Hofburg wurden gestern abend die Teilnehmer an dem in Wien tagenden Musik-Kongress vom Erzherzog Leopold Salvator in Vertretung des Kaisers empfangen. Auch das diplomatische Korps und die Minister waren bei dem Empfange zugegen.

Wissenschaft und Technik.

Eine neue Radiumquelle, die den Preis des kostbaren Elements voraussichtlich erheblich verbilligen wird, ist jetzt in Portugal aufgefunden worden. Ein englischer Ingenieur Thomas S. B. Bower erfuhr von der heilbringenden Kraft, die einem kleinen Fluße zugeschrieben wurde. Er folgte dem Wasser bis zu der Höhe eines Hügel, wo die Wellen über gelbliche Quarzsteine hinsiefen. Die Untersuchung ergab, daß sie starke Mengen uranhaltigen Phosphates enthielten. Die Steine sind von mehreren Geologen untersucht worden; der französische Chemiker Prof. Darboni fand in den Quarzen mehr als 50 Proz. Uranium. Für die Gewinnung des Radiums bieten diese Quarze erheblich geringere Schwierigkeiten als die Verarbeitung des Uranpecherzes, aus dem in der neuen englischen Radiummine das Element gewonnen wird.

seiner Dienstanstellung, Frankfurt a. M., über „Was kann in unseren Erziehungsanstalten für schwachgebildete Jüglinge geschehen?“ referieren. Pastor Düsselhoff-Baierwerk wird ein Referat über „Besondere Anlässe für schwer erziehbare schulentlassene weibliche Fürsorgeobjekte“ erstatten.

Parlamentarisches.

Das Branntweinsteuergesetz in der Finanzkommission.
Die Finanzkommission des Reichstags nahm in der Nachmittagsitzung bei der Weiterberatung des Branntweinsteuergesetzes den Antrag Nielzonski (Volk) und Müller-Pulda (Zentr.) an, auch für diejenigen landwirtschaftlichen Brennereien eine Neuveranlagung zum Kontingent stattfinden zu lassen, deren Kontingent in einem besonders starken Mißverhältnis zu ihren landwirtschaftlich denutzten Flächen, zu dem wirtschaftlichen Bedürfnis und zu dem Kontingent wirtschaftlich gleichgestellter Brennereien, welche in demselben Verwaltungsbezirk gelegen sind, stehen. — § 7 ruft eine lebhaft erörterte über die Stundenfrage hervor. Er soll nach dem Kommissionsbeschluss in erster Lesung lauten: „Die Abgabe kann gegen eine Sicherheitsleistung auf 6 Monate, ohne Sicherheitsleistung auf 3 Monate gestundet werden.“ Dr. Weber (nail.) beantragt, dem zweiten Absatz hinzuzufügen: „Als Sicherheit ist auch die Verpfändung des unter Mitwirkung der Steuerbehörde stehenden Branntweinlagers anzusehen.“ Der erste Abschnitt der Verbrauchsabgabe wird darauf angenommen. Im zweiten Abschnitt „Kontingent“ wird § 24 nach dem Entwurf der Subkommission wiederhergestellt, nach welchem die Kontingentsabschnitte auf zehn Jahre festgesetzt werden. — Die Beratung gebiet weiter bis zum § 102 des 148. Paragraphen umfassenden Entwurfs. Sehr erhebliche Veränderungen wurden nicht mehr vorgenommen. Das Zentrum stimmte gegen alle Anträge, die im Interesse der kleinen Oßbinder gestellt werden, und stimmte für sämtliche Anträge der Konservativen. Die Linke enthielt sich jeder sachlichen Diskussion, nachdem festgestellt, daß eine kompakte konservativ-kleinrentnerliche Mehrheit alle Anträge niederstimmte. — Der Vorsitzende Hr. v. Richthofen beramte, als man sich um 6 1/2 Uhr vertagte, die nächste Sitzung auf Freitagvormittag an und setzte auf die Tagesordnung neben den Rest der Branntweinsteuer den Antrag der Konservativen über Kaffee- und Teezoll. Dazu entspann sich eine äußerst erregte Geschäftsordnungsdebatte. Dr. Baasche und Biemer erhoben Einspruch gegen die Ansetzung der Beratung der Kaffeezollerhöhung. Nachher bat, auch die Anträge, betreffend die Besteuerung der Zündhölzchen und Glühkörper, auf die Tagesordnung zu setzen. Die Sozialdemokraten protestierten hiergegen und erklärten, dann auch persönlich nicht mehr an den Verhandlungen teilnehmen zu können. Auf eine Bemerkung Südekums, er habe gehört, der Reichssekretär hätte die Geschäftssteuer gänzlich fallen gelassen, erwiderte Staatssekretär Sydow, ihm sei davon nichts bekannt. Baasche sprach die Vermutung aus, daß die Regierung hinter den neuen Steuervorschlägen stehe. Sydow erwiderte, die Verbündeten Regierungen hätten nur den verschiedenen Abgeordneten aus deren Wunsch Material zur Verfügung gestellt. Dies sei keineswegs inkorrekt, sondern allgemein üblich. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten außer der Beendigung der Branntweinsteuer auch die Erhöhung des Kaffeezolls auf die Tagesordnung gesetzt.

Der konservative Antrag auf Besteuerung der Beleuchtungs- mittel und Zündwaren.

Der in der Finanzkommission des Reichstags von den Konservativen eingebrachte Antrag auf Besteuerung der Beleuchtungsmittel befragt: Die Steuer soll betragen für elektrische Glühlampen und Brenner zu solchen 5 bis 50 Pf. für das Stück, für Glühlampen zu Gasglühlampen und ähnlichen Lampen 10 Pf. das Stück, für Brennstifte zu elektrischen Vogenlampen 1 M. für das Kilogramm, für Quecksilberdampf- und ähnliche Lampen bis 100 Watt 1 M. für das Stück, für jedes weitere angefangene 100 Watt eine Mark mehr. Nach dem weiteren konservativen Antrag auf Besteuerung der Zündwaren soll die Steuer betragen für Zündhölzer, für Zündspäncchen und für Zündstäbchen aus Strohhalmen oder Pappe in Schachteln oder anderen Behältnissen mit Inhalt von weniger als 30 Stück 1 Pf., mit Inhalt von 30 bis 60 Stück 1 1/2 Pf., für jede Schachtel oder jedes Behältnis, in Schachteln oder anderen Behältnissen mit Inhalt von mehr als 60 Stück 1 1/2 Pf., für je 60 Stück oder einen Bruchteil davon. Für Zündkerzen aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen in Schachteln oder anderen Behältnissen mit 20 oder weniger Zündkerzen beträgt die Steuer 5 Pf., für jede Schachtel oder Behältnis in größeren Packungen für je 20 Zündkerzen oder einen Bruchteil davon 5 Pf.

Deutsche Kolonien.

Unterstaatssekretär v. Undequist hat nach seiner bereits gemeldeten Rückkehr aus Ostafrika seine Dienstgeschäfte übernommen. Der Unterstaatssekretär arbeitet an einem ausführlichen Bericht über die Ergebnisse seiner Reise.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Infolge eines Zwischenfalls in der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses sandte der tschechische Abg. v. Koliberg dem Alldutschen Molik seine Zeugen, die Abgg. Ubrzal und Stanek. Molik nominierte die Abgg. Pro und Koller. Wie es heißt, wurde das Duell unter schweren Bedingungen vereinbart.

Frankreich.

Ein Zwischenfall in der Kammer.

Die Kammer verhandelte über die Reform der Kriegsgesetze und verwies die Zusatzanträge an die Kommission zurück. Die Anträge verlangen, daß die Verurteilung nur bei einem Stimmenverhältnis von fünf zu zwei ausgesprochen werden könne. Im Laufe der Verhandlungen warf Labori der Regierung vor, daß sie kapituliere, zwischen ihm und dem Unterstaatssekretär des

Arteses Cheron fand ein heftiger Wortwechsel statt. Nach Schluß der Sitzung schiedten sich Cheron und Labori gegenseitig ihre Zeugen.

Die marokkanische Gesandtschaft beim Präsidenten Fallières.

Präsident Fallières gab in seiner Erwidderung auf die Ansprache des marokkanischen Gesandten seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß beide Regierungen von demselben Wunsch beseelt seien, die guten Beziehungen aufrecht zu erhalten. Die aus der von den Mächten anerkannten besonderen Lage Frankreichs in Marokko entspringenden Interessen befänden sich glücklicherweise in Übereinstimmung mit denen der anderen Staaten. Präsident Fallières versicherte, seiner Macht sei mehr an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des scharifischen Kaiserreichs gelegen als Frankreich. Er beglückwünschte sich dazu, daß der Gesandte die Mitteilung gemacht habe, der Sultan wolle jene Reformen vollkommen durchführen, die sein Ansehen erhöhen und die Wohlfahrt seiner Untertanen vermehren müßten.

Der Streif der Seelente.

Zweitausend eingeschriebene Seelente in Marseille beschloßen gestern vormittag, den Streif fortzusetzen. Sie erklärten, die Redner seien für die gegenwärtige Bewegung verantwortlich, da sie das Gesetz nicht beobachtet hätten. Gestern vormittag wurden drei eingelaufene Postdampfer abgetakelt und aufgelegt. Vier Torpedoboote sind angekommen, um den Postdienst mit Algerien, Tunesien und Korsika zu sichern.

Der Marineminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten und des Postwesens Barthou hatten gestern eine Besprechung über die durch den Ausstand der eingeschriebenen Seelente hervorgerufenen Schwierigkeiten. Minister Barthou wird die Frage prüfen, welche Land-, bzw. Seewege zur Beförderung der nach China, Japan, Australien und Amerika bestimmten Post benutzt werden sollen. Für Algerien würde eine längere Fortdauer des Ausstandes großen Schaden bedeuten, da beträchtliche Mengen von Erstlingsgemüse und Früchten, die der Beförderung nach Frankreich hatten, dem Verderben preisgegeben wären.

Präsident Fallières empfing gestern in Paris die marokkanische Sondergesandtschaft in Kadienz.

England.

Staatssekretär Grey über die auswärtige Politik.

In Beantwortung einer Anfrage sagte Staatssekretär Grey im Unterhaus, weder die Haager Preisengerichtskommission, noch die Londoner Deklaration würden ratifiziert werden, bevor das Haus Gelegenheit gehabt hätte, über die Gegenstände zu verhandeln. Nach der Rede Dilkes, der u. a. auch das lange Hinzögern der Kongostfrage bedauerte, erklärte der Staatssekretär, er stimme mit dem Vorredner darin überein, daß er jede übertriebene Nervosität Europas in Fragen der auswärtigen Politik beklage. Wir haben, fuhr Grey fort, in den letzten sechs Monaten eine Zeit der Komplikationen im nahen Osten durchlebt und sind jetzt in ein verhältnismäßig ruhiges Fahrwasser gelangt. Es sollte mir sehr leid tun, wenn ich annehmen müßte, daß diese Nervosität überhaupt zugenommen hat, denn ich bin der Anschauung, daß für ein solches Anwachsen zweifellos nicht der mindeste Grund vorhanden ist. Grey sagte weiter, er möchte wohl wissen, ob diese Nervosität nicht durch die eher zu häufigen als seltenen Diskussionen der europäischen Presse über die Beziehungen der Mächte zueinander verursacht sei. Es wäre ja eine schöne Sache, wenn sich jemand von Zeit zu Zeit sein Herz unterfuchen ließe, aber, wenn jemand sich fortwährend den eigenen Puls fühle, so könne das nicht als gute Gewohnheit bezeichnet werden. (Gelächter.) Zurzeit gäbe es keine europäische Frage, die zu einer Reibung zwischen Großbritannien und einer anderen Macht Anlaß geben könne, und er sei bedacht, hinzuzufügen, daß auch nichts vorhanden sei, was zu einer europäischen Reibung Anlaß geben könne. Was die Kretafrage anlangt, so hätten die vier beteiligten Mächte ihre Ende Juli vorigen Jahres getroffene Entscheidung, die Truppen zurückzuziehen, nicht geändert. Er halte es nicht für unmöglich, für diese vier Mächte und der Türkei eine Lösung der Kretafrage zu finden.

Der Provanz der „deutschen Invasion“.

Der „Daily Chronicle“, eines der Blätter, welche gegen den „Invasions“-Anflug der gelben Presse energisch Stellung genommen hatten, schied dem nunmehr glücklicherweise explodierten Luftschiff-Rummel folgende charakteristische Grabrede nach: „Wir heißen die Rückkehr des „Observer“ zur Vernunft mit Freuden willkommen. Er brachte in seiner letzten Nummer einige vernünftige Kommentare über die deutschen Randbemerkungen zu gewissen englischen Phantasereien. Kann es uns wundernehmen, so fragte er, daß die Kommentare der kontinentalen Presse kürzlich einen Ton angeschlagen haben, wie man ihn bisher England gegenüber noch nicht gehört hat? Natürlich kann es uns nicht wundernehmen. Unsere Sensations-Presse feiert seit Monaten eine wahre Orgie der Übertreibung, und das ist nun das bittere Ergebnis davon. Erst hat die „gelbe Presse“ ihren Lesern eine Gänsehaut über den Rücken gejagt mit ihren Behauptungen über ruinierte heimliche Industrien, über den bevorstehenden schnellen Untergang des britischen Handels; jetzt hat sie auf ihrer gterigen Suche nach neuen Sensationen den Provanz der deutschen Invasion gefunden. Eine solche Kampagne der Torheit, wie die „gelbe Presse“ sie geliefert hat, ist beispiellos. Wenn fremde Beobachter derartige merkwürdige Erscheinungen zu beurteilen haben, was Wunder, wenn sie für uns nur Spott übrig haben. Es wäre aber ein Fehler, anzunehmen, daß die ganze Nation von dieser Tollheit angesteckt ist. Unsere „gelbe Presse“ spiegelt weder den Geist noch das Herz Englands wider. Die Ausländer sollten sich das vor Augen halten. Die Engländer haben ihre Fehler; sie sind aber weder Narren noch Feiglinge.“ An einer anderen Stelle bemerkt das Blatt: „Endlich einmal ist unsere „gelbe Presse“, welche diesen ganzen Lärm in Szene gesetzt und die Spionen-Luftschiffe erkunden hat, gründlich beschämt worden. Sie hat die Sache endlich lassen und wird wahrscheinlich mit ihrer bezeichnenden Kühnheit in wenigen Tagen behaupten, daß die Nachricht über das nächste Luftschiff überhaupt von Deutschland gekommen und in England von vornherein mit Mißtrauen aufgenommen

worden sei. Lord Northcliffe hat der Öffentlichkeit einen Dienst erwiesen, indem er die gelbe Presse zum Schweigen gebracht hat und indem er nachwies, in welcher lächerliche Beleuchtung diese Narrensposen uns vor dem Auslande stellen.“

Der König richtete an die Berliner Stadtvertreter, die ihn zum Gewinn des Derby telegraphisch beglückwünschten, ein herzliches Danktelegramm.

Die Zeitungen erörtern fortgesetzt, ob und warum in diesem Jahre die Reise des Königs nach Marienthal unterbleiben wird. In Regierungskreisen wird dazu bemerkt, daß Kurreisen des Königs überhaupt jeglicher politischen Bedeutung entbehren und nur durch das körperliche Befinden des Monarchen bedingt seien. Es sei möglich, daß der König, da sein Katarth noch nicht völlig gehoben sei, diesmal das Bad Cauterets in den Pyrenäen aufsuchen wird. Ob dadurch die Kur in Marienbad entfällt, sei noch unbestimmt.

Bulgarien.

Die Orientbahnangelegenheit.

Der gestrige Ministerrat beschloß, wegen der Verschleppung der Orientbahnangelegenheit seitens der Porte mittels einer Note energisch in Konstantinopel zu protestieren. Die Note wird gleichzeitig verständigt werden, daß die bulgarische Regierung in dieser Angelegenheit diejenigen Maßnahmen ergreifen wird, welche sie für gut und zweckentsprechend hält.

Serbien.

Die serbische Regierung bewilligte den italienischen Kaufleuten, Industriellen und Geschäftsreisenden, soweit sie Serbien geschäftlich berühren, auf sämtlichen serbischen Staatsbahnen eine Ermäßigung von 75 Prozent des Fahrpreises. Für den italienischen Handelsverkehr sollen auch sonst bedeutende Vergünstigungen in Aussicht genommen werden, worüber noch Verhandlungen mit dem Spezialdelegierten der italienischen Regierung geführt werden.

Türkei.

Reaktionäre Tätigkeit in Ägypten

Im arabischen Klub in Konstantinopel eingelaufene Telegramme berichten von einer erhöhten Tätigkeit der aus der Hauptstadt geflüchteten Reaktionäre alten Regimes in Ägypten. Die Flüchtlinge sollen mit dem Aediben enge Beziehungen pflegen. Im Mittelpunkt der Bewegung, in deren Vordergrund die früheren Vertrauten Abd ul Hamids, Izzet-Pascha, Fakh-Bei, Selim Reihams stehen, ist Alexandria. Das dem Aediben nahesteheende Blatt „Wabi il“ verteidigt neuerdings die Idee, daß das Kalifat dem Herrscher Ägyptens zukomme.

Kuba.

Der „New Yorker Herald“ meldet: Die kubanische Geheimpolizei verhaftete die Führer einer Verschwörung gegen Kuba und Venezuela. Viele Amerikaner sind in die Affäre verwickelt.

Luftschiffe und Aeroplane.

Die Vertreter der Presse bei einem Aufstieg des Zeppelinischen Luftschiffes.

wb. Friedrichshafen, 27. Mai. Von dem „Luftschiffbau Zeppelin“ wird gemeldet: Zu dem am 5. Juni geplanten Besuch der Reichstagsabgeordneten werden vom „Luftschiffbau Zeppelin“ auch Vertreter der Presse eingeladen. Wegen Raummangels auf dem Dampfer kann nur eine beschränkte Anzahl weiterer Gäste zugezogen werden. Es ist geplant, an neun Vertretern der Presse offizielle Einladungen ergehen zu lassen, darunter drei an Redaktionen württembergischer Blätter. Auch für die nichtoffiziell eingeladenen Vertreter der Presse ist in möglichst weitgehendem Maße gesorgt. Sie erhalten Zutritt zu den auf dem Gelände der „Luftschiffbau Zeppelin“ stattfindenden Veranstaltungen und zur Besichtigung der Neuanlagen. Zutrittskarten sind zuvor auf dem Bureau des „Luftschiffbau Zeppelin“ abzuholen oder zu bestellen. Das Programm, welches durch Wettereinflüsse eine Änderung erfahren kann, ist einstweilen wie folgt festgesetzt: Um 11 Uhr Abfahrt des Dampfers nach Manzell, dort Herausbringen des Luftschiffes und erster Aufstieg. Das Dampfeschiff begleitet das Luftschiff gegen Lindau, Bregenz. Imbiß an Bord, Wechsel der Luftfahrergäste auf dem Wasser. Landung in Friedrichshafen um 2 Uhr. Dann zum neuen Werftplatz, Wechsel der Luftfahrergäste auf dem Platz. Biertrunk dafelbst, währenddessen erneuter Wechsel der Luftfahrergäste, Rückkehr zum Dampfer, Fahrt nach Manzell, dort Einrücken des Luftschiffes. Fahrt nach Konstanz. Gegen 6 Uhr Essen im Insel-Hotel. Die „Luftschiffbau-Gesellschaft Zeppelin“ ergänzt ihre Mitteilung wie folgt: Wir haben den Vorstehenden des Redakteurbundes gebeten, uns die sechs noch zu bestimmenden offiziellen Vertreter der Presse zu benennen. Die nicht-offiziellen Vertreter der Presse können auf einem Extradampfer der Dampfschiffahrts-Gesellschaft May finden. Wir sind bereit, Karten für diesen Dampfer zum Preise von 2.50 M. auf Wunsch für Vertreter der Presse zu bestellen.

Der Luftkreuzer Ersatz Esterdingen.

wb. Stuttgart, 28. Mai. Die der „Schwäb. Merkur“ von maßgebender Stelle erzählt, beabsichtigt Graf Zeppelin, mit „Zeppelin 2“ einstweilen nur kurze Versuchsfahrten über den See zu machen. Erst nach erfolgter Erprobung verschiedener Neuerungen sollen größere Fahrten unternommen werden.

Ein neuer Luftschiffbau in Mannheim.

Wie der „Mannh. Generalanz.“ von gut unterrichteter Seite erzählt, wird in aller nächster Zeit mit dem Bau eines großen Luftschiffes in Mannheim begonnen werden. Die Familie Lang hat sich bereit erklärt, ein Luftschiff mit Halle nach dem Plane des Professors Schütte zu erbauen. Das lenkbare Luftschiff gehört zum Typ des starren Systems. Die Ballonhalle, die eine Länge von 235 Meter und eine Breite von 60 Meter erhält, wird auf dem neuen Fabrikgelände der Firma Heinrich Lang in Rheinau errichtet. Mit dem Bau wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Man hofft, daß das Luftschiff noch in diesem Herbst zu Probefahrten fertiggestellt sein wird.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 28. Mai.

Naturtheater im Kerotal.

Ein außerordentlich buntes Leben und Treiben herrschte gestern nachmittag in dem zum Naturtheater hergerichteten alten Steinbruch bei der Leichweishöhle. Zimmerleute arbeiteten an der zum größten Teil fertiggestellten Tribüne und an der aus starkem Rundholz aufgebauten, mit Schilf gedeckten Tempelhalle. Auf der Tribüne, die hin und wieder von der Polizei von den vielen Neugierigen gereinigt werden mußte, eine Anzahl „Interessenten“, darunter mehrere „Väter der Stadt“. Um die Zugänge und hoch bis zum Wald hinauf ein bunter Kranz von Jungfrauen, von Ordnung haltenden Schützmannern und Feuerwehrlenten, auf der Straße heranrassende Bretterfuhrer und Möbelwagen mit Kostümen und Requisiten, zwischen Podium und Felsen, dem Spielraum, aber eine hundertfältige Schar von Schauspielern, Choristen, Arbeitern und Statisten, unter diesen ganze Scharen kleiner Mädchen. Auch ein stattlicher Apfelschimmel der Feuerwehr als altgermanisches Streitross, ein sibles Eisen und ein noch fideles Zirklein trieben sich dort herum, während unter dem Mittelbau der Tribüne das Orchester Platz gefunden hatte. Es war ein tolles Tobenwoben, bis der Dichter des Weibefestspiels und der kundige Leiter der Darstellung Ernst v. Wolzogen seinen Kommandofuß, bestehend in einem großen Lamtamschlägel, ergriff, Ordnung in die wirren Massen brachte und die Probe beginnen ließ. Die Priesterin und der Held traten aus der Hölle, agierten, redeten —, aber o weh, auf der Tribüne versank man kein Wort. Doch der Schmerz löste sich in eitel Wohlgefallen auf, als es sich ergab, daß die Schauspieler nur marrieren, und daß das voll gesprochene Wort mit seltener Klarheit und Festigkeit von der Felswand her nach der Tribüne drang. Nicht anders war es mit den Chören und mit der Musik. Die akustischen Verhältnisse sind überraschend gut. Überhaupt hatte man, soviel sich aus der Unruhe und dem Unfertigen dieser Probe entnehmen läßt, den Eindruck, daß das Wolzogensche Stück eine sehr packende Handlung und einen „großen Schmiss“ besitzt, daß gute Solokräfte und ein vorzüglicher Chor zusammengebracht wurde und daß die Rotherische Musik kraftvoll und charakteristisch, ohne die üblich gewordene Wagnerische Anlehnung ist. Die Auspizien sind günstig, und daß die Sache auch auswärts als ein erlaßiges, künstlerisches Ereignis aufgefaßt wird, beweist der Umstand, daß eine Reihe von Wäntern, so u. a. Weltblätter wie die „Frankfurter“ und die „Sächsische Zeitung“, eigene Berichterstatter nach Wiesbaden entsenden. Abgesehen davon, daß heute wegen des Motifkonzertes im Kurhaus, die Kurlapelle für die Generalprobe nicht zu haben, diese auf Samstag nachmittag verlegt und damit die Erstaufführung auf den ersten Pfingsttag verschoben werden.

Wolzogens Festspiel wird zum erstenmal eine getreue Vorstellung nicht nur von den Außerlichkeiten eines Maifestes in der vorchristlichen Vergangenheit unseres engeren Vaterlandes sondern auch von der erhabenen Weltanschauung unserer Vordäter vermitteln. Erst in allerneuester Zeit haben die epochemachenden Schriften des tiefgründigen, phantasievollen Wiener Gelehrten und Dichters Guido v. List über die geistige Natur unserer heidnischen Vorfahren Licht zu verbreiten begonnen. Kein Konversationslexikon, keine Schule vermochte bisher unsere Gebildeten über die wichtigsten Fragen, diese Kultur betreffend, aufzuklären. Von dem Wesen der Armanenschaft, welche in sich die Funktionen des Richters, Priesters und Lehrers vereinigte, von den Hochschulen dieser Armanenschaft, von dem im Wald versteckten, klosterähnlichen Erziehungsstätten der dem Priesterstand geweihten Jungfrauen und den drei Stufen dieser Priesterkaste (Thruden, Hagidisen, Walas), von dem Wesen der Runen, die sowohl Wort- als Schriftzeichen darstellten, und schließlich von dem überaus wichtigen Unterschied zwischen „Wihnei“ und „Wita“, nämlich der erotischen Güterlehre für das Volk und dem esoterischen Wissen der Auserwählten vom einigen Gott und vom fieten Vergehen aller Dinge zu neuem Erleben — von allen diesen Dingen haben wir in der Schule noch nichts gelernt, sondern die alte Annahme, daß unsere heidnischen Vorfahren einfach Barbaren gewesen seien, die zu beiden Seiten des Rheins auf Wärensellen lagen und sich fast ausschließlich mit Saufen und Knöchelspiel beschäftigten, kritlos hingenommen. Wolzogen hat sich nun die Anschauung Guido v. Lists zu eigen gemacht und die Handlung seines Dramas an den Ausgang des 7. Jahrhunderts verlegt, in eine Zeit also, wo das ganze Frankenreich und damit auch fast das ganze linke Rheinufer bereits dem Christentum verfallen war, während die rechtsrheinischen deutschen Lande noch am alten Glauben festhielten, aber bereits von der bänglichen Vorahnung durchdrungen waren, daß auch sie bestimmt seien, der neuen Welt Herrschaft Roms zu unterliegen. Die Konflikte, die in jener innerlich tiefbewegten Zeit lebendig waren, geben somit ganz ungezwungen Gelegenheit, die Gegensätze zwischen germanischer und christlicher Weltanschauung sich deutlich ausdrücken zu lassen. Außerdem bringt das Maifest, welches die zweite Handlung des Wolzogenschen Dramas ausfüllt, die Opfergebräuche und die mythologisch-dramatischen Spiele aus den letzten Zeiten des Heidentums zur sinnfälligen Darstellung.

Die Beseitigung des Straßenstaubes.

Einem interessanten Artikel zu diesem Thema, den wir im neuesten 5. Heft der „Zeitschrift für Stadthygiene“ finden, entnehmen wir folgende beachtenswerte Ausführungen:
 Seit Jahren können wir eine ständige Zunahme der Klagen über die Erhöhung der Staubplage verfolgen. Eine derartige Zunahme kann auch bei der außerordentlichen Entwicklung unseres Verkehrs nicht weiter wundernehmen. Sie muß sogar als eine selbstverständliche Begleiterscheinung unserer heutigen Verkehrszustände aufgefaßt werden. Besonders unangenehm wird diese Staubplage

im Spätherbst und im Frühjahr, wenn scharfe Winde in unregelmäßigen Stößen die Staubwolken von einem Ort zum anderen wälzen. Aber auch im Sommer ist die Staubplage eine nicht minder geringe, da bei der herrschenden Trockenheit jede Erschütterung, jeder geringste Fußzug den Staub in Bewegung bringt. Man sehe sich nur an heißen Sommertagen die Staubmengen an, die durch die elektrischen Bahnen aufgeführt werden! Daß man an manchen Orten dazu übergegangen ist, ab und zu einen Wagen mit einem Anhänger zum Bespritzen der Straßen zu versehen, hat nach den vorliegenden Erfahrungen kaum irgend welchen Erfolg gezeitigt. Ganz besonders aber sind es in den letzten Jahren die Automobile gewesen, die sich infolge der ungeheuren Staubentwicklung, die sie verursachen, der besonderen Ungunst des Publikums zu erfreuen hatten. Besondere Automobilstrafen, wie sie zur Vermeidung dieser unangenehmen Begleiterscheinung des modernen Fahrzeuges vorgeschlagen wurden, würden wenig nützen, da der erste Windstoß die auf den Autostraßen aufgewirbelten Staubmengen auch den benachbarten Straßen zügen mitteilen würden.

Aber auch in unseren Wohnungen, ob sie nun hoch oder niedrig gelegen sind, fühlen wir uns vor der Staubplage nicht sicher. Sogar hermetisch verschlossene Fenster können uns vor dieser Plage nicht retten, da der feine Straßenstaub, der tausendmal durch Fahrwerke, Fußgänger und andere mechanische Einflüsse zerrieben und zermaimt ist, durch die feinsten Ritzen hereindringt und die Wohnungen mit einer gleichmäßigen Schicht überzieht. In verkehrsreichen Straßen wird der Staub geradezu zu einer Katastrophe; insbesondere für die Geschäftsleute. Der durch den Staub verursachte Niederschlag auf den Waren ist es, der in erster Linie den Wert so erheblicher Warenmengen vermindert und den Geschäftsmann nötigt, die unansehnlich gewordenen Gegenstände (Ladenhüter) zu geringen Preisen zu verschleudern. Daß besonders aber der Straßenstaub für familiäre Schwären verberlich ist, wissen wir nur zu gut, auch wenn wir von den direkten gesundheitsschädlichen Einflüssen des Staubes infolge der durch ihn hervorgerufenen Pilz- und Schimmelbildung absehen. Professor Schottelius in Freiburg hat für die verschiedenen Arten des Staubes in Stadt und Land den Ausdruck „Kulturstaub“ und „Naturstaub“ geprägt und ist der Meinung, daß gerade der erstere, der die Auswurfstoffe von Menschen und Tieren enthält, krankheitsregende Keime und gesundheitsschädliche Stoffe enthalten kann, die bei empfänglichen Personen Störungen der Gesundheit hervorrufen.

Wir kommen hierdurch von selbst zu der Frage, was die feinen Staubpartikelchen, die unsere Luft erfüllen, eigentlich sind, woraus sie bestehen. Nach Heim und Rier kann man den Straßenstaub in zwei große Gruppen einteilen, und zwar: 1. in Deckenstaub und 2. in Verkehrsstaub.

Der erstere hat seinen Ursprung in der Zermalmung und Abschleifung des Straßendeckmaterials, ist also in der Hauptsache mineralischer Art. Der Verkehrsstaub entsteht durch Zerreißung der Verkehrsverunreinigungen und dürfte nach Rier in unseren Städten zur Hälfte durchschnittlich aus Pferde-Excrementen bestehen. Wie Professor Schottelius anführt, kommt in unseren Städten praktisch immer ein Gemisch der beiden Sorten in Betracht.

Es mag zutreffen, daß die meisten Krankheitskeime, die in den Straßenstaub gelangen, hier sehr schnell zugrunde gehen und den Einflüssen des Sonnenlichts, der Trockenheit und der Wirkung anderer Bakterien rasch unterliegen. Manche Arten von Bakterien jedoch, wie z. B. die Tuberkelbazillen, besitzen gewisse Schutzvorrichtungen, die sie befähigen, dem Licht sowohl als der Austrocknung einen gewissen Widerstand entgegenzusetzen. Dann aber muß es unbedingt überraschen, daß die größte Verbreitung der bekannten Krankheiten der Atemungswege mit dem Zeitpunkt zusammenfällt, an dem die Existenzbedingungen für die Entwicklung der Krankheitskeime im Straßenstaub die günstigsten sind. Alljährlich kann man beobachten und vorhersehen, daß im Spätherbst und im beginnenden Frühjahr nach den Tagen, in denen die Straßen mit Staubwolken erfüllt sind, Halsentzündungen und Lungenentzündungen plötzlich in erhöhtem Maße auftreten, und oft genug können Personen, die sich genau beobachten, auf Stunde und Minute angeben, wann ihnen unversehens eine Staubwolke in den offenen Mund geblasen ist und das erste bedenkliche Kratzen an der hinteren Rachentwand ausgeht hat, an die sich dann die Halsentzündung und der Bronchialkatarrh angeschlossen.

Wir müssen uns nunmehr fragen, was gegen diese Staubplagen getan werden kann. Die erste und älteste Art der Staubbeseitigung ist die Straßenbesprengung. Sie besteht wohl zurzeit in allen größeren Gemeinwesen, und die für sie angewendeten Kosten sind sicherlich ganz bedeutend. Wenn wir uns aber fragen, ob der Nutzen der Besprengung zu den Kosten in irgend einem Verhältnis stehe, so müssen wir dies verneinen. In Betracht käme etwa die durch die Besprengung herbeigeführte Abkühlung der Luft, die ja im Sommer sicherlich ihre Annehmlichkeiten besitzt. Diese Abkühlung kann bis zu 3 bis 4 Grad betragen gegenüber solchen Straßen, die unter sonst ganz gleichen Bedingungen nicht besprengt werden.

Professor Schottelius gibt aber zu bedenken, daß durch das Spritzen mit Wasser den Bakterien des Staubes die für ihre Existenz und für ihre Vermehrung nötigen Wassermengen zugeführt werden. Der Bakteriengehalt des Staubes mit Wasser besprengter Straßen wird also vergleichsweise größer sein als der nicht besprengter Straßen. Des weiteren müssen wir aus Erfahrung zugeben, daß ein nicht ausreichendes Besprengen der Straßen am besten überhaupt unterlassen wird und daß von einem Nutzen dieser Methode nur dann gesprochen werden kann, wenn die Anfeuchtung durch die Sprengwagen eine so intensive ist, daß die eine Sprengung auf die andere folgt, ehe der Boden völlig aufgetrocknet ist. Es ist jedoch erklärlich, daß sich die Stadtverwaltungen wegen der erheblichen Kosten hierzu nur sehr ungern verstehen werden, und man kann so ohne weiteres sagen, daß in der Regel die vorgenommenen Sprengungen überhaupt keinen Zweck haben.

In zweiter Linie hat man das Absaugen des Staubes von den Straßen empfohlen. Abgesehen aber davon, daß dieses Verfahren überhaupt nur für gepflasterte oder asphaltierte Straßen anwendbar erscheint, besitzen wir heute hierfür keine zureichenden Einrichtungen; auch würden die Kosten wohl so erheblich werden, daß man sehr bald von der Durchführung des Verfahrens absehen müßte. 3. Nimmt man auch heute dem wohl zuerst in Charlottenburg unternommenen Versuch, die Straßenbahngleise in besondere großbewachsene Straßenteile zu verlegen, vielfach nach. Wir haben eingangs gesehen, daß gerade durch den Verkehr der Straßenbahn in unseren Städten die Staubplage ganz außerordentlich gefördert wird. Diesen Absehtand kann man wenigstens dort beseitigen, wo bei der Anlage von Straßenbahnen neue Straßenzüge von erheblicher Breite in Frage kommen. Im Mittelpunkt der Städte dürfte das Verfahren heute und in Zukunft selbstverständlich undurchführbar bleiben. 4. Spielt die Aufklärung des Publikums über die Gefahren des Staubes und eine rationelle Staubbeseitigung durch eigene Mittel eine nicht unbedeutende Rolle. Wo von den Stadtverwaltungen eine regelmäßige Straßenbesprengung durch die Hauseigentümer nicht angeordnet ist, werden die örtlichen in Frage kommenden Vereine durch geeignete Aufklärung dafür zu sorgen haben, daß eine gleichmäßige Feuchthaltung der Straßen zur Verhütung besonders heftiger Staubentwicklung vorgenommen wird. Man hat 5. versucht, auch in gepflasterten Straßenzügen die Entwicklung des Staubes dadurch zu hemmen, daß man die Ausfüllung des Pflasters nicht wie bisher durch Sand, sondern durch Zement oder noch besser durch Pflasterkitt vornahm. Indes scheint es, als ob auch dieses Verfahren in gesundheitlicher Beziehung seine Schattenseiten besitzt, da hierdurch gewisse Bakterien, die sozusagen als unsichtbare Straßenpolizei fungieren, abgehalten werden, an die Oberfläche der Straße zu kommen. Diese Bakterien haben, nach gewissen Erfahrungen und Anzeichen zu schließen, die Aufgabe, keimtötend zu wirken und so die Straßenoberfläche von mancherlei Pilzen und gesundheitsschädlichen Keimen zu reinigen.

Hotel-Neubau.

Daß die Verkehrsmittel Verkehr bringen, ist eine alte Erfahrung, die seit einigen Jahren auch im Süden unserer Stadt aufs neue beobachtet werden kann. Wohnstraßen, über denen eine behagliche Ruhe lagerte, wurden nach der Eröffnung des neuen Bahnhofes mit einem Schlag zu geräuschvollen Verkehrsstraßen. Und wenn die Morixstraße auch nicht direkt in dem Hauptverkehrszug liegt, so macht sich doch auch hier ein lebhafter Verkehr bemerkbar, der übrigens schon einsetzte, als die „Elektrische“ ihren Betrieb daselbst eröffnete. Der Unternehmungsgeist macht sich diese Tatsache zunutze; es ist seitdem hier manches neue Geschäft entstanden, und nun sogar auf dem zuletzt dem Bezirksverband gehörigen Grundstück Morixstraße 6 ein Hotel-Neubau unter dem wohlklingenden Namen „Wiesbadener Hof“ errichtet worden, der dem ganzen Stadtteil zur hohen Zierde gereicht. Der Eigentümer, Herr Georg Jäger, wie der Architekt, Herr Keimert, haben sich bemüht, das Beste zu leisten. Aus Grund der Erfahrungen, die sie in den modernsten und angesehensten Hotels hier und auswärts gesammelt, ist ein Gasthaus entstanden, das in praktischer wie gediegener Einrichtung kaum etwas zu wünschen übrig lassen dürfte. Wenn auch dem Charakter des Hauses entsprechend, von dem höchsten Luxus abgesehen wurde, so entbehrt es doch nicht einer gewissen Eleganz, die auch veredeltere Ansprüche vollkommen befriedigen wird. Der vorteilhafte Eindruck, den schon die hellblinnde Sandsteinfassade mit ihren gefälligen architektonischen Formen, Verzierungen aus Bronze, und dem reichen figürlichen Schmuck (Symbole des Handels, Verkehrs, Gewerbe, Industrie, Kunst und Wissenschaft) erweckt, wird durch die innere Einrichtung noch verstärkt. Luft und Licht, Gediegenheit und Behaglichkeit bilden die Richtschnur bei dem Bau des Hauses und dessen wohnlicher Ausstattung, für welche vielfach die Ideen des Bauherrn maßgebend gewesen sind. Für die neue und praktische Einrichtung spricht insbesondere, daß die Waschtische und Kleiderschränke in allen 75 Zimmern, um Raum in diesen selbst zu gewinnen, in die Wände eingebaut sind, jedes Zimmer mit Telephon und Normaluhr versehen ist. Alle Wände sind mit Salubra bekleidet, einer abwaschbaren, allerdings sehr teuren Tapete, die ihrer sanitären Vorzüge halber in Krankenanstalten und Sanatorien zur Verwendung kommt. Zur Anfertigung der Möbel wurde polnisches Kiefernholz in mehrfacher Verleimung (Copotrol) verwendet, die ein Springen und Verziehen unmöglich macht. Alle Zimmer haben schalldichte Doppeltüren, die nach den Gängen so viel Zwischenraum lassen, daß der Hotelgast seine Kleider und Stiefel darin unterbringen kann, diese nur für den Hausbesitzer, der die äußere Tür zu öffnen vermag, erreichbar sind, ein Stehlen also ausgeschlossen ist. In allen Stockwerken sind moderne Bäder (die Wannen aus Feuerton) mit Thermal- und Süßwasserzuleitungen eingebaut. Auch bei der dekorativen Ausstattung hat überall ein guter Geschmack gewaltet, wie insbesondere bei der Einrichtung des Frühstückszimmers mit dem schönen Wisett und dem Kamin mit imitiertem Feuer, des Lesezimmers, des Speisensaals und Treppenaufgangs mit den hohen Wandbelleidungen aus französischem Marmor und den reichen Bronzeverzierungen, sowie des Treppengeländers und der Aufzugumrahmung, den Kunstveralungen, vor allem aber des Hauptrestaurants, das an Größe vielleicht alle anderen ähnlichen Lokale hier übertrifft, aber doch einen recht anziehenden und anheimelnden Eindruck macht. In großer Breite durchzieht es das Vorderhaus, den vorderen Hof und das Hinterhaus bis zu dem in einen Garten mit Grotte und gewandbelten hinteren Hof. Durch den Einbau im vorderen Hofe konnte eine vom Vorder- und Hinterhaus zugängliche Terrasse für die Hotelgäste geschaffen werden. An das Restaurant schließt sich ein in altdeutscher Manier eingerichtetes gemütliches Klubzimmer an. Im Kellergehöbe befinden sich neben dem großen Vorrats- und Heizräumen für die Niederdruckdampfheizung zwei gut eingerichtete Kegelbahnen. Daß auch die Betriebsräume, namentlich die Küche, deren Leitung einem erfahrenen Chef, Emil Mayer, übertragen wurde, nicht zu kurz gekommen

find, ist bei solch sorgfältiger Behandlung des ganzen Unternehmens selbstverständlich. Das schöne Haus wurde vorgestern abend durch ein sehr zahlreich besuchtes Festessen eröffnet, wobei sich gleich Küche und Keller auf das Beste bewährten.

— Angelommene Gäste. Es sind hier eingetroffen: Staatssekretär v. Rüdlo aus Budapest im „Hotel Nassau und Hotel Cecilie“; Botschafts-Beauftragter v. Priesel aus Berlin in der „Villa Napprecht“.

— Postpersonalien. Verfehlt wurde der Postgehilfe Herbst von Wiesbaden nach Nidderheim.

— Kommunallandtag. Auf die Gratulationsdepesche, welche der Kommunallandtag anlässlich der Geburt einer Kronerbin nach dem Haag abgesandt hatte, ist ihm telegraphisch gedankt worden. Das Danktelegramm hat folgenden Wortlaut:

Ihre Majestät beauftragt mich, Höchstderseiben aufrichtigen Dank zu sagen für die Glückwünsche aus Wiesbaden im allgermanischen Stammland. Hingeladuanit Schimmelbennind.

Die Depesche ging hier ein, als der Kommunallandtag bereits seine Tagung geschlossen hatte, und da so recht kein Empfangsberechtigter mehr vorhanden war, ein Oberbeamter der Landesdirektion auch die Annahme verweigerte, (?) ist sie zunächst unbesiehlbar geblieben. Das Telegraphenamt sandte erst später eine Abschrift an den Vorsitzenden des Kommunallandtags Geh. Justizrat Dr. Hummer in Frankfurt.

— Wissenschaftliche Luftballons. Am Donnerstag, den 3. Juni, finden internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Führer eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

— Kurparkweiber. Die anhaltende trockene Witterung erzeugte auf der stagnierenden Oberfläche des Wassers, namentlich nach der Parteeite zu, einen gelblich-grünen Algenzug, der jetzt, in der Saison, seinen erfreulichen Anblick gewährt. Sogar die Schwäne scheinen unzufrieden mit ihrem unreinen Tuschulum zu sein. Zudem streift auch der kleine Wasserfall der Feuerwerksinsel im Weiber seit längeren Wochen. Es wäre schön, dem Weiber ein frisch-gewaschenes Pfingstkleid anzupassen.

— Verlängerung des Zapfenstreichs. Eine zeitgemäße Anregung bringt das „Militär-Wochenblatt“ auf Änderung der Zapfenstreichbestimmungen. Die Gründe, die seinerzeit für den erworbenen Soldaten die Einrichtung des Zapfenstreichs als notwendig erscheinen ließen, seien hinsichtlich geworden. Dafür sind aber starke Wechselbeziehungen der Mannschaften zur bürgerlichen Bevölkerung eingetreten, die eine Änderung durchaus angebracht erscheinen ließen. Vorgeschlagen wird, auch den Winterzapfenstreich auf 10 Uhr anzusetzen, da gegenwärtig die kurze Frist von der Dienstbeendigung bis zum Zapfenstreich den Soldaten entweder ganz an die Kaserne fesselt oder nur zum Besuch der nächstgelegenen Anzeigen verführe. Die sechste Stunde sei ja sozusagen auch die Stunde des Zivilzapfenstreichs. Wenn ferner für die Sonn- und Festtage der Zapfenstreich ein oder zwei Stunden später gelegt würde, so würden Unlautbarkeiten, Festeisen in Soldatenhüllen usw., seltener werden. Dem Kompagniechef könnten für unzuverlässige Leute nach wie vor Mittel vorbehalten bleiben, eine frühere Heimkehr zu bestimmen. Die überzeugenden Darlegungen des Artikels schließen mit den Worten: „Wird bei den Mannschaften eine Späterlegung der Zapfenstreichstunde zu befürworten sein aus Rücksicht auf die veränderten Zeit- und Kurverhältnisse, so ist sie bei den Unteroffizieren, zumal den älteren, dringend erwünscht, schon zur Hebung ihres Ansehens und Standes.“

— Die amerikanischen Schützen, die zum 16. deutschen Bundeschießen in Hamburg eintreffen, werden vom 5. bis 8. Juni in Berlin weilen. Sie gedenken um einen Empfang beim Kaiser einzukommen. Von Berlin aus gehen die Amerikaner an den Rhein und werden dabei auch unsere Stadt besuchen.

— Wiesbadener Ausstellung 1909. Der Besuch der Ausstellung betrug am Donnerstag, den 27. Mai, 4160 Personen, davon waren 2936 Inhaber von Dauerkarten.

— Reiseverkehr in D-Jügen. Um den Reisenden während der Fahrt in D-Jügen die Benutzung einer höheren Wagenklasse zu ermöglichen, ist vom 15. d. M. an den Zugführern der preussisch-bessischen und sächsischen Staatsbahnen der Verkauf von Zusatzkarten zum Übergang in eine höhere Klasse übertragen worden.

— Meisterprüfung. Vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer bestand am 27. d. M. Herr Adolf Lehmann jun., Inhaber der Hofkonditorei G. K. Lehmann, Große Burgstraße 14, seine Meisterprüfung als Konditor mit dem Prädikat „sehr gut“. Die sachgemäß ausgeführten Prüfungsarbeiten, Baumluchen mit Makronenauffatz, Karamellauffatz, Torte, Zuderloeb mit Blumen, Croquant-auffatz, und vor allen Dingen eine große Anzahl Marsipanfrüchte, wie Apfel, Birnen, Pfannkuchen, Quitten, Pfirsiche usw., zeugten von einer geradezu künstlerischen Fertigkeit. Besonders sind die Marsipanfrüchte von Herrn Lehmann künschend naturgetreu in den zarlichsten Farbentönungen angefertigt worden. Die das hervorragende Prädikat verblenden Arbeiten sind im Laden Große Burgstraße 14 zur Besichtigung ausgestellt.

— Mogeleyen bei den Kinderfahrten. Wenn man selbst von einem Mitmenschen bemogelt wird, schreit man Zeter und Mordio und läuft zu Gericht; aber dem Fiskus ein X für ein U vorzumachen, gilt meist als etwas Erlaubtes. — Besonders häufig geworden sind in den letzten Jahren die Mogeleyen des Publikums bei den Kinderfahrten auf der Eisenbahn. Vorschritt ist, wie allgemein bekannt, daß Kinder über 4 Jahre die Hälfte des Fahrkartenpreises bezahlen, Kinder über 10 Jahre den vollen Preis. Zumeist sind es nun die Mütter, die darauf ausgehen, die Kinder länger zu machen, als sie sind. Man kann es vor Fahrtbeginn oft hören, wie den Kindern zugerufen wird: „Mach dich klein, und dich zusammen!“ Diese schlauen Mütter sollten aber bei ihrem Profitmachen bedenken, daß die Folgen,

die sich an solche Mogeleyen knüpfen können, recht üble sind. Die gerichtlichen Strafen sind nicht mehr milde, weil diese Verschleierungspraxis überhand genommen hat. Wohlhabende Personen sind nicht mehr zu Geldstrafen, sondern zu Haft verurteilt worden, — ein teurer Spaß bei der Ersparnis von ein paar Groschen.

— Unsere Nachtcafés, in verschiedene Stadtviertel verteilt, machen sich mit ihren sehr ausgedehnten „Künstlerkonzerten“ den Nachbarschaften gegenüber in letzterer Zeit empfindlich bemerkbar. Es handelt sich dabei nicht allein um gestörte Nachtruhe, sondern es sind auch materielle Schäden damit verknüpft. Früher waren solche Konzerte in wohlwollender Fürsorge für die Allgemeinheit bis 12 Uhr gestattet. Jetzt hat man Verlängerung bis 2 Uhr gewährt. Ein Grund für diese Ausdehnung ist nicht bekannt. Eine Förderung des Nachtschwärmens ist sicher damit nicht beabsichtigt gewesen. Bei der steigenden Sommertemperatur und den immer mehr alkoholisch erhitzten Köpfen können solche Cafekonzerte nicht bei geschlossenen Fenstern stattfinden. Aber gerade dadurch wird die Nachtruhe derjenigen gestört, welche wegen ihres Erwerbslebens gezwungen sind, dort zu wohnen. Die in Mitleidschaft gezogenen Geschäftsleute, welche vielfach zur Erschwingung der hohen Mietten Zimmer — wenigstens die besten — vermieten müssen, verlieren gar bald durch die besagten Nachtschwärmer ihre Mieter und erleiden empfindlichen Schaden. Solche Mieter sind aber in der Regel Aurgäste, die zur Stärkung ihrer Gesundheit hier verweilen, wozu vor allen Dingen ein ungestörter Schlaf gehört, dann ist die Muff nach 2 Uhr endlich verstummt, so fangen nach 4 Uhr schon die ersten Wagen an über das Pflaster zu rollen, und später gefeilt sich auch die „Elektrische“ noch dazu, die von morgens 6 Uhr bis nachts 12 Uhr rollt. Wo bleiben da unsere Nerven? Man lehre also zum 12-Uhrschluß zurück, wobei wir die sonstigen Anforderungen an das Kurleben der Großstadt Wiesbaden durchaus würdigen und auch gern Opfer dazu bringen.

— Prozeßkosten-Vorschusspflicht des Ehemanns gegenüber der Ehefrau. Eine Ehefrau im Regierungsbezirk Wiesbaden wollte gegen ihren Ehemann einen Zivilprozeß wegen Herausgabe von Grundstücken usw. anstrengen, es fehlte aber an Bargeld, um den Kostenvorschuss zu bezahlen. Der Mann weigerte sich, wie man sich denken kann, ihr den Betrag zu geben, und so rief die Frau gerichtliche Entscheidung in der Sache an. Das Landgericht Wiesbaden wies die Klage ab und stellte sich auf den Standpunkt, daß der Mann nicht verpflichtet sei, einen Kostenvorschuss an seine Frau zu zahlen, wenn diese die Absicht habe, ihn zu verklagen. Die Ehefrau war mit diesem Bescheid nicht zufrieden und legte gegen das Urteil Berufung ein, worauf sich das Frankfurter Oberlandesgericht mit der Angelegenheit befaßte. Dieses Gericht hob den Beschluß der Vorinstanz auf und verfügte, daß der Ehemann, der mit seiner Frau in Ertrungenschaftsgemeinschaft lebt, aus dem Stammgut den Prozeßkostenvorschuss zu zahlen habe. Außerdem hat er die Kosten des Sireiverfahrens zu tragen. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts stützt sich u. a. auf den § 1529 Abs. 2 des BGB., worin für den genannten Güterstand ausgesprochen wird, daß das Gesamtgut neben dem ehelichen Aufwand auch die Kosten des eingebrachten Gutes beider Ehegatten zu tragen habe, und daß sich der Umfang der Kosten nach dem bei dem gesetzlichen Güterstand für das eingebrachte Gut der Frau geltenden Vorschriften der §§ 1384 bis 1387 bestimme. Auch die Kosten des Rechtsstreits einer Frau gehören u. a. zu den Lasten ihres eingebrachten Guts, allerdings nur insoweit, als sie nicht dem Vorbehaltsgut zur Last fallen sollen. Nur sind diese Kosten bei der Ertrungenschaftsgemeinschaft nicht wie bei dem gesetzlichen Güterstand von dem Mann, sondern von dem Gesamtgut zu tragen. Die Kosten eines Rechtsstreits der Frau mit ihrem Mann sollen nun zwar gemäß § 1416 Abs. 1 des BGB. im Verhältnis der Ehegatten zueinander dem Vorbehaltsgut zur Last, soweit nicht der Mann sie zu tragen hat. Diese Ausnahme greift aber nur dann Platz, wenn, sei es auf Grund rechtskräftigen Urteils sei es auf Grund einer Vereinbarung der Parteien, unbedingt feststeht, daß die Kosten des betreffenden Rechtsstreits nicht vom Mann zu tragen sind.

— Ein Logischschwindler, der unter dem Namen Referendar Grofen und Dr. Schmidt aus Wachen arbeitet, treibt in Frankfurt a. M. seit einigen Tagen sein Unwesen. Er mietet sich ein möbliertes Zimmer, am folgenden Tage läßt er sich von seinen Logisakuten Papiergeld, angeblich zum Besichtigen, geben, um im geeigneten Augenblick mit dem Geld zu verschwinden. Der Schwindler wird wie folgt beschrieben: Etwa 27 Jahre alt, mittelgroß, bartlos, blondes Haar, Schnürschuhe mit Lackspitzen, grüner Hut oder Strohhut mit grünem Band. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Schwindler jetzt nach Bekanntwerden seines Treibens in Frankfurt seine Tätigkeit hier verlassen dürfte, sei hiermit vor demselben gewarnt. — Ähnliche Schwindeleien kamen dieser Tage auch in Mainz vor, wo der Betrüger sich als Chemiker Adolf Sturm bezeichnete. Ob das nicht ein- und derselbe Hochstapler ist?

— Ein bedauerliches Brandunglück hat sich heute vormittag in einem Hause der Oranienstraße ereignet. Dort weilte die 2½-jährige Babette Arnold bei ihren Großeltern und, während kurzer Zeit, in der sie ohne Aufsicht war, spielte sie mit Zündhölzern und steckte sich damit in Brand. Wenn auch alsbald Hilfe zur Stelle war, so erlitt das Kind doch recht erhebliche Brandwunden. Nachdem ein in der Nähe wohnender Arzt ihm einen Notverband angelegt, wurde es durch die Sanitätswache in das städtische Krankenhaus gebracht. Es liegt so schwer darnieder, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird.

— Radunfall. Heute nachmittag kurz vor 1 Uhr rannte in der Schwabacher Straße, Ecke der Wehrstraße ein Radfahrer eine Frau um, was für beide Teile anscheinend unangenehme Folgen hatte. Die Frau fiel sehr unglücklich auf den Bordstein und der Radler beschädigte sich beim Fallen verschiedene Gliedmaßen mehr oder weniger stark. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, dürfte wohl das gerichtliche Nachspiel ergeben, wofür ein gleich antworfender Schutzmann die nötigen Feststellungen machte.

— Otto Reutter, den die Kurverwaltung für die Pfingstdienstag, den 1. Juni, beginnenden Buntten Kurhaus-Abende gewonnen hat, feierte im März dieses Jahre in Wien er-

neute Erfolge, so daß sich die dortigen Zeitungen in längeren Ausführungen über seine Kunst ergaben. Das „Freundenblatt“ vom 1. März nennt ihn den „Mann des Tages“, vergleicht seine Volkstümlichkeit beim Wiener Publikum mit derjenigen des berühmten Komikers Girardi und bemerkt: „Seinen Ruhm übertrifft nur eines: Sein Einkommen“, eine Genjationsgabe, die aber seine ungewöhnliche humoristische Kunst erlich verdient.“

— Beschlagnahme wurde die Druckschrift „Die Sagen“, Berliner Roman von Karl Friedrich v. Lindner, Verlag von G. Grimm, Budapest.

Theater, Kunst, Vorträge.

* Königliche Schauspiele. (Spielplan.) Pfingstsonntag, den 30. Mai: „Oderon“. Anfang 7 Uhr. Pfingstmontag, den 31.: „Orpheus in der Unterwelt“. Anfang 7 Uhr. Dienstag, den 1. Juni: „Ludine“. Anfang 7 Uhr. Mittwoch, den 2., zum erstenmal wiederholt: „Ein Feiertag“. Anfang 7 Uhr. Donnerstag, den 3.: „Die Königin von Saba“. Anfang 7 Uhr. Freitag, den 4.: „Alt-Heidelberg“. Anfang 7 Uhr. Samstag, den 5.: „Der Wildschütz“. Anfang 7 Uhr. Sonntag, den 6.: „Lohengrin“. Anfang 6½ Uhr.

* Kurhaus. Da das Kurorchester morgen Samstagnachmittag bei der Generalprobe des Bollogischen Festspiels „Die Waidbraut“ im Naturtheater Kerotal tätig ist, so spielt im Kurgarten um 4½ Uhr die Kapelle des Regiments Oranien, die auch bei dem abendlichen Gartenfeste mit großem Feuerwerk mitwirken wird. Das Programm des letzteren verzeichnet nicht weniger als 57 Nummern. Zahlreiche Prachtstücke werden von der protektionistischen Hofkapelle unter der Leitung des Kapellmeisters Adolf Claus wieder neuen Beweis ablegen. Der große Pfingstbesuch Wiesbadens wird voraussichtlich sowohl der Naturtheater-Vorstellung im Kerotal, als dem abendlichen Gartenfeste zahlreichen Besuch zuführen. — An beiden Pfingsttagen veranstaltet die Kurverwaltung um 11½ Uhr vormittags Militär-Promenade-Koncert an der Wilhelmstraße; für den ersten Pfingsttag ist neben dem Kurorchester die Kapelle des Regiments Nr. 88, für den zweiten Pfingsttag diejenige des Regiments v. Gersdorff für die Abonnementskonzerte im Kurgarten gewonnen. — In der am Pfingstsonntag, vormittags 11½ Uhr, im großen Saale des Kurhauses stattfindenden Orgel-Matinee kommt das folgende Programm zur Aufführung: Präludium in F-Moll von Kellner (Herr Keller), Gebet von Hiller, Am Meer und An die Musik von Frz. Schubert (Fraulein Westendorff), Run kommt der Heiden Heiland, In dulci jubilo, Wachet auf, ruft uns die Stimme von J. S. Bach (Herr Keller), sowie Die Violosblume, An den Sonnenschein von Robert Schumann und Es blüht der Tau von Rubinstein (Fraulein Westendorff); Locata in F-Dur von J. S. Bach (Herr Keller).

* Naturtheater. Die Aufführung des Festspiels „Die Waidbraut“ im Naturtheater im Kerotal des Kerotals findet nicht am Samstag, den 29. d. M., sondern Pfingstsonntag, den 30. Mai, nachmittags 4½ Uhr, statt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

a. Biebrich, 26. Mai. Das Altertums-Museum in der Moosburg oder das „Städtische Heimat-Museum“, Sammlung geschichtlicher und vorgeichtlicher Gegenstände von Biebrich und Umgegend, wie es jetzt offiziell getauft worden ist, kann in etwa 6 Wochen eröffnet werden. Die Bürgerstadt bringt der Sache großes Interesse entgegen, das sich durch zahlreiche Einkieferung von Gegenständen zeigt.

Ä Schierstein, 26. Mai. Hier hat man auf den Rheinwiesen bereits mit der Heuernte begonnen. Der Ertrag ist jedoch ein sehr geringer. Einmal blieb die jährliche Frühjahrsüberflutung und die dadurch entstehende Düngung aus und dann hat das trockene Frühjahr die Entwidlung des Graswuchses zurückgehalten. Es ist somit im Durchschnitt nur auf ein Drittel des vorjährigen guten Ertrages zu rechnen. Da auch die Winterfütterung zur Reize gegangen ist, so sind die Futtermittel jetzt recht knapp. — In der Wilhelmstraße wurde heute gegen abend ein kleines Kind von einem Radfahrer überfahren und trug blutende Verletzungen davon. Bei dem starken Verkehr in dieser Straße besteht eine solche Gefahr in den Feierabendstunden immer und die Eltern sollten das Kinderpiel verhindern oder doch beaufsichtigen. — In den letzten Wochen sind hier zahlreiche Erkrankungen von Schulkindern an Scharlach und Diphtheritis vorgekommen. In einzelnen Schulklassen fehlten wegen Erkrankung 10 bis 12 Kinder. Es dürften jedoch kaum alle von derselben Krankheit befallen gewesen sein, so daß ein Anlaß zu ernstlichen Bedenken, besonders jetzt, nachdem die Erkrankungen nachgelassen haben, nicht mehr vorliegt. — Die Rheinisch-wim-anstalten haben diese Woche sämtlich den tiefsten Hafen verlassen, um ihre Sommerliegeplätze auf dem Strom wieder einzunehmen. — Nachmittags 8 Uhr kam man in diesem Jahre wieder in den späteren Abendstunden am hiesigen Rheinufer vernehmen. Die gern gehörten Singabgel nisten in den Weidenbeständen auf der Westspitze der Bauernau.

Rassanische Nachrichten.

Schlagenbad, 26. Mai. Von nächster Woche ab wird die Chaussee Georgenborn-Schlagenbad für den Automobilverkehr gesperrt. Die Automobile, welche nach Schlagenbad wollen, müssen jetzt ihren Weg über Chausseehaus, Hohe Wurzel, Schanze, Wambach, oder über Neudorf nehmen. Damit geht für die Besucher unseres Ortes ein langgehegter Wunsch in Erfüllung, denn durch den starken Automobilverkehr wurde seither den Aurgästen und Ausflüglern die Benutzung dieses herrlichen Spazierwegs vollständig verleidet. Auch für die hier zahlreich verkehrenden Wagen bildeten die Automobile bei der geringen Breite und den zahlreichen Krümmungen der Straße eine ständige Gefährdung.

— Idstein, 26. Mai. Unser Verkehrsverein veranstaltet nachmittags 4 Uhr am 1. Pfingsttag ein Promenade-Konzert im Tiergarten.

Dattersheim, 26. Mai. Unsere Gemeindevertretung beschloß, bei geeigneter Gelegenheit elektrische Energie zu Kraftwecken einzuführen, für die Straßenbeleuchtung aber Gas zu wählen.

m. Königstein, 26. Mai. Heute wurde hier die Leiche des am Sonntag hier verstorbenen Hofmarschalls der Großherzogin-Mutter von Luxemburg Freiherrn v. Dieskau beigelegt. Die Großherzogin-Mutter, die Großherzogin-Regentin von Luxemburg, das badische Großherzogspaar und viele andere hohe Persönlichkeiten ließen Kränze am Grabe niederlegen. Außer den Verwandten und Vertretern der Fürstlichkeiten nahmen die Offiziere des Garde-Püsilier-Regiments und 80. Infanterie-Regiments an der Beerdigung teil. Die Großherzogin-Mutter ließ sich durch den Oberkammerherrn Grellers Freiherrn v. Sberg-Simmern mit Frau Gemahlin und Tochter sowie Oberhofmeisterin Erzelenz v. Freen und Freistau v. Brandis vertreten. Den Trauergottesdienst hielt Hofprediger Bender. Am Grabe sprach der Heimatgeistliche des Verstorbenen, Dekan Höfer-Dornholzhausen.

h. Ems, 26. Mai. Nach längerem Leiden ist hier Herr Oberbahnvorsteher Rechnungsrat Niebeling gestorben.

po. Westerburg, 26. Mai. Am Montag hielt der hiesige Verschönerungs-Verein seine diesjährige Generalversammlung ab. Er hat schon einmal den Besuch gemacht, dies zu tun, es waren aber nur drei Mitglieder erschienen. Am Montag war die Anzahl der Besucher einigermaßen zu-

